

Thesen zur alten und neuen Schuld der Deutschen auf dem Hintergrund des Ukraine-Krieges und des von der Politik verursachten neuen Antisemitismus

von

Tristan Abromeit

Mai 2022

Text 174.0

www.tristan-abromeit.de

Anhänge:

174.1 A) Meine persönliche Einstellung zu den Religionen B) Links zu eigenen Arbeiten, die indirekt von christlicher Personen angestoßen wurden C) Beiträge, die ich mit den Themen Papst und Kirche zum Kapitalismus und zum Ukraine-Krieg geprüft habe.

174.2 Jesus und der Krieg und Gandhis Freiwillige von Wilhelm Mensching

174.3 Gedenktafel für das Internationale Freundschaftsheim Bückeberg (IFB) Meine persönliche Verbindung mit dem Freundschaftsheim

174.3.1 Unsere Aufgabe in friedloser Zeit / Zehn Jahre Freundschaftsheim in Bückeberg 1958

174.3.2 Fünfundzwanzig Jahre Internationales Freundschaftsheim Bückeberg 1948 – 1973

174. 4 Initiative gegen Krieg sucht Mitstreitende / H. Brieden u. G. Biederbeck

174. 5 »Der Preis der Lüge oder: die Schatten der Geschichte« von Klaus Willemsen

174.6 DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK für die F.D.P. / 1977 Brief an den Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Rußland, 5. 9. 1990 Niedersächsischer Landtag 75 Jahre ohne demokratische Legitimation 12.12. 2022

174.7 Thema Inflation / Brief an den Chefredakteur Herrn Giovanni di Lorenzo der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 9. April 2022

174.8 Geht es im Ukraine-Krieg um die Verteidigung der Menschenrechte oder um den Machtanspruch von Großmächten? *Von der Suche nach Orientierung und der Notwendigkeit der Verfassungsarbeit*

1) Meine persönliche Ausgangslage

Als ich im Januar mein 88. Lebensjahr vollendete, hatte ich das Gefühl, ich würde den 89. Geburtstag nicht mehr erleben. Das hat bei mir keine Panik ausgelöst, denn trotz noch vorhandener Lebenslust hat der Tod, wenn man dieses Alter erreicht hat, auch etwas Tröstliches, denn er ist ja auch eine Erlösung von aller gedanklichen und körperlichen Plackerei. Ich hatte mir vorgenommen, nur noch Arbeiten für die Familie zu machen und mit meiner Frau im näheren Umfeld Ausflüge und Besuche zu machen. Aber trotzdem war und ist da noch das Gefühl, ich hätte meine gesellschaftliche Arbeit nicht erledigt. Einmal sah ich die Gefahr, dass der offizielle Anti-Antisemitismus das Gegenteil von dem bewirkt, was er bewirken soll, und zum anderen jene, die in der praktizierten Wirtschafts- und Währungspolitik angelegt ist. Als im Februar 2022 die russischen Militärmanöver an der Grenze der Ukraine begannen, gelang es mir noch, mich als nicht zuständig für eine Bewertung zu erklären.

Aber mit Beginn des erneuten Krieges von Russland gegen die Ukraine wurden mehr als vorher durch die Kriege in Syrien und anderswo die eigenen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg geweckt. Es entstanden Gefühle des eigenen Versagens, weil ich mich trotz meiner bescheidenen Mittel nicht genug gegen diese Entwicklung neuer Kriege gestemmt habe, obwohl deren Entstehen in Europa und anderswo lange vorhersehbar waren. Mir ist dabei bewusst, dass mehr oder weniger alle Menschen, die das politische Zeitgeschehen mit wachem Geist verfolgen, solche Schuld- und Ohnmachtsgefühle befallen oder befallen können. Aber, wir Menschen sind auch sehr kreativ darin, uns als nicht schuldig und nicht zuständig zu erklären. Mir selber will es aber nicht gelingen, mich auf diese Weise in die schweigende und sich nicht zuständig fühlende Mehrheit einzusortieren. Mich durch die Beteiligung an einer aktiven Flüchtlingshilfe mir eine seelische Entlastung zu verschaffen, kommt aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr infrage.¹

Die notwendige Flüchtlingshilfe verführt außerdem dazu, nicht nach den Ursachen des ganzen Geschehens zu forschen. Es werden einseitig Schuldige festgelegt und letztlich mit der traditionellen Politik am vorläufigen Ende des Geschehens nicht einhaltbare Schwüre geschworen wie jene in der Vergangenheit: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Rüstung!“

¹ Einer meiner Söhne ist als Sozialarbeiter mit dieser Hilfe schon stark belastet.

Mir will es nicht gelingen, mich aus dem Thema herauszuhalten, obwohl ich mir sage, dass mein Wissen und mein Talent für die Bewältigung des Stoffes nicht reicht. Zudem ahne ich mehr als meine Frau vermutet, dass sich alle meine Aufklärungsbemühungen als nutzlos erwiesen haben und ich im Verdacht stehe, eine Art politische Selbstbefriedigung betrieben zu haben. Warum soll es diesmal anders sein? Es stellt sich keine Zufriedenheit ein, wenn man im Bewusstsein der Nutzlosigkeit einen Weckruf formulieren will, der die Bürgerinnen und Bürger nicht aus ihrem Schlaf holt.

Dabei taucht die Frage auf, wie ein Weckruf formuliert werden muss, der keinen neuen Hass befördern soll. Es kann keinen Sinn ergeben noch mehr Verwirrung und Hass in die Welt zu setzen, als sie schon vorhanden sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass man als Aufklärer im Hinblick auf die Ursachen und Wirkungsketten von Kriegen selber einen Bedarf an Aufklärung hat. Es ist eher so wie in einer Schlafgemeinschaft, wenn ein Schläfer Geräusche im Haus gehört hat und den Mitschläfer weckt, damit nachgeschaut wird, ob ein Einbrecher im Haus ist. Es gibt aber auch Schläfer, die sich durch leichte Weckrufe oder durch den Duft von Kaffee nicht aus dem Schlaf holen lassen. Ich erinnere mich an die Fliegeralarme bei Nacht im Zweiten Weltkrieg, man musste mich praktisch aus dem Bett ziehen, wenn für meine Geschwister, meine Mutter und mich angesagt war, in den Keller zu kriechen. Für mich hatte der Schlaf damals ein größeres Gewicht als die Bedrohung durch Bomben.

Als ich vor Ostern vom hiesigen Herzlabor, wegen des Setzens eines weiteren Stents und des damit verbundenen Risikos, an das Herzlabor der MHH in Hannover verwiesen wurde, hatte ich keine Angst dabei zu sterben. Ich nahm mir aber vor, wenn alles gut ginge, wollte ich mich aufraffen, gegen den Wahnsinn in unserer Zeit Stellung zunehmen. Als ich dann am Karfreitag wieder nach Hause kam, machte sich das Gefühl breit, dass ich mich überfordere und mir könne der Protest gegen die ganze Politik unserer Zeit misslingen. Ich würde am Ende als Großmaul dastehen und das Gegenteil von dem bewirken, was ich bewirken möchte.

Ich weiß nicht, ob es an den Pillen lag, die ich schlucken muss und die mich immer noch zeitweise schwindelig machen, oder weil ich auf diese Weise, meine Angst vor der totalen Konfrontation gegenüber der derzeitigen Politik, zu überwinden suchte, dass ich im Voraus mit meinem Lebenslauf meine Stellungnahme zu verteidigen versuchte. Obwohl es durchaus

Sinn macht, einen erlebten Krieg als Maßstab für das Urteil späterer Kriege zu nehmen, ist es in meinen Fall zu viel Ballast, den ich über Bord geworfen habe.² Die Menschen können auch negative Erlebnisse nicht in gleicher Weise verarbeiten und ablegen. Bei manchen Menschen bleibt das Erlebte eine Bedrohung, wie die Blindgänger aus dem Zweiten Weltkrieg, von deren Funde und Beseitigung noch in unseren Tagen berichtet wird. Eine Kusine von mir, Jahrgang 1931, ist kürzlich verstorben. Sie hatte nie die Wirkungen Ihrer Flucht aus dem Memelland richtig überwunden.

Ich will die Langzeitwirkungen am Leben meiner älteren Schwester verdeutlichen - sie ist rund zwei Jahre älter als ich. Ihr Besuch der Oberschule in der Kreisstadt wurde durch den Verlauf des Zweiten Weltkrieges abgebrochen. Mit 13 Jahren landete sie nach dem Krieg, der damaligen Not gehorchend, als Lehrling im Friseurgeschäft meiner Eltern. Aufgrund der damals herrschenden verkorksten kirchlichen Sexualmoral wurde sie zu früh eine Ehefrau und Mutter. Bevor sie ihr zweites Kind geboren hatte, wurde sie schon Witwe. Ihr Mann hatte mit einem Motorrad einen tödlichen Unfall. Sie betete dann – wie sie offen berichtet hat: „Lieber Gott, schenk mir wieder einen Mann, auch wenn es ein Seemann ist.“ Der Seemann war für die Frauen an der Küste wegen ihrer ständigen Abwesenheit die letzte Wahl. Sie hat einen bekommen, einen tüchtigen, herzensguten Hochseefischer, der lange Zeit als Kapitän bis hin zu Neuseelands Küsten fuhr. Nun stellte sich aber eine Situation ein, die geprägt war von „meine Kinder, deine Kinder, unsere Kinder“. Sie ist eine Seele von Mensch, war aber mit ihrer Situation und den Kindern meistens – wie eine Witwe – überfordert. Die unzulängliche Vorbereitung auf das Leben als Erwachsene in der Kriegs- und Nachkriegszeit haben ihr Leben geprägt. Als Anfang der 1990er Jahre die Kriege im ehemaligen Jugoslawien³ anfangen, waren ihre Kinder schon alle groß, aber die ganzen eigenen Erinnerungen an die Kriegs- und Nachkriegszeit überwältigten sie wieder. Mir ist das wieder eingefallen, weil

2 Wer etwas mehr über mich erfahren will, kann meinen Text 171 „Die Freiwirtschaft und ich“ lesen.
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/171.Die.Freiwirtschaft.und.Ich.pdf>

3 **Was war der Grund für die Jugoslawienkriege?** Anfang der 1990er Jahre führte eine Reihe von Auseinandersetzungen zur Auflösung Jugoslawiens und zum Ausbruch von Kriegen in fast allen Regionen des Landes. Diese so genannten "Jugoslawienkriege" waren der Krieg in Slowenien (1991), der Kroatienkrieg (1991-1995), der Bosnienkrieg (1992-1995) sowie etwas später der Kosovokrieg (1998/1999) und der Albanische Aufstand in Mazedonien (2001).

Jugoslawien war nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 als Vielvölkerstaat neu gegründet worden. Als der langjährige Präsident Tito starb und der Ostblock schrittweise aufgelöst wurde, traten auch in Jugoslawien Konflikte zwischen den Volksgruppen in den Vordergrund. Manche Bevölkerungsgruppen sahen sich in Jugoslawien benachteiligt. Sie wollten nun eigene Staaten gründen. Ethnische und religiöse Unterschiede wurden immer mehr betont. Dies ist ein Grund, warum die Kriege so erbittert geführt wurden. ...

<https://www.frieden-fragen.de/fragen/frage/199.html>

meine Frau in unserem Bilderbestand bestimmte Motive suchte und dabei Bilder und Aufzeichnungen meiner Schwester aus dieser Zeit fand und ich diese erneut gelesen habe. In einer Kurzfassung zu diesem Thema im Netz vom 27.03.2017 ist zu lesen:

„Der Bosnienkrieg war eine der größten europäischen Katastrophen nach dem 2. Weltkrieg - menschlich wie politisch. Der Bosnienkrieg: Vor 25 Jahren erklärte Bosnien-Herzegowina seine Unabhängigkeit von Jugoslawien - gegen den Willen der Serben. In dem Krieg, der folgte, starben rund 100.000 Menschen.“

Meine (ältere) Schwester, die dann in der Hilfe für Menschen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina Hilfslieferungen im großen Umfang mit organisiert hat und dabei auch von ihrem Mann unterstützt wurde und in Kauf nahm, dass ihr Haus zeitweise ein Lagerhaus für Hilfspakete wurde, notierte danach:

Sah ich früher große Probleme in der Familie, so erfuhr ich manchmal in der Meditation, HILF DU !! ...

Jetzt im Dezember 1992 – in schlaflosen Nächten – klingt es wie WAS TUST DU ??

Ich weine, oh Gott, um diese Menschen, die sich bekämpfen! Ich gedenke derer, die im Krieg aus meiner Familie getötet wurden, flüchten mußten, sehr jung starben, weil entfernt Verwandte in Amerika nur ein Leben retten konnten. --- Ich denke wieder an Söhne und Enkel und wieder an die Menschen, die sich um ihre Angehörigen sorgen oder um sie trauern und weine mich in den Schlaf.

Ich sehe, auch F... leidet, mit leeren Händen dazustehen.

Später: Bremerhaven, den 13. 2. 1993.

... Ich darf nicht zeigen, wie erschöpft ich bin, ruhe so viel wie möglich; kalte Umschläge sind jetzt gut für meine Beine. ...

Viele Gedanken- kommen- und gehen, ---

Eine fußbetriebene Nähmaschine eines verstorbenen Schneidermeisters hätte ich mir Sonnerstags noch ansehen sollen, viele Flohmarkt-Annoncen hatte ich deshalb gelesen. Jemand hatte einen Kohleofen zu verschenken, doch wäre dafür überhaupt eine Mitnahmemöglichkeit? Brauchte nicht mal an die Nachkriegsjahre zurückdenken, wo ich Friseurlehrling war. Nicht nur die Flüchtlinge waren verlaust, Shampoo gab es nur auf Zuteilung ---

Dies wollte ich auch jemanden schreiben und um Hilfe bitten, der Brief liegt sicher noch im Gesangbuch.---- Große Töpfe wollt ich sammeln, damit die Menschen sich heißes Waschwasser machen könnten und Windeln waschen. Wäscheleinen...und

und und eine Handbohrmaschine liegt bei uns ungenutzt, dann brauchte ich noch Dübel, Schrauben₁ ungenutzte Garderobenhaken usw. Große Schüsseln - vielseitig zu gebrauchen, ,Wärmeflaschen, gr Fußmatten für Alte und Kinder und Hilfe um zu helfen....

Mai 1993:

... Auch helfen will erst gelernt sein, --- Unerwünschtes zu unterlassen --- Dinge zu organisieren ist so wichtig und dorthin zu bekommen, wo sie so dringlich benötigt werden, diesmal hoffentlich nicht für viele zu spät. –

Resignierte zu motivieren, wenn noch immer nicht wie erhofft, --- der Waffenstillstand auf dem Papiere bloß steht. ---

...

In drei Jahren Krieg, wohl alle Menschen litten. Es wird weiter um Grenzen, Gebiete, palavert, gekämpft und gestritten.

Auch Kinder, die überleben könnten, sterben den verzweifelten Ärzten ohne unsere Hilfe unter der Hand.

Wer baut dann wieder auf, für wen und wessen Vaterland?

...

KRIEG warum wozu??? Wer begann ihn?

EINER? - EINE wurde nicht gefragt, wozu sie ihren Sohn geboren hat. Sie hat ihn doch mit Liebe überschüttet!!!

NIE würde er anderer Mütter Söhne erschießen, Töchter vergewaltigen ---.

Und jetzt ?

WER gebietet Einhalt? Hört sofort auf!

Wo ist der EINE auf den man hört?

EINER muß ihn doch beenden!

Oh Gott erbarm dich doch der Mütter dieser Welt.

Hört auf zu schießen! Seht ihr denn nicht, dass dort ein Mensch steht?

Die Rechtschreibung, der Satzbau und die Interpunktion ist bei meiner Schwester noch abenteuerlicher als bei mir. Hier und da habe ich ihren Text ein bisschen geglättet, damit ohne Mühe verständlich wird, was sie uns sagen will. Sie hat unter der sich wiederholenden Zeile „Wer sagt, dass unsere Hände leer sind, ---“ Gedankensplitter niedergeschrieben. An einer Stelle heißt es:

Sie verzweifelt an Gott, höre ich Zdenka zu Waswa´s Wehklagen sagen. Auch ich tat es einmal so zornig wie sie.

Ich bete zu Gott Allah!!! Helf ihnen es zu ertragen und für die Rettung ihrer Kinder dir Dank zu sagen, um dann wieder Pakete packen zu gehen.

Verwundert war ich nicht, als ich das da von ihr – der getauften Christin – las. Mit

Glaubensdogmatik hat sie es noch nie gehabt. An andere Stelle heißt es bei ihr:

Vergib mir Gott, wenn ich dich dränge. Zuviel Blut und Tränen sind in und für Bosnien-Herzegowina geflossen. Nachbarn - Freunde – sind Feinde geworden. Familien sind in ethnische Gruppen auseinandergerissen worden. Die Ehen aus verschiedenen Religions- und Bevölkerungsgruppen sind stark gefährdet. Ihre Kinder wissen nicht, wo sie hingehören. Versuchen sie zu fliehen, verlieren sie ihre Heimat.

Als letztes Zitat bringe ich von meiner Schwester ein Zitat, das zeigt, dass sie auch einen Blick für die Realitäten vor der Haustür hat.

“Wieder Zuhause!“ Dieses Gefühl kommt, wenn man von einer Reise endlich wieder heil Zuhause ist.
Ich möchte nirgendwo bleiben müssen, dazu auch noch ein Geduldeter in der Fremde sein.

Ein Seemann kennt dieses Gefühl. „Endlich wieder daheim!“
Das können schon mal ein paar Wochen, Tage oder nur Stunden, oft jedoch nur Stunden sein. Mein Seemann ging dann für Wochen, drei bis sechs Monate, dreißig Jahre wieder hinaus aufs Meer.

Von gut zweihundert Trawlern gibt es heute – 1994 – keinen einzigen in Bremerhaven mehr. Ausländer löschen bei uns die Schiffe und bringen sogar in Containern den begehrten Fisch uns her.--

Dieser Wandel war der Preis, den die Stadt Bremerhaven, die eine ständige hohe Arbeitslosigkeit hat, für die Idee vom geeinten Europa zahlen musste. Meine Schwester bekam zwar dadurch ihren Mann nach Hause, der musste aber seine Rolle vom Kapitän in der Hochseefischerei mit der eines Kassierers auf einer Fähre eintauschen. Inzwischen ist mein Schwager verstorben und meine Schwester lebt in einem Pflegeheim. Der Kontakt wurde durch Corona unmöglich gemacht. Direkte Gespräche und solche mit dem Telefon sind aufgrund der Tatsache, dass sie fast taub geworden ist, nicht möglich. Wenn sie die Vorgänge in der Ukraine mitbekommen hat, ist sie sicher sehr zornig auf ihren Gott geworden. Ich selber kann nicht auf Gott zornig werden, da ich nicht weiß, ob es ihn gibt. Wenn es ihn gibt, hat er vergessen, mir die Gabe zu verleihen, ihn zu erkennen.⁴ Ich klage aber meine Generation – und damit

4 Dabei ist bei dem begrenzten Erkenntnisvermögen der Menschen der Glaube dafür notwendig, unsere großen Wissenslücken schließen zu können, eine Voraussetzung der Bewältigung unseres Lebens. Wenn es einen Gott gibt, dann hat er uns nicht nur die Glaubensfähigkeit verliehen, sondern auch die Erkenntnisfähigkeit, also zwei göttliche Geschenke für die Menschen. Die Grenze des Glaubens ist dort, wo er anfängt die

auch mich – und die folgende, die mit politischer Handlungsvollmacht ausgestattet ist, an, unser Land, Europa und die Welt in einem Zustand gebracht hat, die weder Würde noch seiner Intelligenz entspricht. Ich ringe um eine Form der Anklage, die die Verwirrung und den Hass nicht vermehrt, die aber so weh tut, wie ein großer Splitter, den man sich beim Hinsetzen auf einer ungehobelten Planke in den Hintern gerammt hat.

Ich werde die überall sichtbare Einstellungen der herrschenden Politik und jener, die nach Herrschaft strebt – soweit ich sie wahrnehme – als These verstehen und meine Sicht der Dinge als Antithese dagegensetzen. Ich hoffe, dass es bei vielen Bürgern dazu kommt, sich an der Suche oder der Beteiligung an der Bildung von einer Synthese für Verfahren und Ordnungen für die Teilbereiche unserer Gesellschaft zu beteiligen. Das Ergebnis darf dann gerne so gut sein, dass die Arbeit, die es verursacht eine Modellfunktion für andere Gesellschaften hat. Eins sollte aber vorher schon klar sein, die heilige Kuh unserer Politik, die da heißt *Kompromiss* muss vorher geschlachtet werden. Auch wäre es eine Zeit- und Kraftvergeudung, die Lösungen in einem Modell der Zentralverwaltungswirtschaft zu suchen. Dabei sollte auch klar sein, dass es keine gestalterischen Möglichkeiten für Gesellschaften gibt, die für ewige Zeiten gelten können. Wenn Synthesen gefunden werden – erst gedanklich, dann politisch real -, die für ein oder ein paar Generationen eine tragende Lösung, eine neue These werden, dann ist schon viel erreicht.

Alle, die schon einmal selbst versucht haben einen Gedanken, der über den Alltag hinausreicht, zu formulieren, werden verstehen, dass ich mich Sorge, mit meinem Vorhaben zu scheitern. Das Ergebnis meiner Bemühungen soll kein Buch werden, das ungelesen hilft, die Bücherregale zu füllen, sondern so etwas wird wie die Kombination einer Diagnose einer Krankheit unserer Gesellschaft mit einer Heilungsempfehlung. Das Vorhaben löst bei mir keine Beglückung aus, sondern eine Bedrückung, wie eine unangenehme Pflicht.

Ein Schlagzeile der HAZ vom 19. April 2022 lautet:

> „Wir könnten ständig weinen“ Die 23-jährige ukrainische Journalistin Kateryna Hatsenko berichtet täglich über den Krieg in ihrem Land – Wie gefährlich ist ihre Arbeit? <
Wenn ich noch weinen könnte, würde ich die Ukraine, unsere Republik, Europa und die Welt beweinen und bräuchte mir hier nicht meinen Kummer von der Seele zu schreiben.

Erkenntnisfähigkeit des Menschen zu verleugnen.

2) Zur Klarstellung

Es geht hier nicht darum, Menschen, die sich in der Politik engagieren, bloßzustellen oder zu kränken. Ich weiß aus eigener Anschauung wie schwer es oft ist, zu soliden Urteilen und Beschlüssen zu kommen. Ich war gegen Ende der 60er Jahre an der Gründung des Versuchsbal-lons Liberal-Soziale-Partei und deren Auflösung beteiligt. Danach wurde ich Mitglied der F.D.P. als sie Punkte hinter die Buchstaben ihrer Kurzbezeichnung als Zeichen der Erneue-rung setzte. Es folgte die Mitgliedschaft in der GLU (Grüne Liste Umweltschutz) in Nieder-sachsachsen und wurde als deren Mitglied ein Gründungsmitglied der Partei DIE GRÜ-NEN.⁵

Das Verdamnte an der Politik ist, die Bürgerin, der Bürger macht sich immer schuldig, egal ob er Mitglied einer Partei wird oder glaubt, sich aus allem heraushalten zu können. Es sieht so aus, als wenn im Rückblick nach ein zwei weiteren Generationen die Mitgliedschaft in ei-ner der heutigen Parteien nicht besser bewertet wird, als jene unserer Mütter und Väter in der NSDAP.

Ich bin heute in keiner Partei, keinem Verband und keinem Verein. Das, was ich hier schrei-be, kann nicht ohne Prüfung, als die Aussage einer Vereinigung gewertet werden.

Es gibt auch unter den Deutschen sicher Bürgerinnen und Bürger, die sich einen Zusammen-bruch unserer Republik wünschen, weil sie die Hoffnung haben, sie anschließend nach ihren Vorstellungen neu aufstellen zu können. Ich wünsche mir das nicht, nicht nur, weil Umstürze welcher Art auch immer, nicht kontrollierbar sind, sondern auch deshalb nicht, weil sie in der Regel von Tod und Zerstörung begleitet werden. Wir müssen uns schon den Mühen eines de-mokratischen Gestaltungsprozesses aussetzen und Geduld haben, wenn wir besseres errei-chen wollen, als wir bisher erreicht haben. Dabei können aber richtige Urteile über sachliche Zusammenhänge selten durch Mehr- oder Minderheiten in Abstimmungen gefunden werden.

Ich werde vermutlich häufiger aus der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) zitieren. Ich mache es nicht, weil ich glaube, dass sie immer die beste Informationsquelle ist, sondern

5 Die natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) - Ein programmatischer Beitrag für die grüne Bewegung
- Erstellt zum Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Grueene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

weil sie unsere Regionalzeitung ist. Ob die Medien – allgemein – lügen oder nicht, ist gar nicht leicht zu beantworten. Nicht nur bei den Meinungsbeiträgen ist der Weg der Wahrheit für die Macher steinig. Sondern auch der Transport der reinen Nachrichten ist nicht sicher vor Verfälschungen geschützt. Nachrichten müssen aufgrund der Menge immer selektiert werden. Für die Selektion sind Bewertungsfilter erforderlich. Diese Filter bilden sich in den Köpfen von Entscheidern, die wiederum von Verlagen, von Sendern, von ihren Quellen, eventuell von Parteien, Verbänden und Glaubensgemeinschaften abhängig sind. Zudem schätzen sie ab, was ihre Abnehmer hören oder lesen wollen. Auf diese Weise kann über für die Gesamtgesellschaft – oder Teile von ihr – wichtige Fakten gar nicht berichtet werden. Gerade die berechtigte Vorsicht der Redaktion eine Fehlmeldungen zu bringen, erzeugt in den Medien auch einen konservierenden Moment, der dafür sorgt, dass oft die Unterrichtung der Öffentlichkeiten über Gefahren für die Gesellschaft oder von ihren positiven Entwicklungsmöglichkeiten nichts berichtet wird. Die Medienvielfalt, die diesem Selektions-Konservatismus entgegenwirkt, wird schon lange aufgrund des Kostendrucks reduziert. Am Ende bestimmt eine Nachrichtenabteilung oder ein Informationsministerium, was eine Nachricht ist oder nicht.

3) Die andere Sicht auf das Zeitgeschehen

Ich habe nun meine Schwierigkeit meinen Protest gegen den Zeitgeist, der täglich durch die von den Medien vermittelten Nachrichten gefüttert wird, in einem lesbaren Text unterzubringen. Mir will keine logische Gliederung dazu einfallen. Eigentlich müssten die ganzen Fehlentwicklungen seit dem Beginn des vorigen Jahrhunderts nachgezeichnet werden. Das kann schon Gelehrte überfordern, und ich bin keiner von ihnen. Ich starte mit ein paar von mir kurz kommentierten Nachrichten und warte ab, wie sich der Gedankenstrom entwickelt.

Die HAZ vermeldet am 25. April 2022:

Frankreich stimmt für Europa: Macron gewinnt Stichwahl klar / Engeres Ergebnis als in der Stichwahl 2017 / Aufatmen in Berlin und Brüssel / Unterlegene Le Pen: Ergebnis ist Ausdruck des Misstrauens der Franzosen

Ein Wahlergebnis von 58,8 % zu 41,2 % ist kein wirklicher Sieg für Macron. Aus dem Brexit hat Frankreich und die weiteren Länder der EU nichts gelernt. Der anhaltende Ausbau des Zentralismus mit seiner Fremdbestimmung und die Ignorierung des Bedürfnisses nach Identität in den Bevölkerungen der EU-Mitgliedsländer durch die innerhalb und außerhalb der EU-

Gremien ist direkt eine Förderung des Nationalismus. Dieser Trend kann aber nicht mit Anti-propaganda und politischen Plattitüden gestoppt werden, sondern nur durch eine generelle Revision der Politik, die ein Europa ohne gängelnde Bürokratie und ohne geistige und politische Unterwerfung seiner Bürger, Länder und Regionen in Freiheit und Gerechtigkeit möglich macht.

In der gleichen Ausgabe der HAZ vom 25. April ist in einem Bericht über den FDP-Parteitag ist zu lesen:

... Die FDP dringt auf die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Im mit großer Mehrheit gefassten Beschluss des Parteitags heißt es allerdings auch: „Unsere eigene Verteidigungsfähigkeit darf nicht beeinträchtigt werden. Und Deutschland darf nicht zu einer Kriegspartei werden.“ Gehandelt werden müsse im Gleichklang mit den Verbündeten. Lindner hat auch aus der Ferne die FDP gut im Griff. In seiner Rede setzt er eine doppelte Botschaft. Er wirbt für die Waffenlieferungen. „In der Ukraine wird auch gekämpft um die Werte, die uns wichtig sind. Und deshalb muss die Ukraine diesen Krieg gewinnen“, sagt er. „Und die Ukraine wird diesen Krieg gewinnen.“ ...

In der Ukraine kann man doch gut beobachten, wie die Verteidigung des Landes mit militärischen Mitteln den Tod und die Flucht ihrer Bürger verursacht und alles zerstört, was durch sie geschützt werden soll.

Deutschland ist vielleicht noch nicht im juristischen Sinn eine Kriegspartei im realen Sinn aber schon lange. Würden wir einem Menschen, der einem anderen Menschen das Messer reicht, mit dem dieser einem dritten Menschen umbringt, nicht als Mittäter einstufen und verurteilen?

Und wenn Putin wirklich das Monster ist, als das er beschrieben wird, dann wird er auf Rache sinnen und dabei nicht vergessen, dass Deutschland „im Gleichklang“ mit den Alliierten gehandelt hat. Putin wird dann beim Einsatz von Atombomben mit großer Wahrscheinlichkeit ein Denken wie Hitler gegen Ende seiner Wirkungszeit an den Tag legen: *Sollen doch die, die sich beherrschen ließen, mit mir untergehen. Sie haben es nicht besser verdient.*

Da sich bei den GRÜNEN die Denkungsart einer solchen Verteidigung auch breit macht, kam mir der wenig pazifistische Gedanke, dass man alle Befürworter der Lieferung von Panzern an die Ukraine vor ihren Einsatz an der Front als Galionsfiguren unter die Geschützrohre binden, damit sie unmittelbar, die Wirkung ihrer Entscheidungen überprüfen können. Es sind bei mir Gedanken der Hilflosigkeit, wie sie gegenwärtig die ganze Politik auszeichnet.

Weiter heißt es in diesem Bericht:

... Die Partei hier zu profilieren, überlässt Lindner Justizminister Marco Buschmann. Und auch Bijan Djir-Sarai, den Lindner der Partei als neuen Generalsekretär vorschlägt und der mit 89 Prozent ein starkes Wahlergebnis erhält. „Nicht die Freiheit muss begründet werden, sondern ihre Einschränkungen“, sagt Djir-Sarai in seiner Antrittsrede am Sonntag.

Das würde ja gut klingen, wenn die Freiheit über die Narrenfreiheit – die ich hier auch nutze – und die Konsumfreiheit – soweit sie nicht durch Abgabenlast des Staates eingeschränkt wird – noch vorhanden wäre. Ich habe die Mitglieder der FDP, die mir in der Zeit meiner Mitgliedschaft begegnet sind, in guter Erinnerung, aber sie haben nicht weniger als die Mitglieder der SPD und der CDU/CSU ein merkwürdiges retardiertes Verständnis von einer freien Gesellschaft, einer Gesellschaft der Freien.⁶

Zum Thema Energieabhängigkeit habe ich 1977 in meinem *Denk-Zettel zur Energiepolitik* für den Landesfachausschuss Wirtschaft der niedersächsischen F.D.P.:geschrieben:

15) Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.

16) Eine Volkswirtschaft wird nur dann energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

17) Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.

18) Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den

⁶ Den letzteren Begriff habe ich bei Franz Oppenheimer, dem Lieblingslehrer von Ludwig Erhard übernommen.

Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist einer der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommensumverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern vorzunehmen.⁷

Gleich unter diesem Bericht in der HAZ folgt ein Beitrag der mit „Merz: Die Regierung ist überfordert“ überschrieben ist. In einer Bilderklärung wird der CDU-Chef Friedrich März zitiert mit:

„Ich erwarte von einem Finanzminister mehr, als dass er nur die Schatulle aufmacht“.

Ich kenne Friedrich März nur medienvermittelt. Ich denke, wenn ich ihn persönlich kennen würde, hätte ich keine Mühe Positives an ihm zu entdecken. Aber so wie die Dinge liegen, gilt er als Repräsentant des Kapitalismus, für den der Krieg in der Ukraine eine für das System notwendige Existenzauffrischung ist, denn der Kapitalismus „lebt“ vom Mangel, den die Zerstörung erzeugt.

Aufgepasst ich spreche nicht von der Marktwirtschaft, als ein dezentrales System des Leistungsaustausches. Und im ökonomischen Sinn kann nur die menschliche Arbeit Leistungen erbringen. Das bezeugen besonders die Schriften der katholischen Soziallehre.⁸ Aber mit der Bejahung der Durchsetzung von Interessen mit militärischen Mitteln erweist sich die Christlich Demokratische Union auch als eine antichristlichen Partei.

Mir fiel bei dann der eine Aussage von Karl Jaspers ein. Nach kurzer Überlegung, kam ich dann zum Schluss, dass ich vor dem Zitat die SPD mit einbringen muss. Die Schlagzeilen eines Artikels von Markus Wehner in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. April 2022 lauten:

Sätze wie aus dem Kreml / Bis vor Kurzem war der Bundespräsident ein Putin-Apologet. Er setzte die Politik Gerhard Schröders gegenüber Moskau fort. Warnungen schlug Steinmeier als Minister in den Wind. Das Ziel hieß Verflechtung.

⁷ Die damaligen Parteifreunde dachten, sie könnten mit der Energiepolitik die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Ich habe später meinen ganzen Beitrag in meinem „Text Text 149.1 Anhang zu New Green Deal und G20 Gipfeltreffen / Juli 2017“, eingefügt.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/149.1.Anhang.zu.Green.New.Deal.u.G20.HH.2007.pdf>

⁸ Aber nicht ohne Widersprüchlichkeit. In meinem Bücherregal kämpfen zum Thema *Christentum und Kapitalisms* fünf Bände von Johannes Kleinhappl gegen zwei Bände von Oswald von Nell-Breuning.

Und in der Spalte 5 wird mehrmals darauf hingewiesen, dass die SPD die gleiche Nähe zu Russland wie zu den USA anstrebte. Ich zitiere einen Hinweis wörtlich:

Und Martin Schulz, der spätere Kanzlerkandidat und damalige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten im Europaparlament, äußerte zur selben Zeit: „Deutschland muss alles Interesse daran haben, dass seine Partnerschaft mit Russland derjenigen mit Amerika mindestens gleichwertig ist“

Dieses Bestreben halte ich nicht für falsch. Dann wird der SPD vorgeworfen, sie hätte Putins Regime verharmlost. Das kann durch den Wunsch, ein gutes Verhältnis zu Russland aufzubauen, möglich sein. Aber kann man den Christdemokraten nicht mit gleichem Recht sagen, sie hätten schon immer die Interessen der USA – die nicht gleichzusetzen sind mit denen von Deutschland und auch nicht von Europa – verharmlost? Als ich am 27. April in der HAZ das Bild zu dem Artikel „Westen sammelt Waffen für Kiew / Deutschland will erstmals auch Panzer liefern – Annäherung zwischen Ampel und Union“ mit der Unterschrift „Große Runde: Verteidigungsminister und hochrangige Generale aus 40 Staaten konferierten im US-Luftwaffenstützpunkt Ramstein, um über Militärhilfe für die Ukraine zu beraten“ las, habe ich gedacht: Endlich hat die Regierung der USA die Europäer da, wo sie diese schon immer als Verkaufsgenten der US-Gasindustrie haben wollte. Dass die „Gäste“ der USA in Ramstein eingeladen wurden und nicht zum Rapport in die USA gebeten wurden, sehe ich als ein Ausdruck der psychologischen Wirtschaftskriegsführung der USA. Ich formuliere hier keinen Antiamerikanismus, sondern will auf den Imperialismus der die USA, genauso wie China und Russland allein schon auf ihrer jeweiligen Größe treibt, hinweisen. Ich halte es für eine Illusion, wenn wir Europäer glauben, wir würden die Welt besser machen, wenn wir uns zum Mitspieler entwickeln.

Bevor ich meinen Gedankenfaden weiter abspule, bringe ich erst ein Urteil von Karl Jaspers über die CDU und SPD:

Unsere zwei großen Parteien in der Bundesrepublik haben beide einen politisch unwahrhaftigen Grund. Die eine gründet sich auf den von ihr faktisch preisgegebenen Marxismus und gerät dadurch in die Konfusion ihres Denkens.

Die andere Partei nennt sich christlich, während sich doch eine politische Partei auf den biblischen Glauben nicht redlich gründen lässt; das bringt in diese Partei etwas existentiell Verwirrtes.⁹

9 Aus Karl Jaspers Dankesrede „Wahrheit, Freiheit und Friede“ zur Verleihung des Friedenspreis des deutschen Buchhandels, 1958.

Nun hat die SPD bis auf Reste den Marxismus gegen den Keynesianismus ausgetauscht, das Verwirrte ist aber geblieben. Man könnte auch sagen, sie konnte diesen Austausch vornehmen, weil sie dadurch nicht gezwungen war, das Verwirrte und Verwirrende abzulegen.

In der Süddeutschen Zeitung Nr. 93 vom 23./24. April 2020 ist ein guter Artikel von „Wladimir Sorokin, geboren 1951 in Bykowo bei Moskau. Er gilt als der bedeutendste zeitgenössische Schriftsteller Russlands. ...“ Der Artikel ist überschrieben mit:

Unser Krieg / Der Präsident Russlands ist verrückt? / Das glaubt ihr vielleicht. Er und seine Anhänger glauben das nicht. Jede und jeder in Europa muss wissen: Es geht hier um uns, ganze persönlich.

Wenn ich Sorokin in seinem ganzseitigen Artikel verstanden habe, ist Putin in eine historische Lücke geschlüpft, die der Zusammenbruch der Sowjetunion hinterlassen hat. Aber bevor diese Lücke mit einem Despot gefüllt werden konnte, hatte Michail Gorbatschow mit Perestroika und Glasnost ein Zeitfenster aufgestoßen, in dem die Wende von Russland zu einem friedlichen und freiheitlichen Staat hätte eingeleitet werden können.

Unter dem Link

<https://www.sonnenseite.com/de/franz-alt/kommentare-interviews/michail-gorbatschow-nie-wieder-krieg/>

ist unter dem Datum vom 7. März 2022 ein Beitrag von Franz Alt zu finden und zu lesen:



Michail Gorbatschow: „Nie wieder Krieg“

Am 2. März wurde der große russische Friedensfreund Michail Gorbatschow 91 Jahre alt. Es war der siebte Tag des Putin-Krieges in der Ukraine.

Gorbatschow ist Sohn eines russischen Vaters und einer ukrainischen Mutter.





Auch seine Frau Raissa war Ukrainerin. Er nannte sie oft liebevoll „Meine Ukrainerin“. Solche Familienbande zwischen Russen und Ukrainern sind zahlreich in beiden Nachbarländern. Auch das macht den aktuellen Krieg unbegreiflich und absolut sinnlos wie jeden Krieg.

2016 schrieb ich zusammen mit Michail Gorbatschow das [Buch „Nie wieder Krieg – Kommt endlich zur Vernunft“](#). Damals haben wir beide uns nicht vorstellen können, wie dramatisch aktuell dieser Buchtitel fünf Jahre später sein wird. Nie wieder Krieg?

Gorbatschow damals: „Wir sind eine Menschheit auf einer Erde unter einer Sonne“.

Wirklicher Frieden könne „nur erreicht werden unter der Bedingung einer demilitarisierten Politik und demilitarisierter internationaler Beziehungen. Politiker, die meinen, Probleme und Streitigkeiten könnten durch Anwendung militärischer Gewalt gelöst werden – sei es auch als letztes Mittel – sollten von der Gesellschaft abgelehnt werden, sie sollten die politische Bühne räumen“. Kein Wunder, dass Gorbatschow und Putin nie Freunde werden konnten. ...

Ich habe zum ersten mal das Thema Glasnost und Perestroika im Juni 1987 aufgegriffen.

- 4.0  [Glasnost und Perestroika](#) (95 Seiten, 627 KB)
auch in der Bundesrepublik Deutschland
- Ein Brief an die Mitglieder des Bundestages -
Anschreiben zur Petition "Prüfung einer alternativen Ökonomie" vom *Juni 1987*
Januar 1988
- beigefügt wichtige ökonomische Daten in grafischer Form
- dargestellt und kommentiert von [Helmut Creutz](#)
- 4.1  [Glasnost und Perestroika \(Petition\)](#) (48 Seiten, 249 KB)
Die Korrespondenz
- 4.2  [Text der Petition und des werbenden Schreibens zur Unterstützung](#) (3 Seiten, 11 KB)
separat
-
- 5.0  [Glasnost und Perestroika in der Währungspolitik](#) (44 Seiten, 248 KB)
Anmerkungen und Anfragen zur Währungsverfassung und zu den Wirkungen der Politik der Deutschen Bundesbank
- Ein Brief an den Zentralbankrat - *Oktober 1989*

Als der Eiserne Vorhang und die Mauer fiel, war mir klar, dass das eine Chance war für eine neue Friedenspolitik in Freiheit. Als Erstes habe ich mit folgenden Texten auf die Bedingungen eines wirklichen Neuanfangs hingewiesen. Die Möglichkeit die Texte in den Meinungs-

bildungsprozess einzubringen waren mehr als bescheiden. Mir war damals klar, dass der Neuanfang nicht gelingen kann, wenn der Westen sich als Sieger im Wettbewerb der Systeme versteht, so weitermacht wie bisher und statt einer soliden Marktwirtschaft den lebensfeindlichen kapitalistischen Schrott in den Osten exportiert. Politisch wäre notwendig gewesen, die Nato aufzulösen oder in ein rein europäisches Verteidigungsbündnis um zu formen.

Am 5. September 1990 habe ich einen Brief an den Vorsitzenden der Obersten Sowjets von Rußland, Herrn Boris Jelzin geschrieben zum Thema „Informationen zu einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“. Mein Schlussabsatz lautet:

Ich hoffe, daß die Entwicklung in der UdSSR und ihren auf Autonomie pochenden Republiken freiheitlich und human ist. Ich befürchte aber - sicher mit vielen Beobachtern gemeinsam -, daß die ganze Entwicklung umkippen wird, wenn es den Menschen in der UdSSR nicht gelingt, ihre Ökonomie in Ordnung zu bringen. Daß darauf eine erneute Bedrohung für Westeuropa entstehen könnte, liegt auf der Hand. Mein Engagement ist daher nicht nur idealistischer Natur, sondern auch ein Akt der Gefahrenabwehr.

Für die Gefahrenabwehr stand damals die Partei DIE GRÜNEN, deren Mitglied ich damals war, nicht zur Verfügung.¹⁰ Und heute kann man sagen, die Grünen haben sich entgegen ihrem Gründungsanliegen zur Kriegspartei entwickelt. Ihre linken Trittbrettfahrer wie Joschka Fischer haben da fleißig mitgeholfen.

Ende der 70er Jahre, als in China das Zeitfenster für eine effektive, die Freiheit fördernde Ökonomie aufstand, waren in Deutschland und anderswo keine Beispiele für eine die Freiheit und den Frieden fördernde Marktwirtschaft als Vorbild oder Leitbild zur Verfügung, sondern nur der Kapitalismus, der den Bazillus des Krieges in sich trägt, die Armut fördert und den Reichtum konzentriert, die Staaten korrumpiert und Oligarchen gebiert. In Wikipedia wird Oligarch wie folgt definiert:

Ein Oligarch ist ein Großunternehmer, der durch Korruption auch politische Macht über ein Land oder eine Region erlangt hat. Mit der Verflechtung von Politik und Wirtschaft werden politische Entscheidungsprozesse intransparent und gehen häufig mit autokratischer Herrschaft und Schattenwirtschaft einher.

Das Wort Korruption kann in den meisten Fällen auch durch „Blindheit der Ökonomen“ ersetzt werden. Diese erzählen den Völkern die Grundlagen des Wohlstandes sei der Kapitalis-

¹⁰ Aus der damals noch bestehenden Sowjetunion habe ich sogar eine Eingangsbestätigung erhalten. Ich hänge den kompletten Schriftsatz in den Anhang.

mus. Und für diesen sei ein Bodenrecht, das die allgemeinen Menschenrechte bedauerlicherweise sabotiert, ein Geldsystem, das die Armut und Arbeitslosigkeit fördert und ein Patentrecht, das kollektives Wissen zum Ausbeutungsinstrument weniger Menschen macht, eben existenziell notwendig. Das ist so, als wenn Ärzte ihren um Atem ringenden Patienten empfehlen, sich aufzuhängen, weil sie dann besser Luft bekämen. Im übrigen werden Oligarchen nicht geboren, sie werden es auch nicht durch Arbeit. Es muss auch nicht immer ein krimineller Geist dahinterstecken, es gehört nur die Schlaueit und Bedenkenlosigkeit dazu, die Systemfehler in der praktizierten Ökonomie auszunutzen. Tesla-Gründer Elon Musk, der bei uns als Investor gefeiert wird, rechne ich dazu. Sein Name taucht in der letzten Zeit in den Zeitungen häufig auf, aber nicht in Verbindung mit den Begriff Oligarch, der ja einen negativen Klang hat, sondern als Investor für den man beim Recht auch schon mal Fünf gerade sein lässt. Inzwischen werden auch schon bange Fragen formuliert. In der HAZ vom 27. April 2022 heißt es:

Was will der Mann? Tesla-Gründer Elon Musk kauft Twitter – für 44 Milliarden Dollar. Die HAZ fragt aber nicht, wie es möglich ist, dass ein Mensch ein so großes Vermögen anhäufen kann. Und wenn ich als Leser von der Redaktion die Antwort auf diese Frage einfordern würde, dann wäre es fast ein Wunder, wenn ich eine Antwort bekäme. Und wenn dies doch geschehen sollte, würde da wahrscheinlich drin stehen, dass ich sie mit solchen Verschwörungstheorien nicht belästigen solle.

Ich komme zurück auf die HAZ vom 25. April 2022. In dem Bericht von Michael Fischer mit dem Titel >>

> Schröder: „Ich mache jetzt nicht einen auf mea culpa“ / Der Altkanzler und Gaslobbyist meldet sich in einem Interview mit der „New York Times“ zu Wort – und pocht darauf, dass Putin ihm vertraut <

In diesem Artikel wird Schröder wie folgt zitiert:

„Ich denke, dieser Krieg war ein Fehler, und das habe ich auch immer gesagt.“

Ich habe einen Satz in Erinnerung, der in etwa lautet: „Der Krieg war kein Verbrechen, denn man verstand den Krieg als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Wenn ich mich recht erinnern stand der Satz in dem Buch „Die Sieben Todsünden“ des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg von Sebastian Haffner. Ein solches Verständnis von Krieg mag ja vor dem Ersten Weltkrieg noch eine Berechtigung gehabt haben, wenn auch sicher kein Mensch in

vorherigen Kriegen leichter gestorben ist als in denen, die danach folgten. Bei dem seit dieser Zeit entwickelten Zerstörungs- und Tötungspotential der Kriegstechnik ist kein Krieg mehr nicht nur falsch, sondern ein Verbrechen. Und diejenigen die diese Verbrechen begehen sind Verbrecher – egal ob sie im Osten oder Westen, im Norden oder Süden zu Hause sind. Das gilt dann aber auch für jene Menschen, die sich mit den gleichen Mitteln schützen und verteidigen, bzw. verteidigen wollen. Aus solchen Überlegungen heraus hat Karl Jaspers in seiner Dankesrede „Wahrheit, Freiheit und Friede“ 1958 vermutlich formuliert:

Kein äußerer Friede ohne den inneren

Friede ist nicht Kampflosigkeit. Aber der Mensch kann den Kampf verwandeln aus gewaltsamem Kampf in den geistigen und in den liebenden Kampf. Der gewaltsame Kampf erlischt in der Kommunikation. Statt Überlegenheit im Sieg ist das Ergebnis die gemeinschaftliche Wahrheit. Durch solchen Kampf miteinander kommt erst jeder zu sich selbst.

Und:

Freiheit beginnt als Freiheit des einzelnen, gewinnt gemeinschaftliche Gestalt in der republikanischen Regierungsart, behauptet sich gegen Unterdrückung durch fremde Staaten. Im Ganzen dieser drei Momente ist Freiheit wirklich.

War der innere Frieden vor den ersten militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine vorhanden?

In der Zeitung *Deutsche Sprachwelt*, Ausgabe 87 Frühling 2022 lautet die Schlagzeile auf der Titelseite:

Der Schlüssel zum Frieden / Sprache löst nicht nur Kriege aus, sondern kann auch helfen, sie zu beenden.

Zu lesen ist u.a.:

... Charkiw oder Charkow? Lwiw oder Lwow? Kyjiw oder Kiew? Unversehens wird die Art und Weise, wie wir in Deutschland einen ukrainischen Städtenamen sprechen oder schreiben, zum Test, auf welcher Seite wir wohl stehen. So erklärte der „Kölner Express“, „vor dem Hintergrund des von Rußland ausgehenden Krieges“ nur noch „Kyjiw“ zu schreiben. Aus der Krim wird in Köln aus politischen Gründen die „Krym“, aus Dnepr „Dnipro“.

Doch damit mißachtet man nur unsere Sprachtradition und läßt sich in den Sprachenstreit der Ukraine hineinziehen. Dieses Land bildet keine Einheit: Auf der Krim im Süden leben fast 80 Prozent russische Muttersprachler. Im Osten des Landes sind es in Luhansk rund 69 Prozent und im bevölkerungsreichen Donezk 75 Pro-

zent. Im Westen ist ihr Anteil hingegen verschwindend gering. An der Grenze zu Polen sind es gerade einmal 3,8 Prozent. Der russische Präsident Wladimir Putin ist zwar der Ansicht, Ukrainisch sei nur ein russischer Dialekt mit polnischen Einsprengseln, doch das ist falsch: Die beiden ostslawischen Sprachen sind miteinander etwa so verwandt wie Deutsch und Niederländisch.

Seit der Unabhängigkeit von 1991 ist Ukrainisch die einzige Staatssprache. Vor drei Jahren beschloß Kiew ein Sprachgesetz, welches das Russische weiter zurückdrängen und das Ukrainische als Staatssprache stärken soll. Im Januar dieses Jahres lief die Übergangszeit aus, und es trat endgültig in Kraft.

Tatsächlich diskriminiert es die russischsprachige Bevölkerung, was die Spaltung im Lande weiter vertieft. Alle überregionalen Zeitungen und Zeitschriften müssen nun auf ukrainisch erscheinen. Polizisten, Supermarktangestellte, Apotheker, Kellner sind gesetzlich verpflichtet, die Bürger auf ukrainisch anzusprechen. Wer statt dessen Russisch spricht, dem droht ein Bußgeld. Russische Filme und Serien müssen ukrainisch synchronisiert werden. Jeder russisch sprechende Redner, Schriftsteller, Wissenschaftler, Künstler muß bei öffentlichen Auftritten ins Ukrainische gedolmetscht werden. Für andere Sprachen als Russisch gibt es Ausnahmen, beispielsweise für die Amtssprachen der Europäischen Union. ...

Es ist zwar gut und schön, wenn in einem Staat eine Sprache gesprochen wird. Aber wenn das stimmt, was da geschrieben wurde, dann ist das ein Zeichen von nacktem Nationalismus und nicht vom inneren Frieden. Schon dieser Sprachkonflikt – abgesehen von anderen, die mir nicht bekannt sind – kann separatistische Strömungen auslösen.

Bevor ich die nächste Überlegung niederschreibe, sei vermerkt: Auch wenn Konflikte in einem kleineren Land vorhanden sind, hat ein größeres Land kein Recht, diesen Konflikt für eigene Interessen zu nutzen. Und Geheimdienstler, zu deren Geschäft es gehört, diese Methode für ihre Auftraggeber zu nutzen, sind Halunken. Und wenn innere Konflikte von einem anderen Staat dazu genutzt werden, einen Staat, der in solchen Schwierigkeiten steckt, zu beherrschen oder auszubeuten, dann sollte immer ein Schwarm von anderen Staaten den bedrängten Staat mit intelligenten, aber nicht mit militärischen Mitteln schützen.

Ich komme zu dem Präsidenten der Ukraine, zu Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj. Es fällt mir schwer und es tut mir leid, der allgemeinen Wertschätzung, die er im Westen zur Zeit erfährt, zu widersprechen. Diese Wertung muss auch jene kränken, die im Kampf für die Ukraine und gegen Russland ihr Leben eingesetzt haben. Ich ziehe auch in Betracht, dass die Klarheit der Gedanken unter ständiger Bedrohung und der Wahrnehmung von Tod und Zer-

störung durch ein Übermaß von bedrückenden Gefühlen auch bei einem Staatspräsidenten getrübt werden können. Ich weiß nicht einmal, ob ich anders gehandelt hätte, wenn mich das Schicksal in eine ähnliche Rolle, wie der ukrainische Präsident sie innehat, gesteckt hätte. Ich komme zu dem Urteil, dass Wolodymyr Selenskyj mit dem, was er sagt und tut, Wladimir *Putin* im Bösen ebenbürtig ist. Wie komme ich zu diesem Urteil? Ich habe angenommen, dass wir die Verteidigungsideologie „*lever dod as Sklav*“ oder „*lieber tot als rot*“ überwunden hätten. Und nun wendet ein Präsident der Ukraine diese Ideologie, ausgestattet mit militärischen Mitteln, gegen einen Aggressor an, der aufgrund des Einsatzes dieser Ideologie schon jetzt unzählige Menschen in den Tod und hunderttausende in Flucht getrieben hat. Dazu kommt noch, dass von der materiellen und ideellen Substanz des Landes, das geschützt werden soll am Ende nichts übrig bleibt. Ob er die Staaten, die ihm helfen, mit in einen sich immer mehr vergrößeren Krieg hineinzieht, bei dem Europa am Ende in Trümmern liegt und kein Platz mehr ist für die Gräber der Toten. Auch den Hinweis auf einen möglichen Atomkrieg scheint er nur als einen Propagandatricks zu halten. Man hört, dass in die Ukraine die Werte des Westens verteidigt werden. Wenn die Börsenwerte der Aktien und die Rentabilität des Kapitals gemeint sind, mag das sogar stimmen.

Dann wird auch gesagt, in dem Krieg werde die Demokratie verteidigt. Im Westen hat die Demokratie nur eine zweifelhafte Existenz. Und wenn die Ukraine wieder aufgebaut werden soll, haben wenigstens 95 % der Ukrainer für die Demokratie keine Zeit und Kraft übrig. Vielleicht werden dann noch 5 verbleibenden Prozent der Ukrainer Demokratie spielen. Was da bei herauskommt wird, wird dann wahrscheinlich eine Bonzenherrschaft sein.

Keine Frage scheint auch zu sein, was die Flucht mit den Flüchtlingen macht. Ebenfalls wird anscheinend nicht gefragt, welche Wirkung die Massen von Flüchtlingen auf die Gesellschaften der aufnehmenden Länder haben. Wenn nicht immer wieder das reale Leid sichtbar würde, könnte man den Eindruck gewinnen, die ukrainischen alten Menschen und die Frauen mit ihren Kindern würden in den Westen zur Erholung geschickt – was ja im gewissen Sinne stimmt – und die betreffenden Parlamentarier und Regierungsmitglieder würden die Rechnungen aus ihrem eigenen Einkommen bezahlen.

Bei einer der Vidio-Ansprachen von Präsident Selenskyj, die auch im Fernsehen gezeigt wurden, schoss mir der Gedanke durch den Kopf, dass da der Schauspieler Selenskyj die

Rolle seines Lebens spielt. Ern der Held, der Tod und die Zerstörung in der Ukraine die Filmkulisse. Die Anwesenden im Bundestag und anderen bedeutenden Orten, zollen ihm leise oder laut den Beifall. Ich berichte von Eindrücken und behaupte nicht, dass es so war. Aber Eindrücke entstehen nicht ohne Grund. Hier ist es nur die Mahnung einem Helden nicht blind zu Diensten zu sein.

Ich habe hier mit keinem Wort davon gesprochen, dass sich Länder, die überfallen oder auch nur bedrängt werden, nicht verteidigen sollen. Ich habe nur gegen die selbstmörderische militärische Verteidigung argumentiert. Kein Diktator und keine Besatzung kann sich auf Dauer halten, wenn sich die Mehrheit eines Volkes (einer Gesellschaft) diesem nicht mental unterwirft. Schon lange weiß man von der Wirkung nichtmilitärischer Verteidigung. Wenn ich mich frage, warum diese Verteidigungsart seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht systematisch erforscht, ausgebaut und trainiert hat, fällt mir nur die Antwort ein: Sie ist nicht rentabel. Das, was jetzt kriegerisch passiert, und besonders die geplante Auf- oder Hochrüstung wird ein Bombengeschäft im wörtlichen und übertragenen Sinn.

Aber wenn im Bereich der militärischen Rüstung alles so kommt, wie es jetzt diskutiert und geplant wird, und die Spannungen und Gründe die im Ökonomischen liegen, nicht überwunden werden, dann wird es einen Weltkrieg geben, der die Summe aller Kriege des vorigen Jahrhunderts in den Schatten stellen. Und die Befürworter werden den Nazis in Bezug auf Blindheit und Menschenfeindlichkeit in den dann folgenden Geschichtsbüchern den Rang ablaufen.

Im Hauptstadt – Das Briefing (The Pioneer) von Michael Bröker und Cordon Repinski vom 23. April 2022 ist zu lesen:

Baerbocks Kampf um Deutschlands Ruf

Bis vor nicht allzu langer Zeit genoss das Baltikum im Reiseplan deutscher Außenminister keine allzu hohe Priorität. Doch seit dem russischen Überfall auf die Ukraine hat der nordöstliche Winkel von EU und Nato eine neue, brisante Bedeutung erlangt.

In Litauen, Lettland und Estland ist die Angst davor, das nächste Opfer der Aggression Wladimir Putins zu werden, groß. Und sie ist berechtigt.

Außenministerin Annalena Baerbock hat jetzt die neue Rolle des Baltikums als

Frontregion im Konflikt mit Russland gewürdigt. Von Mittwoch bis Freitag war sie dort zu Besuch. / Drei volle Tage in drei kleinen Staaten. ...

„Wir hören euch, wir sehen euch und: Deutschland steht an eurer Seite.“

Meine Frau billigt Annalena Baerbock Kanzlerqualitäten zu. Ich aber denke, sie ist mehr auf den eigenen Ruf bedacht, als auf den von Deutschland. Aber nicht die Außenministerin ist hier das Thema, sondern die baltischen Staaten. Dass Russland heute wieder eine Bedrohung für die baltischen Staaten ist und in Finnland und Schweden über eine Nato-mitgliedschaft nachgedacht wird, hat eben mit der Politik des Westens gegenüber Russland nach der Auflösung der Sowjetunion zu tun. Und die Deutschen – auch die, die sich für nichts zuständig fühlen – haben allen Grund dazu, sich zu schämen. Aber trotzdem hat es keinen Sinn, die baltischen Staaten zu Militärbastionen auszubauen und gegenüber Russland abzuschotten. Diese Länder waren doch froh, endlich den Status von besetzten Ländern los geworden zu sein. Als Bastion gegen Russland gerichtet würden sie sich wieder – diesmal freiwillig – den Status des besetzten Landes zubilligen. Auch bei gutem Willen des Westens – wenn dieser dazu fähig ist – wären sie nicht mehr die Herren in ihren eigenen Häusern. Die EU ist doch jetzt schon bemüht, dass alle Länder nach ihrer Melodie tanzen. Als militärische Bastitionen würden die baltischen Staaten noch mehr entmündigt. Ziel der Politik muss doch sein, das alle Anrainer Russlands mit diesem teils europäischen Land in einem für alle gedeihlichen Verhältnis mit gegenseitigem Nutzen leben. Dieses Ziel ist nicht mit militärischen Mitteln zu erreichen. Über diesen Weg dahin müssen wir unsere Köpfe anstrengen und nicht darüber, wie viel militärische Last den Menschen im Westen und Osten Europas aufgebürdet werden kann.

4) Zwischenbemerkungen

Gestern berichtete der NDR über ein Gerichtsurteil über das auch heute (29. April) die HAZ in einem Artikel von Per Hellerling berichtet. Der Titel mit der Schlagzeile lautet:

Urteil: „Querdenker“ Michael Fritsch ist kein Polizist mehr

Verwaltungsgericht folgt den Argumenten der Polizeidirektion / Der 58-Jährige wird als „Reichsbürger“ und Verteiler von Verschwörungsmythen eingestuft

... Die PD (Polizeidirektion TA) wirft ihm die Nähe zu „Reichsbürgern“, das Verbreiten von Verschwörungsmythen und das Verunglimpfen staatlicher Institutionen vor – das schade dem Ansehen der Behörde massiv. Dem folgte der Vorsitzende Richter Martin Goos: „Ein Polizist hat die Pflicht, sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen und dafür einzutreten.“ Als Beamter habe Fritsch „ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis“. Zwar sei auch ihm harte und zornige

Kritik gestattet, aber das Maß habe der 58-Jährige überschritten. Besonders bitter laut Goos: Fast 40 Jahre lang sei Fritsch ein Polizist mit guten Beurteilungen und ohne Zwischenfälle gewesen.

Ist es wirklich schon so lange her, dass man den Staatsdienern – besonders jenen in Uniform – vorwarf, sie hätten keine Distanz zu ihrem Dienstherrn eingehalten. Hier hat man dann aber den jeweiligen Unrechtsstaat gemeint. Aber wie soll ein Staatsdiener bei der Fülle der Gesetze und Eingriffe in die Gesellschaft denn immer erkennen, ob sich das, was er sieht und was von ihm verlangt wird, noch innerhalb des Rechtes liegt. Und dann muss sich der Staatsdiener – wie allgemein der Bürger – noch Gedanken machen, ob das formale gesetzte Recht auch im Einklang oder Widerspruch zu den allgemeinen und seinen speziellen ethischen Normen befindet. Da ist jeder Mensch überfordert, wenn das geschriebene Recht die letzte Instanz sein soll. Die letzte Instanz muss daher das Gewissen sein. Das verfasste Recht muss aber wegen seiner Allgemeingültigkeit und weil das Gewissen auch irren kann auch dann zum Zuge kommen, wenn es im Widerspruch zu der Gewissensprüfung des einzelnen Menschen steht. Aber da das geschriebene Recht unter Umständen zu Unrecht werden kann, oder die Aufgaben nicht löst, zu deren Zweck es geschaffen wurde, müssen die Rechtsnormen auch ständig überprüft werden. Die Kritik am Recht und an jenen Institutionen, deren Handeln rechtskonform sein soll, ist somit ein Ausweis oder eine Bedingung dafür, wenn sich eine Gesellschaft eine freie und demokratische nennen will.

Der Richterspruch > „Ein Polizist hat die Pflicht, sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung zu bekennen und dafür einzutreten.“ Als Beamter habe Fritsch „ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis“. < ist mir zu simpel. Zu den drei Worten „freiheitlich demokratische Grundordnung“ stehe ich auch, nicht aber zu dem Inhalt, den die Parteienherrschaft den Worten im Laufe der Zeit gegeben hat. Unter diesem Gesichtspunkt konkurriert die Formel mit dem Begriff „sozialistisch“, den die untergegangene DDR für ihre Ordnung reklamierte in der Lügenhaftigkeit.

Zu den Begriffen *Querdenker*, *Reichsbürger* und *Geburtsstaat Preußen*: Ich denke, wenn die Entstehungsgeschichte der Bundesrepublik und die Überprüfung der Rechtsnachfolge aus den Vorgängerrechtsformen auf dem Hintergrund des Völkerrechtes zu irgendeiner Zeit

gründlich aufgearbeitet worden wäre, gäbe es gar nicht die Reichsbürger. Wenn ich das richtig sehe, verstehen sich die Reichsbürger als eine Mahnung an eine rechtlich fragwürdige Entstehung der BRD. Im Hinblick auf eine gedeihliche Entwicklung vom geeinten Europa, sollten alle EU-Mitglieder vermeintliche oder tatsächliche offene Rechnungen aus der Vergangenheit überprüfen. Man kann aber die Geschichte nicht zurückdrehen ohne neues Unheil anzurichten. Aber die Thematisierung von geschichtlichen Abläufen zu kriminalisieren, bewirkt das Gegenteil von dem, was damit bewirkt werden soll.

Keine Gesellschaft kann eine erlangte Freiheit bewahren, wenn alle Bürger im Denken und Handeln im Gleichschritt im Mainstream marschieren. Wenn sich Querdenker, die ursprünglich ja nur solche Menschen waren, die den Mut hatten, abseits vom oder quer zum Mainstream zu denken, zu einer Bewegung entwickelt haben, dann liegt das auch an die Mitläufer im Mainstream, die nicht vorurteilsfrei denken können, sich dadurch verunsichert fühlen, dass es konkurrierende Ansichten gibt und in Folge ihre Unsicherheit durch Forderungen nach Sprechverboten und durch Herabsetzung anders Denkender überwinden wollen.

Gleichzeitig ließ der 1963 geborene Fritsch seinen Geburtsstaat in Preußen ändern, weil für das Dokument die Blutlinie entscheidend sei.

Dazu ein kurzer Hinweis: Auch in diesem Gebrauch der Worte kommt ja der Vorwurf auf, dass die Bundesrepublikaner die Geschichte der Deutschen nicht richtig aufgearbeitet haben. Ich hatte neulich einen Anlass mich in Unterlagen von einem Onkel von mir, der in Berlin gelebt hat und dort gestorben ist, umzusehen. Dabei fand ich eine zerfledderte Optionsurkunde, die auf Grund des Art 8 ... 1 der Konvention über das Memelgebiet vom 8. Mai 1924, am 9. März 1926 vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf ausgestellt wurde. Daraus geht hervor, dass mein Onkel in einer schriftlichen Erklärung für die deutsche Reichszugehörigkeit optiert hat und dadurch die preußische Staatsangehörigkeit wiedererworben hat. Mein Vater war ja in der gleichen Situation, aber bei ihm habe ich eine solche Urkunde nicht gesehen. Mich hat gewundert, dass noch in den Zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zwischen Reichszugehörigkeit und Staatsangehörigkeit unterschieden wurde.

... Selbst vor Gericht meinte der 58-Jährige, vieles sei zu erfahren, „wenn man recherchiert“. ...

Wenn ein Journalist so eine Selbstverständlichkeit erwähnenswert hält, dann muss er ja wohl meinen, dass das Recht auf Recherche nur den Journalisten zusteht.

...

Ähnlich erklärte Fritschs Anwalt Ivan Künnemann den Begriff „Regime“, den der selbst ernannte „Schutzmann mit Herz und Hirn“ als Synonym für die Bundesregierung nutzt. Das Wort beschreibe bloß neutral eine Regierungsform. Künnemann verkehrt selbst in Verschwörerkreisen, unter anderem ist seine Kanzlei in Tangstedt (Schleswig-Holstein) die Adresse der Vereine „Anwälte für Aufklärung“ und „Polizisten für Aufklärung“. An der Gründung des letzteren war Fritsch beteiligt. Zudem trat Fritsch bei der Bundestagswahl 2021 als niedersächsischer Spitzenkandidat für die „Querdenker“-Partei „Die Basis“ an. In deren Podcast sprach Künnemann über „mangelnde Akzeptanz von Andersdenkenden“. Folglich seien auch Fritschs Äußerungen von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Dass das Wort Regime ein neutraler Begriff ist, bezweifle ich. Ich habe den Begriff bislang nur wahrgenommen, wenn damit eine Regierung gemeint ist, die nicht ganz koscher ist. Jedem Bürger steht zu, selbst darüber zu urteilen, wie er seine Regierung einschätzt. Ein Polizeibeamter muss seinen Dienst nach geltendem Recht ausführen. Als Bürger muss er aber unbeschadet für die Änderung oder Aufhebung von Gesetzen, mit den üblichen politischen Mitteln werben dürfen. Der verurteilte Polizeibeamte soll auch Zweifel an der Gewaltenteilung haben. Wenn dieser Zweifel der auf eine Tatsache hinweist, zur Urteilsfindung beigetragen hat, dann ist das ein Fehlurteil. So wie die Föderation als ein Ordnungssystem, das eine zentralistische Konzentration politischer Macht verhindern soll, zu einem Gemisch gegenseitiger Einmischungen geworden ist, so ist die Vermischung von Parlament und Regierung ein Angriff auf die Gewaltenteilung.

Ich habe schon Beiträge geschrieben wie z. B. den nachfolgend benannten, wo ich aussage, dass bei uns die Demokratie hauptsächlich vom Bundestag verraten wurde und wird. Ich schreibe so etwas nicht, um die Parlamentarier herabzusetzen, sondern um die Demokratie zu verteidigen.

Anmerkungen zur Ökonomie und Demokratie im Corona- und Wahljahr 2021

Steuert unsere Republik die Form einer DDR II an? Eine Selbstvergewisserung zum Mitlesen von Tristan Abromeit, Textreihe 172 / Abschluss Juni 2021

Anmerkungen zur Ökonomie und Demokratie im Corona- und Wahljahr 2021
Steuert unsere Republik die Form einer DDR II an?

172.0  **Die BRD ist demokratiefeindlich! Schlussfolgerungen.**
TA. Juni 2021

Eigentlich wäre es ein Glücksfall, wenn ein politischer Dummkopf auf die Idee käme, mich wegen mancher meiner Texte zu verklagen. Die Texte würden dann dadurch das Revier der Narrenfreiheit, die effektiver ist, als die Meinungsunterdrückung mit Stasimethoden, überwinden. Ich kann mir das aber nicht wünschen, weil mein Herz den damit verbundenen Stress nicht mehr verträgt. Im Fall der Fälle, würde ich mich aber um einen pensionierten Verfassungsrichter als Verteidiger bemühen. Ich denke dabei an den Richter Hans-Jürgen Papier, dessen Buch „Freiheit in Gefahr“ ich mit viel Gewinn gelesen habe.



Hans-Jürgen Papier: Freiheit in Gefahr: Warum unsere Freiheitsrechte bedroht sind und wie wir sie schützen können. Heyne / München 2021 / 288 Seiten

Wert der Freiheit

Auch wenn Deutschland fast ein halbes Jahrhundert lang durch eine Mauer getrennt war, denken wohl zumindest im westlichen Teil der Bundesrepublik die wenigsten Menschen im Alltag über die Freiheit nach. Sie ist uns selbstverständlich. Das ändert sich erst an dem Punkt, an dem wir das Gefühl bekommen, in unserer persönlichen Freiheit im Übermaß beschnitten zu werden. Denn so, wie die Freiheit des Autofahrens durch den nächsten Stau ihre Grenzen findet, so müssen wir in einer Demokratie den Mitbürgern in unserer Gesellschaft dieselben Rechte zubilligen, wie wir sie für uns in Anspruch nehmen - und das führt automatisch zu Beschränkungen. Doch Freiheit darf nur begrenzt werden um der größeren Freiheit aller willen. Dies bedarf der ausdrücklichen Zustimmung der Allgemeinheit - in Gestalt der demokratischen Gesetzgebung. Individuelle Freiheit und kollektive Freiheit bedingen also einander wechselseitig. Einer allein kann nicht frei sein.

Das Verhältnis zwischen Individuen ist jedoch nur die eine Seite des Freiheitsbegriffs. Historisch älter und bedeutsamer ist die Freiheit gegenüber dem Staat. Seit der Aufklärung ist sie die wichtigste staatsphilosophische wie auch politische Forderung; im Kern zielt sie auf die Befreiung von Furcht. So formulierte der große niederländische Philosoph Baruch de Spinoza bereits 1670:

»Der letzte Zweck des Staats ist nicht zu herrschen, noch die Menschen in Furcht zu halten oder sie fremder Gewalt zu unterwerfen, sondern vielmehr den Einzelnen von

der Furcht zu befreien, damit er so sicher als möglich leben und sein natürliches Recht, zu sein und zu wirken, ohne Schaden für sich und andere vollkommen behaupten kann [...] Der Zweck des Staats ist in Wahrheit die Freiheit.« *H.-J. Papier. Seite 21 f.*

Und hier noch einmal Karl Jaspers aus seiner Dankesrede zur Verleihung des Friedenspreises des deutschen Bundhandels 1958:

Im Westen ist uns durch den Willen der Sieger die Chance gewährt, eine Demokratie zu werden. Unsere Demokratie ist nicht geboren aus der hochgemuten Gesinnung eines Befreiungskampfes, sondern uns verordnet, als wir ein Haufen überlebender Deutscher waren.

Wissen wir schon, was Freiheit ist? Wie können wir Deutsche an unserem Ort durch uns selbst für den Frieden der Welt wirken? Das Politische ernst nehmen als das Schicksal, an dem jeder, durch Tun oder Nichttun, mitwirkt! Im Politischen aber die Wahrhaftigkeit uneingeschränkt erstreben und erkämpfen!

Wahrheit kann uns den inneren Frieden bringen. Sie kann uns in den bevorstehenden Prüfungen die Pflichten und Rechte unserer winzigen Machtstellung zeigen. Sie kann es verwehren, uns schuldig werden zu lassen an neuen Katastrophen. Sie allein wird uns ermöglichen, im kommenden Gang der Menschheit uns als das zu behaupten, wodurch wir uns und der Welt zur Freude da waren und da sein können.

„Im Politischen aber die Wahrhaftigkeit uneingeschränkt erstreben und erkämpfen!“

Das haben die politischen Parteien bei uns verhindert. Sicher nicht aus Bosheit, sondern aus Blindheit gegenüber den Wirkungen einer Haltung des Durchmogelns, der Nutzung des augenblicklichen Vorteils und das Festhalten an Ideologien. Darauf gehe ich hier nicht oder nur so weit ein, wie ich es zum Verständnis meiner nachfolgenden Hinweise auf die Ökonomie notwendig erachte. Alles darüber hinausgehende muss Gegenstand von Forschungsarbeiten sein, die ich nicht leisten kann. Ich kann auch nicht in jeder neuen Arbeit zu diesem Thema neue Quellen benennen. Aber diese gibt es für jene zu finden, die nicht nur beweisen wollen, dass das Böse in den Genen der Deutschen angelegt ist. Dies ist schon deshalb nicht möglich, weil die Deutschen kein Volk mit einem einheitlichen Genpool sind, sondern eine Gesellschaft, die sich aus Mitgliedern der Völker Gesamteuropas gebildet hat.

Das, was ich jetzt sagen will, sagt sich so schwer, weil die Schuld der Deutschen, die unter der Nazi-Herrschaft entstanden ist, nicht wirklich aufgearbeitet wurde, sondern zu einer Staatsreligion gemacht wurde. Diese Staatsreligion soll anscheinend bewirken, dass auch jeder Deutsche, der in die Nazizeit hinein oder danach geboren wurde, sich ebenfalls moralisch und als Erbschuldner, zur Tilgung verpflichtet fühlt. Wenn dann noch jeder der Zweifel

am Ablauf der Geschichte, so wie sie geschildert wird, zum Strafbestand der „Leugnung des Holocaust“ gemacht wird, dann kann das Ergebnis nur zu einem Selbsthass von wesentlichen Teilen der Deutschen oder zu einem neuen Antisemitismus führen. Und beide Ergebnisse sind kein geeignetes Mittel um die Deutschen zu Mitgliedern der Völkerfamilie zu machen, die sich besonders für die Freiheit, die Gerechtigkeit und Frieden im eigenen Land und in anderen Ländern einsetzen. Es muss also aufhören, dass die Repräsentanten des deutschen Staates durch die Welt reisen und die deutsche Schuld als wohlfeile Ware anbieten. Außerdem muss klargestellt, dass die deutschen Generationen, die in die Hitlerzeit hinein oder danach geboren wurden, schon genug gebüßt und gezahlt haben, für die Schuld, die sie nicht auf sich genommen haben. Sie sind genauso schuldig oder unschuldig wie die betreffenden Generationen in Israel oder anderswo. Wenn aber die Schuld den Deutschen an ihre Staatsbürgerschaft geklebt wird, dann bleibt ihnen nichts übrig, als diese abzulegen und einen neuen Staat zu gründen. Was ich hier in wenigen Sätzen sage, ergäbe gründlich abgehandelt ganze Bücher. Ich bringe gleich einige Zitate, die es als richtig erscheinen lassen, dass ich mit meiner Annahme richtig liege.

Vorweg noch eine andere Anmerkung. Zur Eindämmung neu aufkommenden Nationalismus und Antisemitismus wird behauptet, der Nationalsozialismus hätte sich aufgrund des damaligen Antisemitismus und dem völkischen Denken entfaltet. Das ist falsch, das geht aus den von mir verwendeten Zitaten klar hervor. Und um die Neigung zum neuen Nationalismus zu dämpfen, wenn man ihn nicht nur hier verdammt, sondern auch anderswo, zum Beispiel in Israel, dann darf man die Deutschen nicht parteiisch verurteilen. Das völkische Denken halte ich für ein spekulatives Denken, das sich – wie das Bedürfnis sich an den Helden-Sagen aus alten Zeiten aufzurichten –, befriedigt. Das christliche Denken halte ich entgegen seiner Intention für gefährlicher. Denn in der Bedrängnis betet jedes Volk, jede Kriegspartei, „Gott sei mit uns“, erhofft die Stärkung der eigenen Kraft, die Schwächung des Gegners und die Gutheißung des eigenen Tuns. Und das ist alles an dem gleichen Gott schon seit 2000 Jahren adressiert. Auch im Ukraine-Krieg spielt dieses Denken ebenfalls eine Rolle.

Nach dem Zweiten Weltkrieg suchten die Sieger – wie es Sieger meistens tun – aus der Masse der Besiegten, solche Menschen, die die Schuld am ganzen Geschehen dem besiegten eigenen Volk zuzuweisen bereit waren. Gleichzeitig mussten sie bereit und fähig sein, ein Regierungssystem für das besiegte Land unter ihrer Aufsicht als Sieger und nach ihren Vorstel-

lungen aufzubauen. Dazu eigneten sich besonders Sozialdemokraten und andere bürgerliche Politiker, die in irgendeiner Weise von den Nazis bedrängt wurden und gelitten haben. Mit dem Status des Nazi-Opfers konnte man aber verschleiern, dass man im starken Maß mitverantwortlich war, dass Hitler und die NSDAP die Macht im Land übernehmen konnten. Die Verschleierung ihrer Mitschuld am Aufstieg Hitlers verhinderte dann aber, dass diese „guten“ Deutschen wirklich offen sprechen konnten und als Regierungsmitglieder oder als Parlamentarier der Wissenschaft Aufträge zu erteilen, die wirklichen Fakten dazu zu erfassen, um den heutigen Deutschen zu erklären, warum Hitler ein Macht- und eine Tötungsmaschine werden konnte.

5. Versuch der Klärung

Die Zitate, die folgen, sind nur kleine Glieder von Gedankenketten mehrerer Autoren. Jeder, der denkt, dass ich eine unzulässige Tendenz den Aussagen der verschiedenen Autoren gegeben habe, sollte das – wenn er dazu in der Lage ist – an den Originalquellen überprüfen. Ich werde die einzelnen Zitate und Auszüge nicht groß kommentieren. Es geht mir darum zu zeigen, dass nicht Verschwörungen und Nationalismus zum Ersten und Zweiten Weltkrieg geführt haben, sondern, dass die falschen Vorstellungen von den Ursachen der misslichen Situationen, in denen die Völker steckten zum Nationalismus, Imperialismus und Kriegen geführt haben. Und auch die verquere Vergangenheitsbewältigung nach dem Zweiten Weltkrieg, die heute noch wirksam ist, hat uns nur neue Probleme gebracht und schafft fortwährend neue Probleme. Während ich versuche, die Gefahr, die nur aus dem kollektiven falschen Denken entsteht, durch das Aneinanderreihen von Worten sichtbar zu machen, kommen mir Zweifel hoch, ob das überhaupt gelingen kann. Die Zeit in Familienangelegenheiten zu investieren, ist vermutlich sinnvoller. Ich nehme es niemand über, der meine Vermittlungsbemühungen nicht auf Anhieb versteht. Es hat doch seine eigene Logik, wenn eine Leserin oder Leser sagt: Wenn das richtig ist, was der Abromeit da schreibt, müsste es doch auch in der Zeitung stehen oder durch das Fernsehen vermittelt werden. Dabei ist es nicht ausgemacht, dass der Krieg in der Ukraine nicht nur in Form von Flüchtlingen uns näher rückt, sondern auch mit Tod und Verderben bei uns einzieht. Dies braucht nicht einmal in direkter Folge zu geschehen. Alleine wenn die Inflationsrate des Euro so weiter bestehen bleibt oder weiter steigt – was gleichbedeutend mit dem Legen einer Zündschnur zu einem riesigen Feld mit Sprengsätzen ist, die auch aus Atombomben bestehen können – genügt das Ansteigen der Spannungen in den europäischen Ländern, dass der Krieg unsere Häuser und Gärten zerstört

und auch der knappe Boden noch knapper wird, weil die Toten ihren Platz benötigen. Wenn das richtig ist, was ich da schreibe, dann muss ich mich doch mich fragen,¹¹ ob ich verrückt bin oder was da los, dass die Bürger und ihre Vertreter in der Politik sich nicht darauf einstellen, die Gefahr zu bannen.

Sind wir Menschen die wahren Lemminge, die periodisch einen Massenselbstmord begehen? Bei den Lemmingen soll das Urteil auf Fehlbeobachtungen beruhen, bei den Menschen ist es so, das die Geschichtsbücher den Sachverhalt bestätigen. Eine Ursache von vielen Ursachen, dass das Verhalten von 99 % der Menschen an den Tag legen, kann ich benennen: Sie bekommen von den Wissenschaftlern, die sich mit dem Handeln des Menschen befassen und hier insbesondere jene, die sich mit der Wirtschaft befassen, keine brauchbare Erklärungshilfe. Obwohl klar sichtbar ist, dass die Weimarer Republik aufgrund ihrer Währungsprobleme gescheitert ist und in Folge Hitler sein Unwesen treiben konnte, hat die Wirtschaftswissenschaft – die durchaus von sympathischen und klugen Leuten betrieben wird – keinen klaren Begriff vom Geld und seiner Wirkungsweise. Wenn die offizielle Wirtschaftswissenschaft aufgelöst würde, wäre die Folge nicht, dass die Lage der Gesellschaften schlechter würde, sondern besser: Einfach dadurch, dass die Kreativität der frei werdenden Wirtschaftswissenschaftlern von den traditionellen und institutionellen Zwängen befreit würde und dass sie endlich zeigen könnten, was in ihnen steckt.

Aus: **Die sieben Todsünden des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg**

von Sebastian Haffner, Ausgabe von 1981

Noch einmal: Das war nicht Friedens-, sondern Kriegspolitik, eine kalt rechnende, wenn man will skrupellose, wenn man will verzweifelte Politik. Eine törichte und gedankenlose Politik war es nicht und eine verbrecherische auch nicht. Der Krieg lag ohnehin in der Luft, wenn er doch kommen sollte, dann wollte ihn jeder natürlich aus dem für ihn günstigsten Anlass ausbrechen lassen. Überfallene Unschuldslämmer gab es unter den Großmächten von 1914 nicht, und gejubelt wurde überall. (S. 33)

DAS SPIEL MIT DER WELTREVOLUTION UND DIE BOLSCHEWISIERUNG
RUSSLANDS

Die Bolschewisierung Russlands war natürlich in erster Linie die Tat Lenins. Aber

¹¹ Ich denke nicht alleine so. Aber die Menschen, die in gleicher Weise so denken, sind inzwischen eine so kleine Schar, dass sie kein politisches Gewicht mehr hat und die etablierte Wissenschaft können sie trotz umfangreicher Literatur, ohne persönlichen Schaden als nicht existent betrachten.

sie war auch das Werk Deutschlands. Und zwar nicht in dem Sinne, in dem man sagen kann, dass die spätere Ausbreitung des Kommunismus nach Mitteleuropa das Werk Hitlers war. Dass es seit dem Zweiten Weltkrieg kommunistische Regierungen in Warschau und Ostberlin gibt, hat Hitler nur bewirkt, nicht gewollt. Dass es aber seit dem Ersten Weltkrieg eine bolschewistische Regierung in Moskau gibt, das hat die damalige deutsche Reichsleitung nicht nur entscheidend mitbewirkt, sondern auch gewollt. Die Bolschewisierung Russlands war eine bewusste, wohlerwogene und in diesem Fall auch einmal erfolgreiche Politik des kaiserlichen Deutschland im Ersten Weltkrieg. Dass sie trotzdem, von seinem Standpunkt aus, ein Fehler war, werden heute nur wenige bestreiten wollen.

Es war auch nicht etwa reine Verzweiflungspolitik; Deutschland handelte keineswegs wie der geblendete Simson, der in heroischer Lust am Untergang das Haus der Philister über der eigenen Leiche zum Einsturz bringt. Nicht einmal das lässt sich aufrechterhalten, dass Deutschland die Bolschewisierung Russlands nur in letzter Not, um sein nacktes Leben kämpfend, ins Auge gefasst hatte. (Seite 53)

Und Bundesbürger, der heute etwas davon läuten hört, wie man sein Land im Osten schon wieder fürchtet und wie man ihm im Westen schon wieder misstraut, während er doch nur an sein Geschäft, sein neues Häuschen und sein neues Auto denkt, wird sich ehrlich entrüsten: »Was, das sollen *wir* sein?« Zwischen Deutschland und den Deutschen besteht immer ein Unterschied, für den man vergebens das Verständnis der übrigen Welt suchen wird. Nicht umsonst nannte Thomas Mann seine geistreiche Verteidigung der deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg: »Betrachtungen eines Unpolitischen«. Indem der Deutsche für sich als Person das Recht in Anspruch nimmt, unpolitisch zu sein, also das Recht auf politische Verantwortungslosigkeit, gibt er gleichzeitig auch seiner jeweiligen Regierung einen Freibrief für politische Verantwortungslosigkeit - und fällt dann aus allen Wolken, wenn sie davon Gebrauch macht und ihn die Folgen treffen. Ein trauriges Kapitel, an dem sich zwischen 1914 und 1965 kaum etwas geändert hat. (Aus dem Nachwort von 1964 Seite 152 f.)

Alle deutsche Politik im 20. Jahrhundert beruhte und beruht auf der Tabuisierung unwillkommener Tatsachen. Daher der anscheinend unheilbare Realitätsverlust der deutschen Politik. Daher die immer wiederholten und sich immer wiederholenden Enttäuschungen und Niederlagen, die niemand voraussieht, und die Katastrophen, an denen nachher niemand schuld gewesen sein will. Daher die ständige, immer wiederholte totale Vergeudung aller Tüchtigkeit und Tapferkeit, deren Deutschland fähig ist. Ehe es nicht anders wird, wird es nicht besser werden. (Übrigens gibt es einen einzigen deutschen Politiker des 20. Jahrhunderts, der 40 Jahre lang seine Politik mit äußerster zäher Demut auf Tatsachen und nichts als Tatsachen gestellt hat, unter völliger, fast übertriebener, fast schon wieder unsympathischer Zurückstellung persönlicher Vorlieben, Wünsche und auch Loyalitäten. Er ist damit der erfolgreichste deutsche Politiker des Jahrhunderts geworden und der bestgehasste. Sein Name ist Ulbricht.) Aus dem Nachwort S. 158

Seit dem Herbst 1918 sind die Deutschen ein politisch gemütskrankes Volk.

(S. 118)

Es folgen Auszüge aus:

„Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“
von Fritz Schwarz, Bern 1945, Band II

Der Krieg von 1914 bis 1918 begann 1874.

Es ist kein Zufall, daß man für die Darstellung der Vorgeschichte des Weltkrieges immer in die siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurückgeht. Damals wurde tatsächlich der Grund zum Dreibund wie zur Tripelallianz gelegt. Alle Länder wurden mit Zollgürteln umschlossen. Selbst Bismarck wurde seines Widerstandes gegen die deutsche Kolonialpolitik müde und bequemte sich dazu, für das deutsche Reich Kolonien zu erwerben. Jeder halbwegs anständige Staat strebte auch nach «Interessensphären». Damals wurde die Erde verteilt. Warum das alles? Weshalb diese Belastung der Bürger mit fremden Kolonien, die mehr Geld kosteten als sie einbringen konnten und mit «Interessensphären», wo man doch kaum mehr für seine eigenen Belange sorgen konnte?

Wir haben im ersten Bande gesehen, wie sich in diesen Jahren infolge des Fehlens von Gold die Wirtschaft mehr und mehr verengerte. Die Völker fühlten das. Schließlich sollten sich alle Regierungen nach einem bessern «Platz an der Sonne» umsehen. Sie merkten nicht, daß nur der Mangel an G e l d die Völker zur Verzweiflung brachte. Die Herrschenden suchten überall nach Verbündeten; jedes Bündnis aber erweckte Mißtrauen bei andern und führte wieder zu Gegenbündnissen.

Mit dem Jahre 1893 kam die Erlösung. Die Goldfunde stiegen wieder. Sie ermöglichten die Ausdehnung der Gütererzeugung, des Handels und des Verkehrs und die Entwicklung der Technik. Doch blieben die staatlichen Versuche zur Besserung der Lage bestehen. Die Bündnisse wurden nicht gelöst, die Kolonien nicht aufgehoben, die Zölle nicht abgebaut. Und was das Allerschlimmste war; die eintretende Besserung wurde sogar diesen sinnlosen Versuchen zugeschrieben. Man geriet auf diese Weise in eine ganz unheilvolle Täuschung hinein. Was der vermehrte Geldumlauf gebracht hatte, glaubte man selber geschafft zu haben. So kam man zu einer ganz schiefen Bewertung von Zöllen, Kolonien, Bündnissen und Rüstungen. Bei der ersten Schwierigkeit, die von der Wirtschaft her später auftauchen würde, war sicher anzunehmen, daß man ihr wieder mit den gleichen Mitteln entgegentreten würde, die ja vermeintlich - schon früher geholfen hätten! So konnte eine anhaltende, scharfe Krise schließlich den Krieg zur Auslösung bringen, den man 1893 vertagt hatte. (Seite 37 f.)

... Auch hier sehen wir in aller Deutlichkeit den Kampf um das Gold entbrennen, der von da ab nie mehr aufhören sollte und der wohl das meiste zum Ausbruch des Krieges beigetragen hat. ... (Seite 59)

1923 - das Jahr der Geldvernichtung. Die Reichsbank berichtet darüber: ⁶²⁾

«Im Jahre 1923 büßte die deutsche Mark im Verlaufe der unheilvollen Inflation ihre Fähigkeit, Zahlungsmittel im Verkehr mit dem Auslande zu sein, nahezu vollständig ein; sie versagte aber auch im Inlandsverkehr mehr und mehr, nicht nur in ihrer Funktion als Wertaufbewahrungsmittel und Wertmesser, sondern schließlich an vielen Stellen sogar als Tauschmittel und Zahlungsmittel. Die Umlauf s-geschwindigkeit der Markzahlungsmittel hatte sich fieberhaft gesteigert, «Notgeld» war in unübersehbarer Buntscheckigkeit von öffentlich-rechtlichen und privaten Stellen zur Ausgabe gebracht worden. Die privaten Wirtschaftskreise hatten sich veranlaßt gesehen, Verträge aller Art in wachsendem Umfang nicht mehr auf Mark, sondern auf der Grundlage irgend welcher anderen Wertbestimmungen (marktgängiger Waren, Devisen, Edelmetalle, Indexziffern usw.) abzuschließen. Die Währungszerrüttung hatte wahrhaft verhängnisvolle Folgen. Sie lähmte Handel und Verkehr und führte die gesamte deutsche Wirtschaft dem völligen Ruin entgegen.» ... (Seite 193)

Dr. Schacht und die Wiedereinführung der Goldwährung in Deutschland

Dr. H j a l m a r Schacht fand (Hjalmar Schacht: Die Stabilisierung der Mark, Berlin 1927, Seite 94), «die Vorstellung, daß neben dem internationalen Goldgeld ein inländisches Zahlungsmittel wie die Rentenmark sich in fester Wertbeständigkeit erhalten könnte, so absurd, daß ich nur einen einzigen Gedanken hatte: in welchem Tempo die Rückkehr zum Golde möglich sein würde.»

So war denn sein Erstes, nach seiner Ernennung sogleich zum Goldlieferanten Deutschlands, zu England, zu gehen, um dort mit Montagu Norman die Möglichkeit zu besprechen, Deutschland wieder von den Goldzufuhren Englands abhängig zu machen. Selbstverständlich waren die Engländer bereit, die Deutschen wieder an das währungspolitische Leitseil zu nehmen, obschon das, was Schacht als eine absurde Vorstellung weit von sich gewiesen hatte, unterdessen Wirklichkeit geworden war! Vom 15. November 1923 ab liefen die Noten der Rentenbank um, ohne Golddeckung! Indessen ging Dr. Schacht von einem zum andern und machte immer neu darauf aufmerksam, daß mit der Errichtung der G o l d b a n k nicht gezögert werden dürfe. Die vorläufige Stabilisierung der Rentenmark dürfe nicht darüber hin-

wegtäuschen, daß man sich «in einem Stadium verhängnisvoller Agonie» befände. Die kleinen Leute konnten zwar wieder kaufen, aber die Unternehmer hätten kein Geld, um Rohstoffe einzukaufen und zu produzieren, weil die Notwendigkeit, die Währungsstabilität aufrecht zu erhalten, einer Ausdehnung der Geldschein-zirkulation durch Kreditgewährung im Wege stände; rasches Handeln sei deshalb geboten. Das sagte er am 22. Januar 1924. Die Kreditgewährung der Reichsbank in Rentenmark wuchs aber mit der neu einsetzenden Produktion weiter an. Sie betrug am 31. Januar 1924 bereits 1196,2 Millionen.

Es gelang daher Schacht nicht, die Kommission von der Notwendigkeit der Golddeckung zu überzeugen. Da entschloß er sich, in der *o f f e n t l i c h k e i t* gegen die Rentenmark aufzutreten. Das geschah am 7. Februar 1924 in Königsberg, wo er so viel als möglich Mißtrauen gegen die Rentenmark zu säen suchte. Unterdessen ging aber der Handel mit Hilfe der Rentenmark munter fort. Es zeigte sich vom 15. November bis am 7. April 1924, wo Schacht endlich seinen Traum von der Golddiskontbank verwirklicht hatte, daß ein nicht mit Gold gedecktes Geld seine Aufgabe in jeder Hinsicht erfüllt hatte. Dann begann die Pfuscherei - mit der Goldmark. «Am 7. April 1924 wurde die Stabilisierung (d. h. der Uebergang zur Goldwährung) durch die Kreditrestriktion endgültig gesichert.» «Der Großhandelsindex des statistischen Reichsamtes ging von 125,1 im April auf 122,5 im Mai, auf 115,9 im Juni und auf 115,0 im Juli zurück.» (Seite 207 f.)

Der Kampf ums Gold.

Der andauernde Mangel an Gold führte dazu, daß jedes Land dem andern das gelbe Metall abzustehlen und schon erhaltenes Gold festzuhalten suchte.

In welcher Weise der Kampf um das Gold geführt wird, zeigt uns das Verhalten des schweizerischen Nationalbankdirektoriums gegenüber England im September 1931. Die Bank von England besaß noch am 24. Juni 1931 einen Goldbestand von 163 Mill. Pfund. Am 29. Juli war er auf 132 Mill, vermindert worden, stieg aber bis am 26. August wieder bis auf 133,3 Mill. an. Mitte September wurde durch Vermittlung von Herrn Dr. Bindschedler von der Schweizerischen Kreditanstalt bei der Nationalbankleitung bekannt, daß Goldauszahlungen seitens der Bank von England nicht mehr lange zu erwarten seien. Daraufhin verfügte die Direktion der Schweizerischen Nationalbank den Umtausch eines Drittels ihrer bei der Bank von

England liegenden Golddevisen gegen Gold. Das brachte die Bank von England in eine solche Verlegenheit, daß die englische Regierung sofort ihren Gesandten in Bern beauftragte zum Schutze des englischen Goldes bei der schweizerischen Regierung vorzusprechen. Der englische Gesandte bezeichnete in seiner Audienz beim Bundespräsidenten das Vorgehen der schweizerischen Nationalbank als eine unfreundliche Handlung gegenüber England. Der Bundespräsident ließ den Präsidenten des Generaldirektoriums der Nationalbank zu sich bitten. Sie besprachen miteinander die Lage. Was war das Ergebnis dieser Unterredung zwischen Bundespräsident und Nationalbankdirektor? Daß noch gleichen Tages der Rest der Devisen in London gegen Gold umgetauscht wurde, nach dem Grundsatz: Sicher ist sicher. Zwei Tage nachher stellte die Bank von England die Goldauszahlungen ein. ...

... Die riesige Anhäufung des Goldes in der Schweiz ist natürlich nicht allein dem Umtausch der Devisen gegen Gold in London zuzuschreiben sondern es wurden auch andere Golddevisen gegen Gold umgetauscht - überall da, wo man die Notenbanken nicht als ganz zuverlässig betrachtete. Die Zunahme der Goldbestände im Auslande von 366 auf 957 Mill. Fr. zeugen für diese unentwegte Hamstertätigkeit der Schweizerischen Nationalbank, Die Golddevisen sind um 470 Mill. Fr. vermindert worden, während sie sonst in der gleichen Zeit der beiden vorhergehenden Jahre angewachsen sind, so z. B. in der gleichen Zeit des Jahres 1929 von 212 auf 281 Mill. Franken. Dagegen stiegen die Goldbestände im Auslande, die im Besitz der Schweizerischen Nationalbank waren, um fast 600 Mill. Fr. (genau 591 Mill.), während sie noch am 7. Oktober 1930 null gewesen waren und am 30. Oktober 1930 erst 25 Millionen betragen!

Dieses Gold fehlte nun als Deckungsmetall im Auslande. Mit dem fehlenden Deckungsmetall wurde der ausländische Geldumlauf - soweit sich das Ausland noch weiter auf die Goldwährung verpflichtete - vermindert. Mit dem Geldumlauf fehlte der Warenaustausch, mit dem Warenaustausch fehlte die Arbeitsmöglichkeit, mit der fehlenden Arbeitsmöglichkeit, der Arbeitslosigkeit hatten wir die weitere Verschärfung der allgemeinen Wirtschaftskrise, und von dieser wurde nun auch die Schweiz in stärkerem Ausmaße betroffen: «Auf den Schützen fliegt der Pfeil zurück».
(Seite 219 f.)

Offener Brief an die Berliner Zeitung am Mittag (1918)
aus: Silvio Gesell, Gesammelte Werke Band 17, Seite 257

Trotz des heiligen Versprechens der Völker, den Krieg für alle Zeiten zu ächten, trotz des Rufs der Millionen: „Nie wieder Krieg!“, entgegen all den Hoffnungen

auf eine schönere Zukunft muß ich sagen: Wenn das heutige Geldsystem, die Zinswirtschaft, beibehalten wird, so wage ich es heute schon zu behaupten, daß es keine 25 Jahre dauern wird, bis wir vor einem neuen, noch furchtbareren Krieg stehen. Ich sehe die kommende Entwicklung klar vor mir. Der heutige Stand der Technik läßt die Wirtschaft rasch zu einer Höchstleistung steigern. Die Kapitalbildung wird trotz der großen Kriegsverluste rasch erfolgen und durch ein Überangebot den Zins drücken. Das Geld wird dann gehamstert werden. Der Wirtschaftsraum wird einschrumpfen, und große Heere von Arbeitslosen werden auf der Straße stehen. An vielen Grenzpfählen wird man dann eine Tafel mit der Aufschrift lesen können: „Arbeitsuchende haben keinen Zutritt ins Land, nur Faulenzer mit vollgestopftem Geldbeutel sind willkommen.“ Wie zu alten Zeiten wird man dann nach dem Länderraub trachten und wird dazu wieder Kanonen fabrizieren müssen, man hat dann wenigstens für die Arbeitslosen wieder Arbeit. In den unzufriedenen Massen werden wilde, revolutionäre Strömungen wach werden, und auch die Giftpflanze Übernationalismus wird wieder wuchern. Kein Land wird das andere mehr verstehen, und das Ende kann nur wieder Krieg sein.

Anmerkungen zu Hitler von Sebastian Haffner, 1978 /2002 Seite 34 f.

Im ganzen muß man die Handhabung und Dosierung des Terrors in den ersten sechs Jahren - erst Furchterregung durch wüste Drohungen, dann schwere, aber hinter den Drohungen doch etwas zurückbleibende Terrormaßnahmen und danach allmählicher Übergang zu einer Beinahe-Normalität, aber ohne völligen Verzicht auf ein wenig Hintergrund-Terror - eine psychologische Meisterleistung Hitlers nennen. Sie sorgte bei den zunächst ablehnend oder abwartend Gestimmten - also der Mehrheit - für das rechte Maß von Einschüchterung, ohne sie zu verzweifelter Widerstand zu treiben; und, noch wichtiger, ohne von den mehr positiv beurteilten Leistungen des Regimes allzusehr abzulenken.

Unter diesen positiven Leistungen Hitlers muß an erster Stelle, alles andere in den Schatten stellend, sein Wirtschaftswunder genannt werden. Den Ausdruck gab es damals noch nicht; er ist erst für die überraschend schnelle Wiederaufbau- und Wiederankurbelungsleistung der Ara Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt worden. Aber er paßt noch viel besser auf das, was im Deutschland der mittleren dreißiger Jahre unter Hitler vor sich ging. Viel tiefer und stärker war damals der Eindruck, daß ein wirkliches Wunder vollbracht wurde, und daß der Mann, der es vollbrachte, also Hitler, ein Wundertäter war.

Im Januar 1933, als Hitler Reichkanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunder-

barer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen. Das ist später nicht einmal Ludwig Erhard gelungen.

Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken ließ, gar nicht groß genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren 1936 – 1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantisches Nörglers. »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« - das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der Hitlergegner gebildet hatten.

War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird die Frage trotz denkbarer Einwände wohl bejahen müssen. Es ist vollkommen richtig: Hitler war wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ein Laie; die einzelnen Einfälle, mit denen das Wirtschaftswunder in Gang gesetzt wurde, stammten größtenteils nicht von ihm, und besonders das halbrecherische Finanzierungskunststück, von dem alles abhing, war eindeutig das Werk eines anderen Mannes: seines »Finanzzauberers« Hjalmar Schacht. Aber es war Hitler, der Schacht holte - erst an die Spitze der Reichsbank, dann auch des Wirtschaftsministeriums - und ihn machen ließ. Und es war Hitler, der all die Ankurbelungspläne, die schon vor ihm existiert hatten, aber vor ihm eben aus allen möglichen, hauptsächlich finanziellen Bedenken gestrandet waren, aus den Schubladen holen und ins Werk setzen ließ - von den Steuergutscheinen bis zu den Mefowechseln, vom Arbeitsdienst bis zu den Autobahnen. Er war kein Wirtschaftspolitiker, nein, und er hatte sich nie träumen lassen, daß er auf dem Umweg über eine Wirtschaftskrise und mit der Aufgabe, eine Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zur Macht kommen würde. Die Aufgabe war ganz und gar nicht auf ihn zugeschnitten; in seinen Plänen und politischen Gedankengebäuden hatte das Wirtschaftliche bis 1933 kaum eine Rolle gespielt, aber er besaß genug politischen Instinkt, um zu begreifen, daß es jetzt für den Augenblick die Hauptrolle spielte, und, überraschenderweise, auch genug wirtschaftspolitischen Instinkt, um, im Gegensatz etwa zu dem unseligen Brüning, zu erfassen, daß Expansion in diesem Augenblick wichtiger war als budgetäre und monetäre Stabilität. ...

Und weiter mit Haffner aus den Seiten 62 und 63:

Seine Erfolge aber hat er sämtlich gegen Gegner errungen, die zu wirklichem Widerstand unfähig oder unwillig waren. Innenpolitisch hat er der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt, als sie bereits ausgehöhlt und praktisch aufgegeben war. Außenpolitisch hat er das europäische Friedenssystem von 1919 erledigt, als es bereits von innen heraus erschüttert war und sich als unhaltbar erwiesen hatte. In beiden Fällen hat Hitler nur das schon Fallende gestürzt.

Auch hatte es Hitler in den dreißiger Jahren, anders als in den Zwanzigern und Vierzigern, personell durchweg mit schwachen Gegnern zu tun. Die deutschen Konservativen, die ihm die Nachfolge der Weimarer Republik eine Weile streitig

machten, waren konzeptionslos, unter sich zerstritten und innerlich schwankend zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis mit Hitler; ebenso zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis schwankend waren die englischen und französischen Staatsmänner der späteren dreißiger Jahre, denen Hitler seine außenpolitischen Erfolge abgewann. Wenn man sich den Zustand Deutschlands im Jahre 1930, den Zustand Europas im Jahre 1935 und den Zustand Frankreichs im Jahre 1940 genauer ansieht, verlieren Hitlers Erfolge den Nimbus des Wunderbaren, den sie für die Mitlebenden hatten. Wir müssen uns also dieser Mühe unterziehen, auch wenn die Betrachtung mitunter von Hitler wegzuführen scheint. Ohne ein wenig Zeitgeschichte bleiben Hitlers Erfolge unverstündlich.

Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang. Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und undefinierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. Die einzige Frage war, ob die bereits aufgegebene Republik durch eine konservative - in letzter Konsequenz wohl monarchische - Restauration abgelöst werden sollte oder eben durch Hitler.

Den wirtschaftspolitischen Erfolg Hitlers, den Sebastian Haffner beschreibt, hätten die bürgerlichen Parteien, die man als Vorläufer von CDU und FDP deuten kann und auch die SPD, haben können. Nicht nur das Elend, das durch die Deflation verursacht wurde, sondern auch die Enteignung der Geldvermögen und auf Geld lautenden Forderungen, die nicht der liebe Gott oder die bösen Mächte verursacht hatten, sondern die Parteien, die die Demokratie zu Tode geritten haben. Der Grund war, die Konservativen waren Gefangene der Vorstellung, dass eine Währung mit Gold gedeckt sein musste und die Sozialdemokraten waren Gefangene des Marxismus. Ohne die Borniertheit der damaligen Parteien, die Gerhard Ziemer in seinem Buch „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“, 1971,¹² gut beschreibt, hätte auch nach dem Ersten Weltkrieg für alle Deutschen ein bescheidener Wohlstand herrschen

¹² Auszüge finden sich in mehreren Arbeit von mir.

können. (Es gab auch noch andere Schwierigkeiten in Folge des verlorenen Krieges. Die hatten aber nicht dieses Gewicht.) Die in der großen Mehrheit auf die Monarchie geprägten Deutschen, denen ohne ihr eigenes Zutun die Demokratie übergestülpt wurde, hätte sich auch als Kriegsverlierer mit der neuen Regierungsform angefreundet, wenn diese sich nicht – auf den Alltag bezogen – als eine große Zumutung entpuppt hätte.

Seit seiner ersten Veröffentlichung 1881 in Buenos Aires mit der Schrift „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum Sozialen Staat“ hat sich Gesell erst alleine, dann mit den ersten Mitwirkern, die auf tausende answollen, um die Aufklärung über die Wirkungen des Geldes bemüht. Man hat aber damals wie heute die Fronten der Ignoranten nicht durchbrechen können. In der Schrift „Gegen den Strom“ hat Johannes Schumann seinen und Erich Mädgers Kampf in der SPD für eine befreiende Währungspolitik geschildert. Das Ergebnis: Schumann wurde aus der SPD ausgeschlossen und die SPD lief nicht nur in ihr eigenes Verderben, sondern zwangen Millionen Menschen – deutsche und nichtdeutsche – mit ins Elend. Von dem in der genannten Schrift befindlichen Flugblatt >>„Letzter Appell! „Die Tage der Zivilisation sind gezählt, wenn der wirtschaftliche Aufstieg nicht bald beginnt.“ (Prof. Cassel in Oxford) << befindet sich in einem Netz-Beitrag zu Erich Mäder.

<https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/2347188>

Der folgende Link führt zu einem Beitrag von mir, in dem ein Auszug aus Schumanns Schrift „Gegen den Strom“ vorhanden ist.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/158.1.Der.Blick.in.den.Spiegel.ist.falsch.adressiert..pdf>

Bei dem Stichwort Hjalmar Schacht ist mir wieder die Frage gekommen, ob nicht die Vertreter der Freiwirtschaftsschule indirekt Hitlers Erfolge, die Sebastian Haffner beschrieben hat, mit möglich gemacht haben. Schacht hat mit seinem Einsatz für eine goldgedeckte Währung viel Unheil angerichtet, er musste aber auch das Ergebnis seiner Bemühungen mit ansehen. Er musste, wenn er weiterhin eine Rolle in der Währungspolitik spielen wollte, sich nach anderen Konzepten umzusehen. Er ist bestimmt von freiwirtschaftlicher Seite aufgrund seiner Einstellung zu einer durch Gold gedeckten Währung mit Kritik und Ratschlägen bombardiert worden. Und das genügt schon – auch ohne Umlaufsicherung des Geldes – aus einer brachliegenden Wirtschaft herauszukommen, wie auch der Start der BRD 1948 beweist. Hier ist es interessant wie Will Nobe über Hjalmar Schacht berichtet. Siehe den Beitrag:

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie
- Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik -

Offener Brief an Jürgen Trittin MdB von Tristan Abromeit / 24. August 2011
Text 96.3 / Dokumentation (Quellen) zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer
Republik zum Text 96.1 „Ergänzungen“ Der Zusammenbruch der Goldwährung
von Gustav Cassel 1937 / Dr. Greely Hjalmar Schacht aus Geheime Mächte von Will Noebe
1965

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf>

Aufgrund der praktizierten Vergangenheitsbewältigung und auf Grund des Mangels aus eigenen Erlebens der Nazizeit waren junge Menschen oft geschockt, wenn sich herausstellte, dass gestorbene Mitglieder einer Vereinigung, ebenfalls in der Zeit vor 1945 Mitglied der NSDAP waren. Es ist ja heute noch so, wenn sich bei einem verblichenen verdienten Menschen herausstellt, dass er in der NSDAP Mitglied war, wird er in die politische Ecke gestellt. Alle sonst positiv bewertete Leistungen, die die betreffenden Personen danach in der BRD oder der DDR vorzuweisen haben, zählen nicht mehr. Überall hofft man und fordert man von Menschen den Wandel vom Schlechten zum Guten ein und wenn er sich einstellt, nutzt es dem Betreffenden nichts, wenn sich herausstellt, dass er das Parteizeichen der NSDAP getragen hat. Den jungen Leuten kommt dabei gar nicht in den Sinn, dass es damals gab, wie es sie heute gibt, ein Mitglied einer Partei zu werden und nicht alle Motive waren damals wie heute edel. Es gab damals wie heute Menschen, die sich eine Mitgliedschaft in einer Partei zumuteten, weil sie glaubten oder glaubten bzw. glauben Schlimmes dadurch verhindern oder etwas Gutes durchsetzen zu können. Und dabei sind die Faktoren, die für oder gegen eine Mitgliedschaft sprechen unübersichtlich oder der eigene Beitrag, der geleistet werden kann, wird überschätzt. Und was in der Erörterung dieser Probleme meistens auch übersehen wird, ist, dass die demokratischen Parteien sich verschlissen und abgewirtschaft hatten. Die der NSDAP zuströmenden Mitglieder konnten ja nicht vom Ergebnis her gesehen die Partei beurteilen. Ich habe keine Ahnung wie viel von den Menschen, die der Freiwirtschaft nahe standen, der NSDAP beigetreten sind. Wie in allen idealistischen Gruppen, war die Haltung zum Nationalsozialismus gespalten. Es gab passiven und aktiven Widerstand und Versuche die Partei auf einen anderen Weg zu bringen. Die meisten Anhänger der Freiwirtschaftslehre sind wohl nach dem Verbot ihrer Organisationen in die innere Emigration gegangen.¹³ Wie eine Mitgliedschaft in den heutigen Parteien in 100 Jahren bewertet wird, wissen wir noch nicht. Ich bin auf dieses Thema jetzt gekommen, weil ich überlegte, ob der Wandel bei Hjalmar

¹³ Es liegt eine Arbeit von Werner Onken und Günter Bartsch zu dem Thema vor. Der Titel lautet: „Natürliche Wirtschaftsordnung unter dem Hakenkreuz / Anpassung und Widerstand“ und parallel dazu von Werner Onken alleine verfasst: „Natürliche Wirtschaftsordnung unter kommunistischer Herrschaft und nach der Wende von 1989.“

Schacht in seiner Vorstellung von einer guten Währung durch Aktivitäten vom Einfluss von Freiwirten zeugt. Soweit ich mich erinnern kann, hat Schacht keinen guten Ruf unter Freiwirten gehabt.

Nicht vergessen, ich gehe in meinem Versuch der Klärung, nicht von dem bösen Willen der handelnden Personen aus, sondern von ihrem irrenden Geist, der ihr Handeln und Unterlassen steuert oder gesteuert hat.

Ich bin mit der Präsentation von Auszügen noch nicht am Ende. Ich habe im Mai 1983 eine Stellungnahme zu den Vorwürfen von linken GRÜNEN, die gegenüber dem damals ältestem Mitglied der GRÜNEN, Hermann Müller, verfasst. Der Vorwurf lautete, er vertrete ultrarechte Tendenzen. Ich hatte erst den Eindruck, hier läge nur ein Konflikt aufgrund des unterschiedlichen Gebrauchs von Redewendungen zwischen alten und jungen Mitgliedern vor. Es wurde in dem ganzen Verfahren deutlich, dass die Antragsteller nur einen Grund gesucht hatten, die Urgründungsgruppe aus der Partei auszubooten. Ich habe dazu im Mai 1983 einen Text verfasst mit dem Titel > „Ultrarechte Tendenzen“ bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg NWO? < Auf der Seite 8 hatte ich u. a. geschrieben:

Es hat in der Untergangphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.

Spezielle Parteifreunde haben diese Aussage zum Anlass genommen, ein Parteiausschlussverfahren gegen mich in Gang zusetzen, das letztlich zu meinen Gunsten entschieden wurde. Mein damaliger jüdischer Parteifreund, den ich im Zusammenhang mit der Gründung der Partei DIE GRÜNEN in Karlsruhe kennengelernt habe, bestätigte mir mit Schreiben vom 12. 3. 1984 und 3. 04. 1984, dass meine Darstellung sachlich richtig ist. Er sagte auch, das Deut-

sche – wenn sie eine Besserung ihrer Lage anstrebten nur noch die Wahl zwischen der NSDAP und der KPD hatten. Er selber hatte sich für die KPD entschieden. Der ganze Vorgang kann hier nachgelesen werden: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/8.2%20Parteiausschlussverf..pdf>
Die damalige Stellungnahme des Faschismusforschers Professor Arno Klönne ist dort auch zu lesen.

Ich habe später unter der Vorziffer acht 18 Dateien aus diesem Themenbereich auf meine Internetpräsentation gestellt.

Die Linken allgemein und besonders die in den GRÜNEN haben durch die Nutzung der Faschismuskeule – das Agieren mit Faschismusverdächtigungen und -unterstellungen – mehr Schaden angerichtet als die Rechten. Vor allem haben sie den Stalinismus, der in ihrem Denken im System der Zentralverwaltungswirtschaft angelegt ist und durchaus mit den negativen Wirkungen des Nationalsozialismus vergleichbar ist, nie thematisiert. Jedenfalls wurde so 1. verhindert, dass in sachlicher Form um eine bessere Gesellschaftsform unserer Republik debattiert werden konnte und 2. eine Ökonomie weiter verhindert, die aus sich heraus den Frieden fördert und die Armut bekämpft. Das war das Ziel der freiwirtschaftlichen Parteigründer, die mit Lügen und Verdrehungen kalt gestellt wurden. Das Ergebnis ist, DIE GRÜNEN sind zur Kriegspartei geworden.

In einem Bericht von Von Markus Decker in der HAZ vom 2. 5. 2022:

Die Grünen wollen keine Waffennarren sein / „Hadern und handeln zugleich“:
Die Mitglieder zeigen sich auf ihrem Kleinen Parteitag zerrissen in der Debatte um Hilfen im Krieg

Düsseldorf. Der Satz, den Tarek Al-Wazir aussprach, war typisch für den grünen Länderrat in Düsseldorf. Gewiss müssten auch die Grünen „dafür sorgen, dass die Bundeswehr wieder funktioniert“, sagte der hessische Wirtschaftsminister, fügte aber hinzu: „Wir sollten uns nicht anhören, als wären wir die besseren Waffenspezialisten.“

Der Satz kam nicht von ungefähr. Seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine ist es die Ökopartei, die in der Ampelkoalition mit SPD und FDP am lautesten nach Waffenlieferungen ruft. Dabei tat sich der einstige Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter zuletzt am stärksten hervor, als er nicht nur mehrmals schnell schwere Waffen anmahnte, sondern noch dazu Kanzler Olaf Scholz (SPD) attackierte. Das hat Wirkung hinterlassen. So attestiert das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ den „Olivgrünen“ in seiner neuen Ausgabe eine „Mobilmachung“. Das wollten die Grünen bei ihrem Kleinen Parteitag nicht stehen lassen. ...

... Die Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Britta Haßelmann, betonte, die Ukraine

„braucht unsere Unterstützung, und zwar auch mit schwereren Waffen“. Denn sie habe „das Recht, sich selbst zu verteidigen“. Haßelmann fuhr mit Blick auf die Unterzeichner des offenen Briefes an Kanzler Scholz fort: „Es geht hier nicht um Kompromisse. Es geht darum, dass die russische Regierung alle Kampfhandlungen einstellen muss, und zwar sofort.“ ...

In diese Lage haben sich DIE GRÜNEN selbst hineinmanövriert. Der Krieg in der Ukraine wurde schon in der Zeit, als der Eiserne Vorhang fiel, auch mithilfe der Grünen, die keine Vorstellungen von einer neuen Friedensordnung im Gesamteuropa entwickelt haben bzw. aufgrund des Kaltstellens der Ur-Gründer der Partei nicht entwickeln konnte, mit verursacht.

Natürlich braucht die Ukraine Hilfe, aber die Verteidigung mit militärischen Mitteln, hilft nur, dass mehr Menschen sterben und fliehen und dass von der materiellen und ideellen Substanz der Ukraine nichts übrig bleibt. Wenn dann Russland noch ein das Land demütigen „Frieden“ aufgezwungen wird, ist der Folgekrieg schon vorprogrammiert.

Wenn mich meine Erinnerungen nicht trügen, mussten vor der Gründung der Partei DIE GRÜNEN in der Ausgangszelle zur Gründung, der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen, viele Bedenken gegen eine Parteigründung ausgeräumt werden. Es bestand die Vermutung, das alles Gute, was angestrebt werden könne, durch eine Parteigründung einen Schaden nehmen könnte. Mit Hinweise darauf, dass die Grünbewegten mit dem Einzug in die Parlamente, eine bessere Basis für die Informationsbeschaffung und die Aufklärung der Gesellschaft über Gefahren und positiven Entwicklungsmöglichkeiten ermöglichten, wurde um die Zustimmung zur Gründung der Bundespartei gerungen. Vor dem Zufluss an Mitgliedern aus den K-Gruppen, von der es hieß, dass sie der leninistischen Strategien, die Lüge und Täuschung als politisches Mittel erlaubt, anhängen, bestanden große Vorbehalte gegen eine Parteigründung.¹⁴ Diese wurden mit Hinweisen auf Notwendigkeit zur Überwindung der 5%-Klausel letztlich überwunden.¹⁵

Mein Eindruck, den ich jetzt wiedergebe, stimmt höchsten der Tendenz nach: Wenn es die Klimakrise (und jetzt der Ukraine-Krieg) nicht gäbe, wüsten die Grünen gar nicht, worüber sie reden sollten, jedenfalls nicht über etwas, worüber in den anderen Parteien nicht schon lange geredet und gestritten wird. Auch hier geht es mir nicht darum, die Mitglieder von den

14 Siehe dazu: „Von der Grünen Liste zur Grünen Partei?, Dissertation von Anna Hallensleben, 1984.

15 Durch die 5%-Klausel haben die anderen Parlamentsparteien quasie schon an der Gestalt der neuen Partei mitgewirkt.

Bündnisgrünen abzuwerten, sondern es ist nach meiner Wahrnehmung nichts von dem Geist zum Aufbruch zu neuen Ufern für unsere Gesellschaft vorhanden, der in der Gründungszeit zu spüren war. Wenn die Grünen heute für den Marsch in die neue Zeit trommel, klingt das ziemlich blechern. Mein Eindruck vom letzten Wahlkampf um Sitze im Bundestag ist, sie wollen Macht und das ist Parteienmacht, die sich aus der Ohnmacht der Bürger speist.

5) Pazifismus

Es ist angebracht hier etwas zum Pazifismus und zur Friedensarbeit zu sagen. Der Anlass ist eine Äußerung vom Ex-Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse, der von einem „Pazifismus auf Kosten anderer“ sprach. Ex-Bischöfin Margot Käßmann hörte ich nebenher im Radio zu diesem Thema. Sie widersprach der Aussage von Wolfgang Thierse. Ich habe jetzt von beiden im Netz eine Aussage zu dem Thema gefunden. In einem Interview von Markus Decker mit Wolfgang Thierse vom 30. 3. 2022 heißt es:

Herr Thierse, in Deutschland regt sich im Lichte des Ukraine-Krieges wieder die „Friedensbewegung“. Sie übt Kritik an dem geplanten Sondervermögen für die Bundeswehr von 100 Milliarden Euro. Teilen Sie das?

Die Friedensbewegung wird nur glaubwürdig bleiben, wenn sie sich der bitteren Tatsache stellt, dass es die Schwäche und Uneinigkeit des Westens einerseits sowie die Schutz- und Wehrlosigkeit der Ukraine andererseits waren, die Putin als Aggressionsermunterung missverstehen konnte, ja musste. Dieser bitteren Tatsache darf man nicht mehr ausweichen. Wir brauchen eine selbstkritische Friedenspolitik.

Unter anderem bei der ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, die sich gegen das Sondervermögen und Waffenlieferungen an die Ukraine wendet, hatten manche zuletzt den Eindruck, dass sie ausweicht.

Mir scheint, das ist ein Pazifismus auf Kosten anderer. Ich war bei den Berliner Friedensdemonstrationen und habe da alte Losungen gesehen wie „Soldaten sind Mörder“, „Stell Dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“. Sie kommen mir wie aus der Zeit gefallen und gedankenlos vor. Auf Ukrainer müssen sie geradezu zynisch wirken.

Was bedeutet das für die operative Politik?

Zunächst bedeutet es, dass reiner Pazifismus gegen einen Aggressor nicht reicht. Mir fällt dabei eine geschichtsträchtige Sentenz von Friedrich Schiller ein: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt.“ Wenn man also für eine Friedensordnung eintritt, dann sollte man wissen, dass sie auf Recht gegründet sein muss und man für dessen Durchsetzung Macht

und Kraft braucht. An die Stelle der wunderbaren entspannungspolitischen Idee von der „gemeinsamen Sicherheit“ wird zunächst – so weh mir das tut – Sicherheit gegen Putin-Russland treten müssen, um auf der Basis eigener Stärke wieder für eine neue, andere und vor allem sicherere europäische Friedenarchitektur eintreten zu können.

<https://www.rnd.de/politik/ex-bundestagspraesident-thierse-warnt-vor-pazifismus-auf-kosten-anderer-WV3OGFGKAFB7PGGU2SEOLDXO5Q.html>

Ich stimme mit Wolfgang Thierse so weit überein, dass abgedroschene Sprüche, die mehr bewirken sollen, als die eigene Motivation zu stützen und Märschen durch die Straßen, die nichts besonderes mehr sind, nichts bringen.

Eine Waffenlieferung in einem kriegerischen Konflikt macht diesen aber noch schlimmer als er ohnehin schon ist und trägt die Gefahr in sich, dass aus einem nationalen Krieg ein kontinentaler oder weltweiter Krieg entsteht. Dass in Russland ein Mensch wie Putin an der Staatsspitze steht und diesen Krieg beginnen konnte, hat auch der Bundestag, dem Wolfgang Thierse vorstand, mit verursacht. (Das habe ich schon an anderer Stelle begründet.)

24.04.2022 Käßmann¹⁶ sieht in Ukraine-Krieg Verantwortung bei Putin

Es ist nicht Gott, der Kriege führt

Margot Käßmann hat sich in ihrer Kolumne in der "Bild am Sonntag" zum Krieg in der Ukraine geäußert. Nach Auffassung der evangelischen Theologin ist nicht Gott für Kriege verantwortlich, sondern Menschen wie Präsident Putin.

"Viele Menschen wünschen sich einen Gott, der mit Blitzschlag ins Weltgeschehen eingreift und Recht und Gerechtigkeit schafft", schrieb Käßmann in ihrer Kolumne in der "Bild am Sonntag". Aber es sei nicht Gott, der Kriege führt. Menschen wie der russische Präsident Wladimir Putin müssten sie verantworten, sagte sie mit Blick auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine.

Gott sei auch nicht mit einer Nation, wie es immer wieder in der Geschichte auch von Kirchen erklärt worden sei. "Nein, Gott ist auf der Seite der Menschen, die leiden", betonte die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Wenn in dem ukrainischen Ort Butscha Menschen gefoltert und getötet würden, sei Gott genau dort.

Im Alten Testament der Bibel gebe es zwar Passagen, in denen Gott geradezu

¹⁶ Ich mache auf folgenden Text von mir aufmerksam:

>Aufruf „**aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken**“ Offener Brief an Bischöfin Frau Dr. Margot Käßmann von Tristan Abromeit vom 22. Januar 2002 <

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/24.5%20Aufruf%20OB%20K.%20Erg.%20Anhang%20Scharf.pdf>

Ich habe hier nur 1 Anhang erwischt, die ganzen Texte unter der Ziffer 24 zeige ich unter dem Text 174.1 an.

dazu aufrufe, Krieg zu führen. Doch Jesus zeige eine ganz andere Seite Gottes, so die ehemalige Bischöfin von Hannover. Jesus komme nicht als Revolutionär mit der Waffe in der Hand hoch zu Ross. Er sterbe am Kreuz als Opfer von Unrecht und Gewalt, erinnerte die Theologin an die biblische Erzählung im Neuen Testament.

Quelle: epd <https://www.domradio.de/artikel/kaessmann-sieht-ukraine-krieg-verantwortung-bei-putin>

Dass Margot Käßmann klarstellt, dass Gott nicht den Krieg führt, ist gut. Dass Wladimir Putin sich für den Krieg verantworten muss, ist auch klar. Er kann aber nicht so handeln, wie er handelt, ohne eine schweigende oder offene Zustimmung von einem genügend hohen Prozentsatz der russischen Bevölkerung zu erhalten. Hier ist schon zu fragen, was ist mit den Russen geschehen, dass sie Putin dieses Mandat gegeben haben. Wenn Putin auch die Verantwortung für den Krieg trägt, er hat ihn bestimmt nicht alleine verursacht.

Dass Gott bei den Leidenden ist, kann man glauben, aber nicht beweisen. Dass Jesus als ideeller Kriegsherr oft missbraucht wurde, kann ich wohl ohne Quellennachweis glaubhaft behaupten. Der Hinweis, dass Jesus biblisch eine andere Einstellung hat, als die jeweiligen christlichen Kriegsparteien sich das wünschen, ist erfreulich. Ich stelle eine Schrift von dem Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes Bückeburg, Pastor Wilhelm Mensching¹⁷ mit dem Titel „Jesus und der Krieg“ in den Anhang. Ich sehe es als Schwäche der Friedensbewegung, dass das Freundschaftsheim, das nach dem Krieg hervorragenden Versöhnungsarbeit geleistet hat, nicht erhalten werden konnte und einem Konsumtempel weichen musste. Auch vermute ich, dass das Freundschaftsheim von der evangelischen Kirche in Niedersachsen und der BRD in Zeiten des kalten Krieges nicht gefördert wurde, weil das Freundschaftsheim in dieser Zeit eine nonkonformistische pazifistische Politik in dem Ost-Westkonflikt vertrat. Neben der Versöhnungsarbeit zwischen Kriegsparteien des Zweiten Weltkrieges war das Ziel des Freundschaftsheimes, Friedensarbeiter auszubilden. Die Aufgabe der Friedensarbeiter sollte sein: a) verfeindete Menschen durch gemeinsame (möglichst körperlicher) Arbeit) sich gegenseitig entdecken zu lassen; b) nichtmilitärische Verteidigungsstrategien kennenzulernen und einzuüben; c) Konflikte in und zwischen Völkern rechtzeitig zu erkennen und praktikable Lösungsansätze zu erarbeiten. Das war ein guter Ansatz, wenn auch nur mangels finanzieller Mittel im Ansatz verwirklicht.

Ich bringe jetzt zwei Beiträge von Silvio Gesell zu dem Thema Frieden und Pazifismus:

¹⁷ [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Mensching_\(Theologehttps://www.synagoge-stadthagen.de/bildungsarbeit/verfolgte-im-nationalsozialismus/wilhelm-und-anna-mensching.html](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_Mensching_(Theologehttps://www.synagoge-stadthagen.de/bildungsarbeit/verfolgte-im-nationalsozialismus/wilhelm-und-anna-mensching.html)

Ich werde nie müde, es bei jeder Gelegenheit zu sagen und zu betonen: Der Friedensgeist ist ein Erzeugnis des Bürgerfriedens. Der Friedensgeist wird von der Umgebung ausgestrahlt, und dann von uns aufgenommen, wie man Sonnenstrahlen aufnimmt. Wenn um uns her alle Menschen in Frieden leben, dann braucht es keiner Friedenspredigten. Dann lebt der Mensch in seiner natürlichen Atmosphäre und entwickelt sich seinem Kern, seiner Natur entsprechend.

Diese Friedensatmosphäre schaffen wir durch einen gerechten sozialen Zustand, der keinerlei Vorrechte der Geburt und des Besitzes kennt, der jedem seinen vollen Arbeitsertrag sichert, wo die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen nicht mehr besteht. Wie wir diesen gerechten sozialen Zustand schaffen können, ist für alle, die die Ziele des Freiwirtschaftsbundes kennen, kein Problem mehr. Mit den vom Freiwirtschaftsbund geforderten Reformen senkt sich, wie der Morgentau auf die Gräser, der Geist der Versöhnung, des Verstehens, des allseitigen Wohlwollens, der allgemeinen Menschenliebe auf alle herab und zieht alle, die Nationalisten, die Militaristen, die Imperialisten, die Parteimänner unwiderstehlich in seinen Bann.

Wir werden darum hier im Rheinland dafür kämpfen, daß alles, was für den Bürgerfrieden getan werden muß, unverzüglich in Angriff genommen werde. Jedoch genügt nicht das, was wir auf unserem Gebiete unternehmen können, um den Frieden unter allen Umständen zu gewährleisten. Der Frieden ist nicht nur ein nationales Problem, sondern auch ein internationaler. Wenn allseitig in allen Ländern der Bürgerfrieden heimisch ist, dann erst sind wir endgültig vor Wiederholungen der erlebten Greuel gesichert. Der Freiwirtschaftsbund hat darum seine Fühler weit ausgestreckt und hofft bald seine Verbindungen über die ganze Welt auszubreiten. Das Programm des Freiwirtschaftsbundes ist das Programm des Friedens schlechthin. Nicht des Friedens in Deutschland, nicht des Friedens zwischen Deutschland und seinen Kriegsgegnern. Nicht des Bürger- oder des Völkerfriedens. Der Freiwirtschaftsbund macht keinen Unterschied zwischen Bürger- und Völkerkrieg, zwischen Bürger- und Völkerfrieden. Es gibt nur einen Frieden, nur einen Krieg. Diesen Krieg wollen wir beenden, diesen Frieden anbahnen und für alle Zeiten begründen und sichern.

Silvio Gesell, 1924 / Gesammelte Werke, Band 15, .S. 53

Angriffe auf die pazifistische Politik

Die Erfolge der christlichen Friedenspropaganda sind geringer als null. Die Arbeit der anderen Pazifisten ist gleich unfruchtbar geblieben. Niemals hat es so viele Kriege gegeben, wie in der christlichen Aera und seit Bertas „Die Waffen nieder“ – hat der Krieg den letzten Rest der Ritterlichkeit verloren. War der Krieg für die Fürsten ein Privatvergnügen und eine interessante Unterbrechung der höfischen Langweile, so ist der moderne Krieg, den die „Demokraten“ führen, nichts als eine Narretei, die um so lächerlicher wirkt, je sorgenvoller die Gesichter der obersten Kriegsleiter dreinschauen, je ernsthafter die Politiker heucheln, schwindeln, lügen.

Der Grund des Versagens der Friedenspolitik liegt darin, daß die Pazifisten viel

zu viel vom Krieg reden. Der Teufel erscheint, wenn man von ihm spricht. Der Friedensengel würde aber vielleicht auch erscheinen, wenn man ihn auch einmal an die Wand malen würde. Aber die Friedenspropagandisten wissen offenbar nichts vom Frieden zu sagen. Darum wachsen nur Bajonette dort, wo die Pazifisten säen. ...

Silvio Gesell, 1924 / Gesammelte Werke, Band 15, S. 125

Und weil man Gesell und die, die sein Anliegen richtig und gut fanden, blockieren wollte, griff man immer wieder zum Antisemitismusvorwurf. Einer der Vorwürfe war, dass hier der Zins thematisiert wurde. In der Tat war der Zins seit unserer Zeitrechnung ein gesellschaftliches Problem, das von klugen Zeitungsredakteuren immer noch nicht verstanden wird. Der Zins steht von Beginn an bei den Christen unter Vorbehalt und bei den Juden ebenfalls, nur in eingeschränkter Weise. Der Zins war schon immer ein Störenfried in den Gesellschaften und eine der Ursachen, dass die Gesellschaften immer in Arme und Reiche sich spalteten. Er machte die Konjunkturen anfällig für eine Unterbeschäftigung mit Arbeitslosigkeit und sorgte für Spannungen in den Gesellschaften, die sich in Kriege entluden. Für die Juden wirkte sich das fatal aus, weil sie von den Christen von den ehrlichen Handwerken ausgeschlossen und so notgedrungen auch in das Geschäft mit dem Geld gedrängt wurden. Die Probleme die das Geld institutionell mit sich brachte und unter der die Menschen gelitten haben, wurde dann den Juden als persönliche Schuld angerechnet. Die Freiwirtschaft spricht nun die Juden von dieser Schuld frei, arbeitet aber an das Sachproblem und wird deswegen aus Unkenntnis oder aus Boshaftigkeit als Judenfeinde beschimpft.

Die Politik und die Wirtschaftswissenschaft klärt die Zusammenhänge nicht auf, weil sie diese offensichtlich nicht versteht. Die Fehler im System werden nicht aufgehoben und wirken weiter einzeln oder gebündelt mit der Vermögenskonzentration, der Verarmung, der Arbeitslosigkeit, dem Wachstumsdruck und der Instabilität der Konjunktur und jetzt haben wir wieder eine Superinflation am Horizont. Die Menschen verstehen die Zusammenhänge nicht, können auch nicht sehen, dass das von Wirkungen im Währungssystem herrührt. Da sie nicht über die Zusammenhänge aufgeklärt werden, müssen sie annehmen, dass hinter Kulissen daran gedreht wird. Und für diese Rolle werden wie immer Minderheiten ausgesucht, die man als Schuldige definieren kann.

Die Wirtschaftswissenschaftler in den Gutachtergremien verkünden als letzte ökonomische Weisheit, dass das Wirtschaftswachstum um ein halben oder ganzen Prozent gestiegen oder

gefallen ist. Das Wachstum soll die Lösung von ökonomischen Problemen sein. Das es in einem begrenzten Raum kein unbegrenztes Wachstum geben kann, haben offenbar noch nicht realisiert. Dass bei den Mieten der Boden der Preistreiber ist, scheint sich bei den meisten Ökonomen auch noch nicht herumgesprochen zu haben.

Ich bringe jetzt einen Text von Silvio Gesell, der ein Abschnitt ist in seiner Schrift „Nervus rerum – Fortsetzung zur Reformation im Münzwesen“ den er 1891 in Buenos Aires im Selbstverlag veröffentlicht hat.

Die Judenfrage.

Bei dem heutigen Geldwesen hat der Geldinhaber dem Wareninhaber, d. h. dem Produzenten, gegenüber große Vorrechte und wenn er aus diesen Vorrechten Nutzen zu ziehen sucht, so tut er nicht mehr, als jeder andere an seiner Stelle auch tun würde.

Die Juden beschäftigen sich nun mit Vorliebe mit Geldgeschäften und ist es klar, daß diese Vorrechte des Geldinhabers drum auch vorzugsweise den Juden zu Gute kommen.

Hat aber darum Herr Stöcker ein Recht, die Juden zu verfolgen?
Ist nicht das Geld eine öffentliche Einrichtung, kann nicht jeder, *wenn er dazu befähigt ist*, den Juden Konkurrenz machen, hat nicht schon jeder, selbst Herr Stöcker, den geheimen Wunsch gehegt, selber Bankier zu sein?

Die Judenhetzerei ist eine kolossale Ungerechtigkeit und *eine Folge einer ungerechten Einrichtung*, eine Folge des heutigen Münzwesens.

Wo Aas ist, da versammeln sich die Adler; will man die Adler vertreiben, so braucht man die Lockspeisen nur fortzuschaffen und die Adler werden von selber verschwinden, ohne daß es nötig sein wird, auch nur einen einzigen zu töten.

Die Münzreform macht es unmöglich, daß jemand erntet ohne zu säen, und die Juden werden durch dieselbe gezwungen werden, die Verwertung ihrer großen geistigen Fähigkeiten nicht mehr im unfruchtbaren Schacher zu suchen, sondern in der Wissenschaft, Kunst und ehrlichen Industrie.

Die Münzreform schützt die Juden nicht allein vor jeder weiteren Verfolgung, sondern sie sichert auch der deutschen Wissenschaft und Gesetzgebung die Mitwirkung des jüdischen Scharfsinnes.

Ich lasse jetzt drei Auszüge und weitere Aussagen über die Zeit der Weimarer Republik folgen und den Umgang mit dem Zeitgeschehen verdeutlichen. Kein Auszug beansprucht, den gesamten Komplex zu erklären.

Aus Nahum Goldman / Mein Leben USA – Europa – Israel / 2. Band der Autobiographie / 1981

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. Nach der Niederlage der Nazis im zweiten Weltkrieg begann die Entwicklungslinie wieder nach oben zu steigen, um nicht nur - was Deutschland betrifft - in der einmaligen Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung zu kulminieren, sondern - vom gesamten jüdischen Standpunkt aus gesehen - in die volle Gleichberechtigung der Juden in allen Ländern der Welt zu münden, und zu einer ökonomisch, politisch und kulturell sehr positiven Form jüdischer Existenz zu führen. Diese Entwicklung ging allerdings parallel mit einer Schwächung der inneren Front jüdischen Daseins, infolge von Assimilation und Indifferenz, mit dem Resultat der Gefährdung jüdischer Existenz trotz äußerlich überaus günstigen Bedingungen. (Seite 8)

Wenn das Leben vor Hitler in der Zeit von Weimar der Gipfel jüdischer Existenz gewesen ist, dann kann der Antisemitismus nicht geistig herrschendes Element gewesen sein und auch nicht der Grund Hitler auf den Stuhl der Macht zu setzen. Hier liegt ein Moment der Unaufrichtigkeit in der Vergangenheitsbewältigung, die Hitler aber nicht weniger als Monster erscheinen lässt.

Ist es schon einmal dargestellt worden, wer die Last aus der Entschädigungs- und Wiedergutmachungsgesetzgebung zu tragen hatte – die Generationen, die die Verantwortung für den Schaden tragen, der angerichtet wurde oder die Generationen die selber Leidtragende für das grausame Geschehen waren?

Vom Standpunkt des Individuums, nicht kollektiv gesehen, deutet die Frage der jüdischen Gleichberechtigung darauf hin, wie schwer es ist, die Normalisierung mit der Einzigartigkeit zu vereinen. Das Bewußtsein der Juden von ihrer Auserwähltheit war stets einer der tieferen Gründe für den Antisemitismus. Wenn Männer wie Voltaire, Kant, Diderot oder Herder - um nur einige wenige zu nennen -, Vorkämpfer für Gleichheit und Freiheit, Juden, um es milde auszudrücken, nicht mochten, kann dies nur darauf zurückzuführen sein, daß sie die von ihnen aus gesehene Überheblichkeit des jüdischen Volkes, als einziges von dem einzigen Gotte auserwählt zu sein, nicht dulden konnten und als arrogant betrachteten. Der bedeutende

Wirtschaftsgelehrte Werner Sombart, der die Juden für einen Hauptfaktor in der Schaffung des modernen Kapitalismus und ihre Leistungen als einen Beitrag zum Fortschritt der Geschichte ansah, äußerte einst den Gedanken, daß die Juden sicher Anrecht hätten, gleichberechtigte Bürger zu sein, daß sie aber, solange sie an ihrer Einzigartigkeit und Besonderheit festhielten, diese Gleichberechtigung mit großem Takt benutzen sollten. Ich erinnere mich sehr wohl einer heftigen Debatte in Frankfurt am Main, als ich, noch ein Jüngling, seine These verteidigte, die unter der deutschen Judenheit viele Proteste erweckt hatte. (Seite 20)

Jede Gesellschaft und jeder Mensch kann beanspruchen etwas Einmaliges zu sein. Sobald aber daraus Forderungen abgeleitet werden, die den Gleichheitsgrundsatz, aus denen die gleichen Rechte aller Menschen abgeleitet werden, kränkt es das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen und erzeugt Abwehr, wenn diese allgemeinen Rechte verletzt werden. Hier dürfte ein weiterer Grund für das Wiedererstarken des Antisemitismus liegen.

Die folgenden Auszüge sind aus:

„Carl J. Burckhardt / **Meine Danziger Mission** 1937 – 1939.

Aus dem Buch-Klappen-Text:

Im Februar 1937 wurde Carl J. Burckhardt als letzter Hoher Kommissar des Völkerbundes für die Freie Stadt Danzig ernannt. Zu seinen Pflichten gehörte die Berichterstattung an das Generalsekretariat in Genf und an die Präsidenten des für Danzig eingesetzten Dreierkomitees, Anthony Eden und später Lord Halifax. Diese, zumeist an Joseph Avenol und Frank Walters adressierten Dokumente sind im Archiv der Vereinten Nationen zu Genf zugänglich. Sie werden hier zum erstenmal veröffentlicht und bilden Kern und Fundament der vorliegenden Publikation. Ihr Inhalt ist so eindeutig, daß er einer Rechtfertigung nicht bedarf, wie es sonst bei politischen Memoiren der Fall ist. Burckhardt hat seine Berichte lediglich kommentiert, durch historische Einleitungen zu den Kapiteln verständlich gemacht und durch persönliche Erinnerungen ergänzt. ...

00000

... Was die Regelung seiner Westgrenzen anbetrifft, so hatte Polen zum mindesten klare Forderungen gestellt. Es hatte einen beträchtlichen Teil Oberschlesiens, die Masuren und einen gesicherten breiten Zugang zur Ostsee verlangt. Dies wurde nicht berücksichtigt, und schon schritt man zu gefährlichen Kompromißlösungen.

Die deutsch-polnische Spannung setzte unmittelbar nach den Friedensschlüssen ein. Sie wurde bedrohlich mit Ausbruch des Handelskrieges zwischen den beiden Mächten im Jahre 1925, in dessen Verlauf Polen schwere wirtschaftliche Einbuße erlitt. Politisch-strategisch hat dann im selben Jahre Stresemanns Entspannungsaktion gegenüber Frankreich, haben die Verträge von Locarno vom 16. Oktober 1925 unzweideutig die deutschen Revisionsansprüche gegenüber seinem östlichen Nachbarstaat verstärkt und auch bereits deutlich gemacht. Die Demilitarisierung des Rheinlandes, ihre Garantie durch England, Frankreich und Italien, sodann die damals unterzeichneten Nichtangriffs- und Beistandsverpflichtungen zwischen den genannten Staaten waren für Polen bedrohlich, sie schwächten

schon sieben Jahre nach dem alliierten Sieg die Bedeutung des französisch-polnischen Bündnisses ab.

Stresemanns Absichten waren bekannt. Er hat sich schon 1925 sehr deutlich geäußert: in einem Brief an den einstigen deutschen Kronprinzen erklärte er die Korrektur der Ostgrenzen, die Wiedergewinnung Danzigs und des Korridors sowie die Veränderung der ober-schlesischen Grenze als ein Hauptziel seiner Politik. ... (Seite 8)

... Strategisch war die Situation Polens gegenüber Deutschland von Anfang an schwach, in der Folge sollte sie aussichtslos werden. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um zu erkennen, wie sehr alle geographischen Gegebenheiten das Reich zu einer Umfassungsstrategie gegen Großpolen einluden.

Allerdings, was einsetzbare Streitkräfte anbetrifft, war das Reich bis zu den dreißiger Jahren den Polen weit unterlegen. Dieser Umstand hat ein starkes Argument für diejenigen polnischen Kreise gebildet, die sich mit dem Gedanken eines Präventivkrieges trugen. Mit Recht konnten die polnischen Aufmarschpläne zwischen 1923 und 1931 die militärische Schwäche des westlichen Nachbarn in Rechnung stellen. Deutschland hätte innerhalb jenes gleichen Zeitraumes sich bloß auf hinhaltenden Widerstand beschränken können. Der deutsche Generalstab nahm während der zwanziger Jahre im vorhinein eine Preisgabe Schlesiens für den Kriegsfall in Aussicht.

Es ist bemerkenswert, daß während des ersten Jahrzehnts der staatlichen Existenz Polens in Warschau der Wille zu einer versöhnlichen Politik gegenüber dem Reich schließlich doch immer überwogen hat. Der für diese Haltung sachlich bestimmende Faktor war Rußland.

Deutschland und Rußland wurden, in völliger Verkennung ihrer potentiellen Macht, nach 1918 als die beiden Ausgestoßenen der Völkergemeinschaft behandelt. Rußland hatte alle seine Kriege in der zweiten Hälfte des neunzehnten und nun den großen Krieg im Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts verloren. Mit Hilfe des deutschen Großen Generalstabs hatte es sich den Führern einer extremistischen Minorität, den Vertretern einer Ideologie deutschen Ursprungs in die Arme geworfen, Revolutionären, deren Grundsätze, diktatorisch erzwungen, gleichzeitig zu innerer Konzentration und Härte, nach außen aber zu ungeheurer Werbekraft, und, im Unterschied zum Faschismus, zur Durchdringung und Schwächung aller virtuellen Gegner führte. Eine ähnliche Wirkung, wie von der bolschewistischen Form des Sozialismus, ist innerhalb überblickbarer Geschichtsepochen einzig vom Islam ausgegangen. Eine zu höchster Kraftkonzentration führende absolutistische Methode hat das russische Volk aber nicht widerstandslos ertragen. Die erste europäische Nation, welche die Gefahr des marxistisch unterbauten Imperialismus einer Großmacht für die übrige Welt in ihrer ganzen Tragweite deutlich erkannte, war zweifellos Polen. Der zwischen April und Oktober 1920 geführte polnisch-russische Krieg hatte mit großen polnischen Erfolgen begonnen; am 7. Mai nahmen die Polen Kiew, dann jedoch gelang ein russischer Gegenstoß, der bis vor Warschau führte. In Warschau trat die Wendung ein, die man das «Wunder an der Weichsel» genannt hat. (Seite 8 u. 9)

Streiflichter zum Danziger Problem

Im europäischen Osten, am Rande des deutschen Reichsgebietes, lebten vor 1914 die verschiedensten Überreste von Volksstämmen, die nach und nach unter die Herrschaft der russischen Zaren gefallen waren. 1918 wurden diese Stämme in kleinen und kleinsten Staaten zusammengefaßt, aber trotz dieser dem Wilsonschen Nationalitätenprinzip ent-

sprechenden Maßnahmen, wurden Polen noch sehr belastende Minoritäten zugewiesen und überdies wurden dem wiedererstandenen Staat nicht die Grenzen zugeteilt, die ihm nach Macht und Ausdehnung zwischen Rußland und Deutschland eine auf sich beruhende selbstsichere Existenz garantiert hätte. Auf die Fehler, die in diesem Zusammenhang begangen wurden, hat Lloyd George hingewiesen. Es gelang nicht einmal, Polen in eindeutiger Weise ein Hafengebiet zuzusprechen.

Bei den Friedensverhandlungen schlug die »Cambron-Kommission« die bedingungslose Abtretung Danzigs durch das Reich an Polen vor, aber Lloyd George erklärte, es handle sich um rein deutsches Gebiet. Der Begriff »rein deutsches« Gebiet wurde von den Polen mit ethnischen und mit überzeugend wirkenden historischen Argumenten bestritten. Die deutsche Delegation in Versailles dagegen erklärte, die Lösung Danzigs aus dem Reichsverband stehe in schroffstem Gegensatz zu den Prinzipien Präsident Wilsons. Der Versuch, Danzigs Verkehrswesen und die Vertretung seiner Interessen nach außen den Polen zu überlassen, müsse zu einer dauernden Kriegsgefahr im Osten führen. Die deutsche Regierung sehe sich gezwungen, die geplante nationale Vergewaltigung Danzigs abzulehnen und sie müsse die klare Forderung stellen, Danzig und seine Umgebung beim Deutschen Reich zu belassen.

Vor dieses Problem gestellt, schritt man zu einer Kompromißlösung: man erfand die Freie Stadt Danzig, die nicht frei, sondern in jeder Beziehung bedingt, wohl eines der kompliziertesten Gebilde darstellte, das jemals dem theoretischen Denken improvisierender Völkerrechtler entsprungen ist. Ein Miniaturstaat wurde ins Leben gerufen, der, ohne wirkliche Unabhängigkeit, nur über sehr bedingte Souveränitätsrechte verfügte; ein wesentlicher Teil dieser Rechte wurde an Polen abgetreten, und in das tatsächlich als Ursprung ständiger Konflikte wie geschaffene Danziger Statut wurde nun auch noch als Garant der Völkerbund eingeschaltet mit im Konfliktfalle nicht durchzusetzenden Rechten. Weder die Freie Stadt, noch die Republik Polen, noch der Völkerbund besaßen klar definierte Befugnisse. Eine eindeutige, selbst eine harte Lösung der polnischen Hafenfrage hätte niemals die Gefahren enthalten, die seit dem Beginn das Entstehen der Freien Stadt Danzig für die polnische Republik und den Frieden im Osten mit sich brachte.

Von allem Anfang an wurde in Polen wie im Reich der Verdacht geäußert, es habe sich bei der künstlichen Abtrennung Ostpreußens durch den Korridor und bei der Schaffung der «freien» und doch von Polen abhängigen Stadt Danzig um die versteckte Absicht gehandelt, auf die Dauer einen friedlichen Ausgleich zwischen Polen und dem Deutschen Reich unmöglich zu machen. Warnende Stimmen, die sich in diesem Sinn äußerten, verstummten nie: schon 1919 erklärte in der französischen Kammer Marcel Sembat, «daß Danzig den Keim zu einem neuen Krieg in sich trage». Am Ende der unglücklichen und zuletzt unheilvollen Episode der Freien Stadt sollte der letzte polnische Außenminister Józef Beck, schreiben:

»Das Statut der Freien Stadt Danzig war zweifellos die bizarrste und komplizierteste Schöpfung des Versailler Vertrages. Es war schwer, etwas anderes anzunehmen, als daß es einzig mit dem Zweck geschaffen worden war, den Ursprung beständiger Konflikte zwischen Deutschland und Polen, oder zum allermindesten ein Tauschobjekt zu bilden, das gelegentlich benützt werden konnte, um polnische Interessen zugunsten Deutschlands zu opfern.« Derselbe Beck hat geschrieben: (Hervorhebung TA)
»Der Hohe Kommissar des Völkerbundes hat seinerzeit die Aufgabe erhalten, die Aktion der polnischen und der Danziger Regierung zu kontrollieren, dabei hat er nicht einmal den geringsten Einfluß auf die Danziger Polizei besessen«. Es fehlte in der Tat jede Angabe, was geschehen müsse, wenn einer der beiden Staaten (Polen und Danzig) den Schieds-

spruch des Hohen Kommissars nicht anerkennen sollte. Selbst in der Frage der Landesverteidigung Danzigs war der Hohe Kommissar fast machtlos. Wohl hatte der Völkerbund die militärische Verteidigung der Freien Stadt an Polen übertragen, und der Hohe Kommissar konnte theoretisch bewaffnete Intervention Polens verlangen, aber ohne einen besonderen Beschluß des Völkerbundsrates war dies wiederum nicht möglich.

Mit Recht hat der französische Botschafter in Berlin, Coulondre, in seinen Memoiren aufgezeichnet, daß das deutsche Volk sich mit der Rückkehr des Elsaß an Frankreich abgefunden habe, daß es ihm aber unmöglich gewesen sei, die Verstümmelung seiner Ostgebiete anzuerkennen. In diesem Punkt und zugleich auch in den militärischen Klauseln müsse es das «Diktat» um so bitterer empfinden, als es in ihm mehr das Ergebnis eines Verrates als seiner Niederlage empfunden habe.

Bei dem ganzen Vorgang scheint man damals vergessen zu haben, daß es eine Danziger Bevölkerung gab (bestehend aus 96% Deutschen und nur 4% Polen), über welche man, entgegen allen Grundsätzen, einfach verfügte. Immer wieder hat sie ihr Recht auf Abhaltung eines Plebiszits verlangt, wie es im Falle der Saar, am 13. i. 1935, Anwendung finden sollte, - vergeblich! Die um ihre Meinung nicht befragte Danziger Bevölkerung hat denn auch Polen von Anfang an passiven Widerstand geleistet.

Als während des polnisch-russischen Krieges, im Sommer 1920, französische Schiffe für die polnische Armee bestimmtes Material im Hafen von Danzig löschen wollten, traten die Danziger Dockarbeiter in Streik. Englische Truppen mußten damals die Löschung durchführen. Vier Jahre genügten, um die Polen zu überzeugen, daß sie sich auf den Danziger Hafen nicht verlassen könnten. ... (Seite 23 f)

Das gesamte Werk von Carl J. Burckhardt hat einen Umfang von 366 Seiten. Mir geht es nicht darum Hitlers Politik reinzuwaschen, aber zu zeigen, dass Deutschland nicht einfach aus einer einfachen Laune heraus Polen überfallen hat. Und es ist einfach verwerflich, wenn die Sieger des Ersten Weltkrieges, soviel Konfliktstoff in den Friedensvertrag eingebaut haben, um Deutschland klein zu halten, so dass der nächste Krieg schon vorprogrammiert war.

Ich habe aus diesem Grunde auch schon geschrieben, mit den freiwirtschaftlichen Reformen – rechtzeitig durchgeführt – hätte Hitler keine Chance für eine Machtentfaltung gehabt, aber ob der Krieg vermeidbar gewesen wäre, bin ich mir nicht sicher. Die Konflikte wären damals bei einem erreichten Wohlstand wohl auch geblieben. Wichtig ist daher, dass die kommenden Sieger des Ukraine-Krieges – wer sie auch sind – nicht in der üblichen Siegerpose auftreten, sondern daran denken, dass sie selber am Zustandekommen des Krieges beteiligt waren.

Die Deutschen waren in ihrer Geschichte bestimmt keine Engel, wenn sie aber ständig schlechter dargestellt werden, als sie sind, dann erzeugt das bei den einen den Selbsthass und bei den andern ein Leugnen der Fakten und ein Abgleiten in einen dumpfen Nationalismus.

Ein alter Mann, der schon als Jugendlicher zum Militär kam, sagte einmal zu mir: „Der Krieg und der Nationalsozialismus war für sich doch schon schrecklich genug, warum muss man immer noch etwas dazudichten. Die Politik bewirkt doch nur das Gegenteil von dem, was sie damit bewirken wollen, nicht die Akzeptanz der tatsächlichen Fehlentwicklung Deutschlands in seiner Geschichte, sondern ihre Leugnung.

Ein andere, ein Professor, erzählte mir vom Beginn des Russlandkrieges. Er hätte in jungen Jahren bevor der Krieg losging, an der Front in Stellung gelegen. Er hätte durch sein Fernglas sehen können, wie die Russen ihnen gegenüber genauso in Stellung lagen. Da wäre es schon fast unwichtig, wer den ersten Schuss abfeuert hätte. Von einem preußischen König habe ich die Aussage in Erinnerung, die da lautet: „Nicht immer hat das Land den Krieg begonnen, das den ersten Schuss abgegeben hat. Und vergessen sollten wir auch nicht, Russland hatte ein Regime, das Angst und Schrecken verbreitete und vorher auch mit dem NS-Regime paktiert hat. Und es geht nicht an, dass das, was am Ende des Zweiten Weltkrieg durch sowjetische Soldaten in Ostpreußen und anderswo geschah, mit dem Hinweis, die Deutschen hätten ja Hitler zugelassen vom Tisch gewischt wird. Wenn das Böse der einen Seite die Rechtfertigung des Bösen der anderen Seite ist, dann besteht keine Hoffnung mehr, dass das Inhumane in den Kriegen aufhört oder gemildert werden kann.

Ich komme zu Ludwig Freund und seiner Einstellung zu Deutschen nach dem Holocaust. Ich stelle ihn erst mit dem Einbandtext von „**Deutschland im Brennpunkt / Die amerikanische Politikwissenschaft und die deutscher Frage**“, 1968, vor..

Ludwig Freund, Jahrgang 1898, studierte Philosophie, Völkerkunde, Alte Geschichte und Pädagogik in Göttingen, Heidelberg, München und Leipzig. 1934 emigrierte er in die USA, 1936 wurde er auf Empfehlung Albert Einsteins wissenschaftlicher Assistent an der Columbia University in New York und 1937 ordentlicher Professor für Soziologie und Politikwissenschaft am Ripon College, Wisconsin. 1947 übernahm er den Lehrstuhl für Internationale Politik und Politische Theorie an der Roosevelt University, Chicago, und wurde Leiter der Abteilung für Politikwissenschaften. Nach seiner Emeritierung im Jahre 1959 kehrte er 1960 nach Deutschland zurück und wurde wieder deutscher Staatsbürger. Freund ist u. a. Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und Adenauer-Preisträger 1967 für Wissenschaft. Wichtige Veröffentlichungen: »Am Ende der Philosophie« (1930), »Politik und Ethik: Möglichkeiten und Grenzen ihrer Synthese« (1961), »Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter« (1963), »Koexistenz und Entspannung - Hoffnung oder Gefahr?« (1966), »Politische

Waffen - Grundkonzeptionen der westlichen Verteidigungsstrategie« (1966). Ludwig Freund lebt heute als Professor emeritus und politischer Publizist in Hannover-Waldheim.

Auf der Rückseite des Buches „Politische Waffen / Grundkonzeptionen der wesentlichen Verteidigungsstrategie“, 1966, ist auch zu lesen, dass er im Ersten Weltkrieg und bis 1933 aktiv im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten war.¹⁸

Ich bringe Auszüge aus „**Aussenpolitische Grundsätze**“ 1963 und aus „**Individuum Gemeinschaft Gesellschaft**“, 1969. Hrsg. Von der Niedersächsischen Landeszentrale für Politische Bildung.

Aus „Aussenpolitischer Grundsätze:

... Einer klug abwägenden, doch zielbewußten deutschen Interessenvertretung im Ausland stehen aber nicht nur fremde deutschfeindliche Bestrebungen und Enggeistigkeiten im Wege, sondern auch eine durch den Nazistaat indirekt verschuldete Atrophie staatspolitischer Gesinnung bei auffällig zahlreichen Repräsentanten bundesdeutscher Intelligenz. Diese oftmals an geistig prominenter Stelle befindlichen Kreise verdächtigen gerne jede kraftvolle, bei anderen Völkern als normal empfundene Betätigung staatlichen Lebenswillens. Die berechtigte Scham über die Nazivergangenheit, der Wille, einem ähnlichen Verfall der Staatsmoral vorzubeugen sind billigenwerte Züge, nur kann man des Guten zu viel tun. Die Übertreibungen der guten Absicht haben ein intellektuelles Klima erzeugt, in welchem zwar oft das seltsame Lob der Manifestationsweisen eines krassen Nationalismus gewisser fremder Staaten und Völker in nahen und fernen Erdteilen erklingt, dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezuchtet wird.

Ihm soll anscheinend nur die Begeisterung für europäische und weltweite Kooperation anstehen, nicht, wie das bei den anderen Völkern dabei immer noch normal und üblich geblieben ist, unter gleichzeitiger Achtung für die Sonderart des eigenen Volkstums. Das deutsche Volkstum und die deutsche Geschichte haben ja schließlich nicht nur das abscheuliche Phänomen des Hitlertums hervorgebracht. Es muß entweder zu einer verhängnisvollen Selbstverachtung oder zu einer nicht minder gefährlichen, unteilbaren Kluft zwischen Intelligenzschicht und Volk führen, wenn die positiven Leistungen deutscher Vergangenheit kaum noch mit Stolz verzeichnet werden dürfen, während alle anderen Völker mit berechtigtem, nicht selten sogar übertriebenem Selbstbewußtsein bei den Großtaten ihrer geistigen, politischen,

¹⁸ Ich habe um die Jahrtausendwende einen ganzen Kofferraum voll Bücher aus einem Papier-Container, der vor einem Altenheim stand, geholt, da runter ein halbes Dutzend Bücher von Prof. Freund. Diese waren vermutlich dahinein gelangt, weil seine Frau Karin Freund-Heitmüller, die an der Pädagogischen Hochschule in Hannover gelehrt hat, gestorben war. Siehe: „Vier Marksteine der Mitmenschlichkeit. Erfahrungsbericht aus 43 Jahren Lehrerausbildung in Hannover“ in: Theorie und Praxis, Band 8 /40 Jahre Lehrerausbildung in Niedersachsen“ Hrsg. K.Schittko und H-D Schmid“, 1986.

ja militärischen Vergangenheit verweilen. Der Verfasser als freiwilliger Rückkehrer muß ganz energisch dagegen protestieren, daß von zahlreichen den deutschen Geist im Inund Auslande heute repräsentierenden Angehörigen der deutschen Intelligenz alles Deutsche fast nur unter dem Gesichtspunkt der Naziepoche dargestellt wird, daß in getreuer Übereinstimmung mit der anglo-amerikanischen Kriegspropaganda von einst eine Tendenz herrscht, nach dem Übel und der Schuld in der deutschen Geschichte und nur nach diesen zu fragen. Man nennt das „standortgebundene“, „neue“ Geschichtsbetrachtung, da reine Objektivität sowieso nicht möglich sei. Der dabei vorherrschende Zug, die Werte deutscher, ganz selbstverständlich auch der preußischen Geschichte aus heutiger Perspektive mit vorwiegend, wenn nicht gar völlig negativen Vorzeichen zu versehen, ist tatsächlich eine Travestie der Wissenschaft, die sich von Charlatanerie und totalitärer Wissenschaftsauffassung nur dadurch abgrenzen kann, daß sie am Ideal der Wahrheits-treue, dem gewissenhaften Streben nach größtmöglicher Objektivität und Ganzheit (statt Parteilichkeit) der Erkenntnisse festhält. ... (S. 56. f. ohne Hervorhebungen)

... Überempfindlichkeit oder furchtsame Zurückhaltung aber wird von niemandem gedankt und macht sich in der Politik niemals bezahlt. Die Abneigung der Unbelehrbaren wird dadurch nicht überwunden. Wie beim Antisemitismus nährt sich auch ihr Haß an der bloßen Existenz des Objektes. ... (S. 61)

Dem folgenden Halbsatz von Ludwig Freund sollte man mehr Aufmerksamkeit schenken: „dem eigenen Volke aber ein nationales Schuldbewußtsein auch für die kommenden Generationen angezchtet wird.“ 1963 wurde diese Aussage gemacht und das Anzchten von Schuldgefühlen wird immer noch praktiziert, ohne wirkliche Erklärung, warum das schrecklich Morden möglich war. Meiner Einsicht nach ist diese Politik dumm und fördert den neuen Antisemitismus. Dazu gibt es noch viel zu sagen. Das müsste aber in einem gesonderten Text erfolgen. Hier ist es nur eine Mahnung, die Vergangenheitsbewältigung neu zu durchdenken.

Der nächste Abschnitt ist aus dem Heft „**Individuum Gemeinschaft Gesellschaft**“

6. WESEN UND GRENZEN DER FREIHEIT DES KULTURBEJAHENDEN ICH
An sich ist absolute Freiheit, d. h. Selbstbestimmung der Person, in unzählbaren Fällen des täglichen und sozialen Lebens eine Fiktion. Für diejenigen unter uns, welche die Kultur bejahen, in pragmatischem Vorgehen ihre Schäden ausbessern und beheben möchten, ist Freiheit als bloße Abwesenheit von Fremdbestimmung außerdem zu negativ. Das Leben in der zivilisierten Gesellschaft bedeutet nicht nur Spontaneität, sondern benötigt den Lehr- und Lernprozeß. Dieser wiederum erfordert zumindest ein Maß an Anpassung. Anpassung ihrerseits bedeutet nicht bloße

passive oder ergebene Hinnahme. Sie soll in einer demokratischen Gesellschaft den notwendigen Lernprozeß ermöglichen, dabei sollten Diskussionen und Kritik von den Lehrenden gefördert und nicht unterdrückt werden, nachdem die Wissensgrundlagen hierfür gelegt sind. (Diskussion ohne Fachwissen mag politisch-demagogischen Sinn haben, bleibt unabhängig von Zeit und Ort aber wissenschaftliche und pädagogische Sinnwidrigkeit.) Ebenso sollten sachgemäße Kritik und konstruktive Reformwünsche von intelligenten Politikern nicht als lästig beiseite geschoben, sondern rechtzeitig gehört, berücksichtigt und nach ehrlichem Studium und Abwägen des Möglichen in die eigene Planung aufgenommen werden. Erweisen Kritik und Reformwünsche sich in konkreten Fällen als unangemessen, so muß der Lehrende die Gründe seiner abweichenden Meinung erklären, die Politiker aber haben die Pflicht, das Publikum entsprechend aufzuklären und sich nicht durch Presse oder Fernsehen in der Entledigung dieser Pflicht von der Gesellschaft isolieren zu lassen, wie es in der Bundesrepublik aus mancherlei Gründen weitgehend zur Regel geworden ist. Aus Regierungskreisen hört man manche Klage, daß die Organe der Öffentlichkeit in diesem Staate willkürlich sind in der Zulassung, Zitierung und Kommentierung von Regierungsäußerungen und -maßnahmen. Um die Verständigungskluft zwischen Regierung und Volk zu überbrücken, bedarf es - so sollte man annehmen - gesetzlicher Regelung, wenn anders die öffentliche Redefreiheit und -gleichheit in Bezug auf die verantwortlichen Regierungspersonen nicht herstellbar ist. In einem demokratisch-repräsentativen System müßte es als Axiom gelten, daß das Volk einen Anspruch auf unredigierte und direkte Unterrichtung durch Regierungs- und Staatsspitze hat. Wenn dieser Anspruch nicht gilt, ist es nicht weit her mit der demokratischen Fundierung von Staat und Gesellschaft.

Ich weiß ja nicht, wie die Personen, die das „demokratisch-repräsentative System“ zur Zeit des Autors besetzt hatten, den formulierten Anspruch der Bürger an sie bewerteten. Ich vermute, ihre Bewertung war so: „Das sind schöne Sätze für die politische Bildung. Wo kämen wir hin, wenn wir den Wähler wirklich darüber unterrichten würden was wir und tun und lassen? Ein Teil von dem, was bei uns verhandelt wird, können wir nicht öffentlich und verständlich sagen, weil es die Bürger von der Wahl, die uns formal die Legitimität verleiht, abschrecken würde und das würde unsere „Demokratie“ gefährden. Und dann gibt es noch den großen Posten der getätigten und der geplanten Vorhaben, die wir – außer unserer speziellen Experten – selber nicht verstehen. Wir würden ja dann die Verwirrung, die im Parlament und in der Regierung besteht, auf die ganze Gesellschaft übertragen. Ende dieser sarkastischen Aussage, sie soll hier nur ein Warnzeichen sein. In der Tat ist es so, das bei dem Misstrauen gegen marktwirtschaftliche Lösungen und das mangelnde Wissen um ihre Funktionsvoraussetzungen die Neigung in der Politik besteht, mit Mitteln der Zentralverwaltungswirtschaft die Probleme zu lösen. Und das bedeutet, die Freiheit durch Gesetze, Verordnungen und Bü-

rokratismus zu Tode zu reiten. Das merkwürdige ist, dass die Neoliberalen erster Prägung (die Ordoliberalen) und die Neoliberalen zweiter Prägung (Chicagoer Schule der Ökonomie) der Freiheit durch die Marktbetonung mehr Luft verschaffen wollten, den Interventionismus der Staaten und der privaten Machtgebilde in Form von Konzernen in Wirklichkeit förderten. In beiden Fällen wurde das – bei sonstiger Übereinstimmung – seitens der Freiwirtschaft vorausgesagt. Die Störfelder, die das negative Ergebnis zutage förderten, wurden durch die Ausklammerung der Hauptstörfelder der Ökonomie, das Bodenrecht (es umschließt die ganze Erde, auch mit ihrem Luftraum und den Bodenschätzen), den Mängeln im Geldsystem und das Patentrecht ausgeklammert. Alles Ursachen, die ökonomische Renten produzieren, die zu Lasten des Faktors Arbeit gehen und zu Ende gedacht die eigentlichen Ursachen aller Kriege sind. Es ist das Arbeitsfeld der Freiwirtschaftsschule und wohl auch der Grund, dass sie ausgehungert wird. Dass Menschen und Institutionen, die mit den ökonomischen Renten ihr Geschäfte machen von Reformen in diesem Bereich nichts wissen wollen, ist leicht einsehbar. Nicht einsehbar ist, dass sich Hochschullehrer und Leiter von Forschungsinstituten, die sich mit der Ökonomie befassen als Wissenschaftler verstehen, wenn sie wesentliche Teile des Wirtschaftsbereiches zum Schaden der Gesellschaft, die sie finanziert, ausklammert. Lehr- und Lernprozesse müssen keine Einschränkung der Freiheit sein, sondern können sogar ihre Voraussetzung sein. Es kommt hier wieder darauf an, ob der Lernprozess dezentral oder zentral organisiert wird und ob am Ende ein Mensch herauskommen soll, der in seiner Wahrnehmung und seinen Entscheidungen autonom ist oder nur einer, der Anweisungen versteht und folgen kann. Das Einfallstor der Unfreiheit ist in vielen Staaten der Lehr- und Lernprozess, den man auch als kommunistisch umschreiben kann. Und schon lange schwärmen die hier angesiedelten Freiheitsfeinde von den Möglichkeiten, die ihnen die Digitalisierung der Bildung zuspießt. Das unbewusste Ziel scheint für jede Partei zu sein, die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Kinder und Bürger zu erhalten. Die Digitalisierung der Bildung ist auch deshalb eine Droge der Zentralisten, weil diese die Möglichkeit offeriert, das gleiche Programm für alle Lernenden in Deutschland, Europa und der ganzen Welt abzuspielen. Die Bedingungen für „Das Grundgesetz vom Aufstieg“, die Peter Kafka formuliert hat, aber leicht von jedem, der nicht auf den Zentralismus festgenagelt ist, einsehbar sind: Vielfalt, Gemächlichkeit und Selbstorganisation. Das sind Gedanken, die die Politik nicht nur in Russland und China fürchten, sondern auch bei uns. Wo kämen wir auch hin, wenn die Bürokratie nicht mehr bestimmen könnten was Kinder, Jugendliche zu lernen haben.

Bei der Freiheit geht es aber nicht nur um diese von den andern, sondern auch um die Freiheit durch den anderen, also um die Freiheit, die erst durch die Mitwirkung der anderen sich entfaltet.

Dieter Suhr hat das Thema in einer kleinen Studie untersucht. Er gab dem Ergebnis den Titel „**Gleiche Freiheit / Allgemeine Grundfragen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft**“, August 1988. Ich gebe nachfolgend das Vorwort wieder.

Vorwort

Diese kleine Studie will den Gleichheitsgedanken beleben, und zwar um der Freiheit willen.

Im Namen der Gleichheit aller Menschen wurden einst überlieferte Pfründen beseitigt und althergebrachte Privilegien in Trümmer gelegt. Doch die revolutionäre Kraft des Gleichheitsgedankens überdauerte die Revolutionen nicht. Die Gleichheit wurde alsbald juristisch domestiziert.

Das allgemeine Gleichheitsprinzip verkümmert weitgehend zum Willkürverbot. Es wird fast nur auf geringstmöglichem Gleichheitsniveau implementiert, nämlich so, daß gerade eben noch die Rede davon sein kann, daß man den geschriebenen Gleichheitssatz anwendet und nicht etwa nur irgendein ungeschriebenes Verfassungsgebot der Vermeidung gröbster Unsachlichkeit.

Die instinktive Zurückhaltung der meisten Grundrechtler vor der grundrechtstechnischen Effektuierung der Gleichheit beruht darauf, daß sie um die Freiheit fürchten. Wäre diese, aus Sorge um die Freiheit tief verwurzelte, Angst vor der Gleichheit gerechtfertigt, - ginge also ein Mehr an Gleichheit immer auf Kosten der Freiheit, so fände man auch mich ganz vom bei denen, die den Gleichheitssatz reduktionistisch auf ein Willkürverbot zurückinterpretieren. Sobald aber die Zurückhaltung, durch welche man die Freiheit schützen will, ihr in Wahrheit schadet, wird die dogmatische Zurückhaltung im Ergebnis kontraproduktiv.

Die Furcht vor der Gleichheit und die Angst vor der Gerechtigkeit, die aus der Sorge um die Freiheit hervorgehen, sind bedingt berechtigt. Auch soweit die Gefahr besteht, die gerechte Lösung politischer Fragen gebrauchsfertig in der Verfassung angelegt zu sehen, gilt es, dem Gesetzgeber seinen Gestaltungsspielraum zu erhalten. Im übrigen aber gründet die Freiheit selbst in der Gleichheit: so wie die Befreiung des Sklaven im wesentlichen die Verwirklichung seiner menschenrechtlichen Gleichheit ist. Diese Art von Gleichheit, die das wahre Fundament der Freiheit ist, hatte bislang kaum eine Chance, ihre grundrechtliche Fruchtbarkeit und Kraft zugunsten der Freiheit zu beweisen.

Armin Trautmann hat vor allem die Strukturen der Reziprozität geklärt und vielerlei zu den ersten vier Abschnitten des Büchleins beigetragen. Der Schlußteil stammt allein von mir.

Augsburg, den 15. August 1988

Dieter Suhr

Dr. Dieter Suhr, war Professor für Öffentliches Recht, Rechtsphilosophie und Rechtsinformatik an der Universität Augsburg und eine Weile Verfassungsrichter am Bayrischen Verfassungsgericht. Er starb viel zu früh durch einen Unfall. Ich füge Links ein, die zu Beiträgen über seine Person und zu seinen Texten führen. Seine Forschungsergebnisse können einen wesentlichen Beitrag für die Neuausrichtung unserer Ökonomie und damit zur Gesamtgesellschaft liefern.

https://de.wikipedia.org/wiki/Dieter_Suhr <https://www.dieter-suhr.info/de/>

Ich komme noch einmal zu den USA:

Staaten mit einer Hegemonialmacht aufgrund ihrer geografischen Größe, ihrer militärischen oder ökonomischen Stärke sind für die kleineren Staaten und den Frieden generell ein Problem. Die kleinen Staaten können nie sicher sein, wenn sie in dem Einflussbereich eines dieser Staaten, die den faktischen Status einer Hegemonialmacht haben, liegen oder diesen Bereich vergrößern wollen. Wenn von Freundschaft gesprochen wird, ist meistens gemeint, dass kleineren Staaten sich aus der Sicht der großen Staaten ohne Widerspruch über den Löffel barbieren lassen müssen. Verkauft wird das den Menschen in den kleineren Staaten mit „den gemeinsamen Auftrag, den Sozialismus oder die Freiheit (gemeint ist der Kapitalismus) zu verteidigen oder den Hunger zu bekämpfen“.

Es spielt bei Betrachtung des Problems nur eine geringe Rolle, ob die Macht Russland, China oder USA heißt. Die Lust Chinas auf Einverleibung von Taiwan ist völlig unreal, das konkurrierende Gesellschaftsmodell vor der Haustüre zu haben ist für China wesentlich nützlicher, als Taiwan einzuverleiben. Auch den Vereinigten Staaten von Amerika würde es im Hinblick auf die Freiheit und den Wohlstand leichter fallen, glaubwürdiger zu werden, wenn sie ihren Einflussbereich, den sie durch den Zweiten Weltkrieg gewonnen haben, verkleinern würden. Wichtig ist hier für die USA, dass auch im Ukraine-Krieg die Europäer durch das Bündnis mit den USA nicht nach ihrer eigenen Melodie tanzen und zu „falschen“ Bewertungen des Zeitgeschehens kommen.

Wir Deutschen schätzen die US-Amerikaner ja so ein, dass sie sich an dem Zweiten Weltkrieg beteiligt haben, um Deutschland von der Nazi-Herrschaft zu befreien, ich zitiere gleich noch aus einem Buch, das daran große Zweifel aufkommen lässt. Obwohl es dem Autor, Robert Lekachman, nicht darum geht, Zweifel an der Ehrlichkeit der Politik der USA zu säen, sondern die Wirksamkeit von Keynes Theorie aufzuzeigen. Er hat nebenbei die eigentlichen Motive für den Kriegseintritt der USA seinen Lesern gezeigt. Natürlich brauchen Menschen, die in den Krieg ziehen immer glaubwürdige Parolen, die den Einsatz ihres Lebens für notwendig erklären. In dem Zweiten Weltkrieg ging es den USA offensichtlich nicht so sehr um die Bekämpfung des Nationalsozialismus, sondern um die Bekämpfung der eigenen Schwierigkeiten, die in ihrer Ökonomie bestanden.

Russland hätte nach dem Fall des Eisernen Vorhanges auch einen anderen Weg gehen können. Mein Eindruck ist, dass der Westen daran kein Interesse hatte und wie Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg Fallen gelegt hat, die eine für alle gedeihliche Entwicklung verhinderte.

Es geht hier nicht um einen Anti-Amerikanismus, die gleichen Vorbehalte gelten auch in Bezug auf China und Russland und auf jedes andere Land, das sich noch zu einer Macht entwickelt oder entwickeln möchte, um kleinere Staaten beherrschen zu können.

Es gibt sicher auch viele Impulse aus den USA, die anderen Staaten gut bekommen sind. Ich selber hätte mich gerne mal eine Zeitlang in den USA aufgehalten. Im Gegensatz zu meiner Frau, die alle naselang zum Arbeitseinsatz dort war, hat es für mich nicht sein sollen. Das hat aber keinen Einfluss auf mein Urteil zur Politik der USA. Für mich sind die USA im Bücherregal präsent. Ich könnte mehrere Bücher benennen, die mich begeistert haben. Ich will hier nur eines nennen, das ich am Beginn der 70er Jahre in dem Amerikahaus in Hannover entdeckte und mir dann selber gekauft habe. Der Titel lautet: „Die Welt wird jung / Der gewaltlose Aufstand der neuen Generation“ von Charles Reich.¹⁹ Das Buch zeigt aber auch, dass Aufstände, auch in gewaltloser Form, nichts bringen, wenn nicht vorher schon eine neue Form des Zusammenlebens und der Weg der Fehlerbeseitigung in der alten Form gedanklich

¹⁹ Hier ist auch der Artikel in der untergegangenen Zeitschrift „Das Gespräch aus der Ferne“ von Hans Bremer mit dem Titel „Europas Kulturelle Vielfalt erhalten“ von Interesse. Der Autor ist Deutscher und hat lange in den USA gelebt.

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/100.1%20Ausgangstext.GadF397.pdf>

gelingen ist. Innerhalb der Aktion des Aufstandes fallen den Aufständischen sonst nur die alten Muster ein, die man überwinden wollte. Und der Änderungswille für eine bessere Zukunft schläft wieder für Jahrzehnte ein.

Ich bringe jetzt den Klappen-Text von dem Buch „**Die Welt wird jung / der gewaltlose Aufstand der neuen Generation**“ von Charles Reich und danach die Auszüge aus dem Buch von Robert Lekachman.

Dies Buch ist das Programm der Revolution der Jugend, der Jugendkultur, die in Amerika ihren Anfang nahm und wie ein Lauffeuer um die Welt geht. Die Revolution, die Charles Reich verkündet, hat den Sturz der etablierten Selbstmord-Gesellschaft zum Ziel. Es ist eine Revolution, die siegen wird, weil sie der Natur und dem Leben entspricht, eine Revolution, die nicht besiegt werden kann, weil sie gewaltlos ist und der die Zukunft gehört, weil sie in aller Welt von den jungen Menschen gedragen wird.

Klar und unmißverständlich zeigt Charles Reich, warum diese Revolution kommen muß, warum die jungen Menschen sich gegen das Establishment auflehnen, gegen eine Weltordnung, die den Menschen zum Zahnrad einer seelenlosen Maschine macht, die ihn entmündigt und ihm statt der echten Werte des Lebens Ersatzprodukte gibt, statt Blumen Kunststoff, statt Erde und Gräsern Beton und Asphalt, statt der Sonne Neonlicht. Der Mensch ist zum rechtlosen Lohnsklaven eines Riesenkonzerns geworden, der Staat, Wirtschaft, Kultur und selbst das Privatleben erfaßt. Arbeit ist eine mühsame, eintönige Bürde, die den Menschen zu einem Produktions- und Konsum-Kuli entfremdet. Die Jugendrevolution setzt dieser zur Asphalt- und Kunststoffwüste gewordenen Welt ein neues Bewußtsein entgegen, das den Menschen befähigt, die wahren Werte wieder zu erkennen und zu schätzen, sich wieder an der Schönheit der Welt zu freuen, den Zwang des Establishments abzuschütteln und das eigene Leben zu leben.

Charles Reich legt die Wurzeln des Jugendprotestes offen und zeigt die Entwicklung auf, die zu der gegenwärtigen Existenzkrise der Gesellschaft führte, zu dem total verwalteten Staat, zu der Mammutmaschine, in der das Individuum nichts mehr bedeutet und die Eigen- dynamik des Systems alles. Die „schlimmste aller Welten“ ist entstanden, ein unpersönlicher, allmächtiger Moloch, in dem nicht mehr kontrollierbare Technik und schrankenloses Profitstreben die innere und äußere Welt des Menschen zerstören. Doch dem blinden Glauben der Leistungsfetischisten setzt der Aufstand der Jugend den Glauben an neue und schöne Formen des Lebens entgegen. Ein neues Bewußtsein erschließt wieder den Weg zu schöpferischem Individualismus, zur Befreiung der Persönlichkeit. Dieses Revolutionsprogramm ist das Zeichen eines neuen Frühlings, eines neuen Denkens einer jungen Generation.

Es ist, als hätte die Welt auf dieses Buch gewartet. Es stand als Nummer 1 auf allen Sachbuch-Sellerlisten der USA. Über kein anderes Buch wurde soviel gesprochen, diskutiert und geschrieben. So berühmte Repräsentanten des Zeitgeistes wie John Kenneth Galbraith, G. F. Kennan und Herbert Marcuse nahmen in der New York Times zu Reichs Werk Stellung.

„Das Buch, das politisches Denken und Handeln verändern wird.“
Prof. John Kenneth Galbraith

„Eine brillante Synthese zeitgenössischer Ideen von C. Crumb bis H. Marcuse, von Margaret Mead bis Justice Douglas und Paul Godman - ich empfehle Reichs Buch dringend!“

The Washington Post

„Es würde mich nicht wundern, wenn dieses Buch, das über Amerika wie über eine vorweggenommene Zukunft Europas Bericht erstattet, auch hierzulande gelesen werden müßte und seine Leser zu motivieren begännen.“ Sonntags-Journal, Zürich

CHARLES REICH, geboren 1928 in New York, ist Professor für Rechtswissenschaften an der Yale-Universität.

Mehr zu dem Buch unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/146.3%20Verwirrung.Bedraengnis.Not.Charles.Reich.Die.Welt.wird.jung.pdf>

Und jetzt die angekündigten Auszüge aus dem Buch von Robert Lekachman, das den folgenden Titel trägt: „**John Maynard Keynes Revolutionär des Kapitalismus**“, 1966.

Besonders in einem nichtintellektuellen Volk kommt es nicht ohne weiteres zu solchen Meinungsumschwüngen. Ihre Voraussetzungen sind lehrreiche Erfahrungen und theoretische Formulierung. Im Laufe der letzten vier Jahrzehnte haben viele Amerikaner dreierlei Erfahrungen gemacht; sie erlebten den Schrecken der Großen Depression, die neue Hoffnung des New Deal und den verbreiteten Wohlstand, der sich im Gefolge der gewaltigen Rüstungsausgaben des Zweiten Weltkriegs einstellte. Dennoch ist die Erfahrung, und sei sie noch so augenfällig, ein schlechter Lehrer. Für sich allein kann sie bestenfalls Unzufriedenheit mit bestimmten Gegebenheiten und den gängigen Rechtfertigungen für deren Beibehaltung schaffen. Sich über das Elend der Depression und Herbert Hoovers unzulängliche Politik des Jahres 1931 zu erregen, genügte nicht; was nottat, war eine logische Begründung politischer Alternativen. Daß es in Wahrheit die Ideen sind, die über Gut oder Böse entscheiden, hatte für Keynes schon immer festgestanden. (S.14 f.)

Ogleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre des New Deal ver gangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. Welchen Aufschluß vermittelte nun diese Einführung in die Wirtschaftskunde, die zu den besten Lehrbüchern der damaligen Zeit zählte, den jungen Studenten über die Ursachen und mehr noch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit? Betrüblerweise nicht sehr viel. (Seite 93)

Wie Keynes selbst bereits in seiner *General Theory* bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann. (S.130)

Eine >reife Volkswirtschaft< wird nicht mehr durch intensive Investitionstätigkeit nach vorn getrieben. (S. 152)

Gegen Ende seiner Ausführungen sagte Hansen: >Das Hauptproblem in unserer Zeit, und vor allem in den Vereinigten Staaten, ist die Frage der Vollbeschäftigung.< Gegenwärtig lebten wir in einer Zeit, die durch nur schwache Erholungspausen und verlängerte Phasen der Depression gekennzeichnet sei: >Das sind die Hauptfaktoren der säkularen Stagnation - kümmerliche Erholungspausen, die bereits in ihrem Anfangsstadium verkümmern, sowie Depressionen, die aus sich selbst neue Kraft schöpfen und einen scheinbar unvermeidbaren Kern an Arbeitslosigkeit zurücklassen. (S. 156)

Die Vereinigten Staaten befanden sich in einer scheinbar ausweglosen Situation. Einerseits >konnte die fortdauernde Arbeitslosigkeit großen Umfangs, deren Ursachen in unzureichenden Möglichkeiten für private Investitionen lagen, zu einer in allen Bereichen reglementierten Wirtschaft führen<. Das konnte jedoch >auch eintreten, wenn man einen indirekten Weg mit langsamer Entwicklung einschlug und ein weit ausgedehntes

Programm staatlicher Ausgabenpolitik verwirklichte<. Keiner dieser beiden Wege schien ein glückliches Ende zu nehmen. Die beste Lösung schien ein Programm zu sein, >das durch Staatsausgaben Nettoeinkommen schuf< und sie dann wohlweislich >einschränkt, wenn wir uns dem Stadium der Vollbeschäftigung und dem entsprechenden Einkommensniveau nähern<. Aber selbst dann gab es noch einige sehr gefährliche Fallgruben: Engpässe in der Produktion (bottlenecks), steigende Kosten, übermäßige Lohnforderungen und die heimtückische Lohn-Preis-Spirale bei sinkender Auslastung der Kapazitäten<. Auch Hansen mußte zugeben, keine vollständige Lösung dieses Problems parat zu haben: >Die Fragen, die ich angeschnitten habe, sind eine Herausforderung an unser Fach.< (S. 157)

Alvin Hansens These von der säkularen Stagnation erfuhr ihre radikalste Auslegung durch eine Streitschrift, die eine Gruppe Wirtschaftswissenschaftler von den Universitäten Harvard und Tufts auf dem Tiefpunkt der Rezession 1937-1938 verfaßte". Darin schlugen die sieben jungen Ökonomen vor, >die wirtschaftliche Entwicklung Amerikas in zwei Hauptabschnitte zu untergliedern. Der erste reicht von den Tagen, an denen die ersten Siedler ihren Fuß auf amerikanischen Boden gesetzt haben, bis zu seinem dramatischen Abschluß durch den Zusammenbruch von 1929. Diese Periode zeichnete sich durch stetiges Wirtschaftswachstum aus. Der zweite Abschnitt ist bis heute durch wirtschaftliche Stagnation gekennzeichnet<. (S. 178)

>Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genausogut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen.< Doch ohne vernünftige wirtschaftliche Grundsätze auch für eine Gesellschaft im Frieden sah das Land schweren Zeiten entgegen. Samuelsons abschließende Zusammenfassung enthielt eine düstere Vorahnung:

Jeden Monat, jeden Tag und jede Stunde pumpt die Bundesregierung Millionen, ja Milliarden Dollar in den Kreislauf der amerikanischen Volkswirtschaft... Nur durch Regierungsausgaben in Höhe von 100 Milliarden Dollar wurde das derzeitige hohe Niveau im Output und im Beschäftigungsgrad erzielt. Davon wurden 50 Milliarden Dollar durch Defizite finanziert . . . Durch eine einfache statistische Rechenoperation kann man zeigen, daß selbst bei den Industriezweigen mit den günstigsten Zukunftsaussichten in der Nachkriegszeit, also dem Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau und der Elektronikindustrie, das derzeitige Beschäftigungsniveau unter keinen Umständen aufrechterhalten werden kann, nicht einmal die Hälfte, ja nicht einmal ein Drittel davon. (S. 186)

Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Keynesianischen Grundsätzen geführt wurde. Beweise für diese Behauptung sind im Überfluß vorhanden. (S.203)

Wer die dreißiger Jahre erlebte, hat die Härten dieser Zeit voll zu spüren bekommen. Trotzdem waren für Keynesianer die Leiden dieser Periode einfach zu erkennen und ohne Schwierigkeit zu behandeln. Der Grund für die Notlage bestand in einem Mangel an Gesamtnachfrage, der durch schwache und unsichere Investitionsanreize hervorgerufen wurde. Obwohl sich selbst Keynesianer über die Ursachen für dieses universelle Absinken der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und darüber, wie man diese fallende Tendenz umkehren konnte, nicht vollständig im klaren waren, wies sie ihre neue Theorie zu deutlichen fiskalpolitischen Gegenmaßnahmen an. Diese Gegenmittel übten daher einen so großen Reiz aus, weil sie die abgewirtschafteten traditionellen Weisheiten der Bankiers und der Beamten des Finanzministeriums grundlegend in Frage stellten. Die Ausgabenbehörden des New Deal wickelten Defizit hervorrufende Programme ab, die, normalerweise unbewußt, mit den komplizierten ana-

lytischen Schlüssen der *General Theory* im Einklang standen. Die engagierten Keynesianer waren mit der Politik des New Deal nur deshalb unzufrieden, weil ihre Verantwortlichen zu selten und dann zu geringe Ausgaben tätigten. (217)

KAPITEL 8

Das Wirtschaftswachstum und seine Überbewertung

Die Krise der dreißiger Jahre blieb niemandem verborgen. Arbeitslosigkeit, Bankrotte, Zwangsvollstreckungen, Armenküchen: das war die damalige Wirklichkeit. Im Gegensatz dazu wurden die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Wachstumsrate der fünfziger Jahre in den Zirkeln der Fachleute und der unmittelbar beteiligten Politiker ausgetragen. Einige von ihnen stellten bereits die bloße Existenz des Problems in Frage, andere erachteten es als unbedeutend oder vorübergehend; für viele bestand es in einer letztlich verwirrenden Beschäftigung mit unterschiedlichen statistischen Methoden der Wirtschaftserfassung und in einer Gegenüberstellung von amerikanischen, sowjetischen und westeuropäischen Statistiken. Wieder anderen bot es die Möglichkeit, mit der republikanischen Regierung ins Gericht zu gehen, die sich in Präsident Eisenhowers Beliebtheit sonnte. In dem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen John F. Kennedy und Richard M. Nixon stellte die Wachstumsfrage eine der wenigen realen Differenzen zwischen den Kandidaten dar. (S.235)

Klar erkennbar ist, die USA steckten in einer Rentabilitätskrise des Kapitalismus, also nicht in einer solchen von einzelnen Unternehmen. Sie ist eng mit dem Kapitalismus aber nicht mit der Marktwirtschaft verbunden. Der Kapitalismus bedarf der Rentabilität des eingesetzten Kapitals, die durch jede neue Investition unter Druck gesetzt wird und am Ende den Investitionsstreik auslöst mit der Folge der Unterbeschäftigung. Die Folgen sind Arbeitslosigkeit und Unternehmenskonkurse. Die Marktwirtschaft begnügt sich mit der Wirtschaftlichkeit, das heißt, alle Kosten einschließlich der Unternehmererträge müssen durch die Erträge gedeckt sein. Wenn der Umlauf des Geldes – das heißt die Markträumung – gesichert ist, kann die Marktwirtschaft sogar bei sinkendem Wachstum unter Null Prozent Vollbeschäftigung garantieren.

Schon am Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Gesell die Zusammenhänge erkannt und den Lösungsweg erkannt, aber erst mit Keynes wurde die Erkenntnis für die Politik anwendungsfähig. Die Freiwirtschaft hat mit Keynesianismus durchaus Gemeinsamkeiten, das gilt auch für den Freiwirtschaft und den Neoliberalismus. Der Unterschied zwischen Gesell und Keynes ist, dass Keynes den Ausfall des Geldes zur Vermeidung der Rentabilitätskrise einfach durch neues Geld ersetzen will (defizit spending) was zur Inflation führt und Gesell den Anspruch auf Güter im Markt respektiert und nur dem streikenden Geld Beine machen will. Keynes sieht im Krieg das geeignete Instrument zur Umsetzung seiner Erkenntnisse und Gesell verabscheut den Krieg als ökonomisches Instrument.

Man kann mit einigem Recht sagen, der Zweite Weltkrieg wurde von der Kapitalismuskrise in den USA ausgelöst. Diese Krise hätte nicht nach Deutschland überschwappen müssen, wenn nicht die bürgerlichen Parteien Hjalmar Schacht geholfen hätten die Reichsmark an die goldene Kette zu legen. Und die Sozialdemokraten waren am Marxismus gebunden, konnten weder die Vertreter der Freiwirtschaftsschule noch die Stimme einzelner Stimmen von Wirtschaftswissenschaftlern verstehen. Das Verhängnis, das Millionen von Menschen das Leben gekostet hat, nahm seinen Verlauf. Die hier angesprochene Schwäche der Sozialdemokraten²⁰ hat 1924 der jüdische Arzt Dr. Max Sternberg aus Emden schon thematisiert. Er formuliert seine Überlegungen in einem fiktiven Gespräch zwischen den Genossen und Stinnes, einem Medienzar in jener Zeit. Der Titel der Schrift lautet „Warum und wie zur Freiwirtschaft“ Zwei Links zu der Schrift, einmal das eingescannte Original in einer Frakturschrift und einmal als Fortsetzung in der Zeitschrift „Der Dritte Weg“.²¹ Hieraus ein Zitat:

Wenn dann durch die Währungspfuscherei allmählich die Zeit kommt, wo die Milch 20 Milliarden, das Brot 100 Milliarden kostet, wenn dann die Massen hungern, arbeitslos sind, dann werden wir die Arbeiter, nachdem sie sich gegenseitig zerfleischt haben, schon wieder unter das Joch des Kapitalismus vollständig niederzwingen. Ob aber das Volk trotz aller Verdunkelungstätigkeit meiner Presse doch nicht merken wird, wo die Wurzel allen Übels steckt? Nein, ich kenne die Wirkung der Presse. Die Presse wird ihre Schuldigkeit tun und wird dem braven Michel die Schlafmütze über die Ohren ziehen, und die Parteibonzen aller Parteien, ich sage ausnahmslos aller Parteien, werden sie bei dieser Tätigkeit unterstützen. Und wenn die Not im Volke gar zu arg wird, nun, wozu hätten wir dann die lieben Juden? Hier müssen unsere Freunde von der deutschnationalen Volkspartei einsetzen. Sie werden das Volk schon dahin "aufklären", daß nur die Juden an allem Unglück Schuld sind. Sie werden die Massen mit nationalen Phrasen benebeln. Auf eine frisch, fromm, fröhliche Judenhetze ist ja von jeher das dumme Volk hereingefallen, wenn die bevorrechtigten Klassen in Gefahr gerieten, an ihrer bevorzugten Stellung Einbuße zu erleiden. So 1811, 1849, 1880. Somit fasse ich mein Urteil dahin zusammen: Voll Vertrauen in die Zukunft geblickt, denn die Notenpresse wird mit unfehlbarer Sicherheit die Novemberleute zum Bankrott bringen."

MATTHIAS MAURER: Deutscher Astronaut kehrt vom ISS-Einsatz zur Erde zurück, |meldet DIE WELT und Dutzende anderer Zeitungen. Das ist eine tolle Leistung von Matthias Maurer und der Raumforschung, aber wo bleibt die entsprechende Leistung der Wirtschaftswissenschaft zur Erforschung der Störfelder der Ökonomie, die Abermillionen von Men-

²⁰ Er spricht von den Novemberleuten.

²¹ https://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.1%20Sternberg%20Warum%20FFF.pdf
https://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.2.2%20Sternberg%20Warum%20FFF%202.pdf
Die Zeitschrift „Der Dritte Weg“ heißt heute: Humane Wirtschaft www.humane-wirtschaft.de

schen den frühen Tod bringen und Milliarden von Menschen von den Sorgen und Bedrohungen durch Hunger, Krisen, Kriegen und Vertreibung befreien könnte. Wie ist es möglich, dass eine Wissenschaftspolitik einfach den Hinweis akzeptiert, dass sich wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse jeweils erst mit dem Ableben der dominanten Wissenschaftler durchsetzen können. Es ist richtig, alle wissenschaftliche Forschung ist zeitaufwendig. Es ist auch richtig, dass neue Theorien wie vorher die älteren anfällig sind für Irrtümer. Aber die Wirtschaftswissenschaft ist zu kostspielig, um sie nur als eine Irrtumsverwaltung aufrecht zu erhalten und dann auch noch richtige und falsche Ergebnisse durcheinander bringen zu lassen, weil sie sich zu viel an dem orientiert, was auf den Fluren und zwischen Stellungnahmen als letzte Erkenntnisse gehandelt wird. Ich weiß, auch hier sind Pauschalurteile nicht zielgenau. Es gibt sicher weibliche und männliche Ökonomen, die die Ökonomie so belastet sehen, dass sie am liebsten ihre Profession an den Nagel hängen würden, aber diese zu erfassen und zu benennen, übersteigt meine Möglichkeiten.

Ich gestehe leichten Herzens ein, dass auch mir bei meinen Versuchen für die Aufklärung zu werben, Fehler zu unterlaufen sind. Aber 1. hat das kein großes Gewicht, weil im Laufe der Zeit schon tausende Menschen mit dem gleichen Auftrag unterwegs waren. Es ist kein Auftrag, der von einer Autorität oder Institution gegeben wird, sondern einer der aus inneren Persönlichkeitsschichten kommt, wo die Verantwortung für das ganze menschliche Geschehen angesiedelt ist.

Bei dem Bemühen, die Medien zu veranlassen, die Aufklärung über die Vorgänge um Krieg und Ökonomie und Politik und um die erneute Gefährdung der Währung zu verbessern, so dass sie es selber und ihre Leser und Hörer verstehen, scheint mir auch ein hoffnungsloses Unterfangen zu sein. Mir fiel ein Spruch von Gesell ein, den ich in der Sammlung von Friedrich Salzmann aus dem Jahr 1948 fand, die er „An die Überlebenden“ nannte, der passt hierher:

Wer etwas zu sagen hat, was mehr als Parteipolitik ist, der findet dazu keine Presse im demokratischen Staat.

Ich hänge einen Brief an den Chefredakteur Giovanni di Lorenzo von der Wochenzeitung DIE ZEIT vom 9. 4. 2022, den ich aufgrund eines Artikels zum Thema Inflation an ihn gesandt habe, an (Text 174.7). Der Artikel ist interessant verfasst, sagt über den Ursprung der Inflation wenig oder nichts aus. Ich habe darum gebeten, doch Mitarbeiter zu dem Thema einzusetzen, um den Ursachen der Inflation einmal auf den Grund zu gehen. Auf die elektroni-

sche Übermittlung als Anlage zu einem E-Mail habe ich nur eine automatisch generierte Antwort erhalten, die nichtssagend ist und auf den Brief, den ich mit der Post zugesandt habe, kam bis heute am 26. Mai keine Antwort. Dabei ist das Thema wichtig, weil schon bei der jetzigen Inflationsrate das Volk zu murren anfängt. Dieses Murren kann sich leicht bei einer möglichen Vervielfachung der Entwertungsrates des Geldes in einem europäischen Bürgerkrieg ausweiten, Regierungsmitglieder aus ihren Ämtern jagen und Forderung „Zurück zur DM“ auf Transparente bringen. Die Gefahr besteht akut, denn die Preisniveaustabilität ist abhängig von dem Gleichgewicht zwischen der Menge der Güter, die durch den Markt fließen und der Menge des Geldes, das zirkulierend immer wieder den Markt für den Nachschub räumt. Nicht beteiligt an dem Gleichgewicht zwischen Warenstrom und zirkulierendem Geld, ist das Geld, das in den privaten und institutionellen Horten liegt. Wenn sich hier die Stimmung einstellt, rette, wer sein Geld retten kann und dann Nachfrage auf dem Markt hält, der treibt die Inflation auch ohne Zutun der Notenbank an.

Wenn jetzt der Staat im Rahmen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges und Ausgleichszahlungen für die Geldentwertung verspricht – und auch zahlt, was auch erwartet wird –, als sei der Staat ein Dukatenscheißer, dann kann er das nur, wenn das Geld mittels seiner Steuerhoheit allgemein den Bürgern abknöpft und selektiv an die Bürger oder an Institutionen auszahlt, die als zum Empfang berechtigt definiert wurden. Dieses Verfahren kann nicht den Bürgerfrieden fördern, er fördert dann aber eine Vorstufe zur Rebellion, besonders dann, wenn so aufgerüstet wird, wie es in den Medien berichtet wird.

Wenn unser Staat sich direkt oder indirekt das Geld mit der Notenpresse beschafft, was ursprünglich als ausgeschlossen für den Euro gelten sollte, dann treibt er wieder die Inflation an.

Wenn der Staat sich in dem Umfang der Höhe der zugesagten und angeforderten Hilfen weiter verschuldet, dann kann er das nicht mit kurzen Laufzeiten für die Kredite machen, weil dann die Tilgungsraten entsprechend hoch sind und er gezwungen ist, die Steuerschraube weiter anzuziehen. Dadurch fördert er aber die Notlage der Bedürftigen. Will er mit der erhöhten Steuern nur jene belasten, die nach seiner Meinung verkraften können, wird diese Möglichkeit bestimmt vom Verfassungsgericht gestoppt. Verschuldet sich der Staat aber mit langen Laufzeiten und mit tilgungsfreien Zeiten, die die gegenwärtigen Steuerzahler schonen, dann schickt er die nachwachsende Generation und die noch nicht geborenen Kinder in

die Schuldknechtschaft. Dies könnte man dann auch einen modernen Sklavenhandel nennen. Werden die gekauften Schuldtitel dann mit dem Geld, was jetzt in Horten ruht, bezahlt, dann wirkt das so, als würde die Notenbank zusätzliches Geld in den Umlauf pumpen. Das wiederum wäre ein Beitrag zur Inflation.

Und hier schließe ich gleich mit zwei Zitaten an, die etwas von dem vermitteln, was uns nach dem Zweiten Weltkrieg von dem Geist, den US-Amerikanern angekündigt und versprochen wurde, vermitteln. Es sind Worte von Thomas Jefferson 1743 – 1826, Verfasser der Unabhängigkeitserklärung. Ich gebe meine handschriftliche Abschrift wieder, die ich mir aus dem Buch „Ezra Pound / Usura – Cantos XLV und LI / Texte , Endwürfe und Fragmente / herausgegeben von Eva Hesse, Arche , 1985 S. 80, abgeschrieben habe. Ich habe das Buch in den 80er Jahren verschenkt.

<https://www.deutschlandfunk.de/zwischen-tradition-und-utopischem-traum-100.html>

https://de.wikipedia.org/wiki/The_Cantos

Jetzt Thomas Jefferson:

„Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich als von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebenszeit waren.“

„Dennoch schärfen uns unsere Juristen und Doktoren diese Doktrin ein und unterstellen, daß die vorhergegangenen Geschlechterfolgen den Erdkreis mit größerer Freiheit besaßen als wir; daß sie ein Recht hatten, uns Gesetze aufzuerlegen, die wir nicht ändern dürfen, und daß wir in gleicher Weise den kommenden Generationen Gesetze und Belastungen aufherrschen dürfen: kurzum, daß die Erde den Toten gehört, nicht den Lebenden.“

Ich fand meine handschriftliche Abschrift in dem Band „Im Namen der Freiheit! / Im Auftrag des Deutschen Historischen Museums / Herausgegeben von Dorlis Blume, Ursula Brey-mayer und Bernd Ulrich wieder. Ich dachte, ich könne durch die Zuwendung zu diesem Buch Trost und Orientierung finden, um meine durch die aktuellen Ereignisse in Bedrängnis geratene Seele zu beruhigen. Ich hatte besonders ein Faksimile des Originaldrucks der Unabhängigkeitserklärung von 1776 in deutscher Sprache im Sinn. Daraus ist aber nichts geworden. Die Unabhängigkeitserklärung hänge ich aber an. Die möglichen Leser können dann ja

für sich überprüfen, ob sie noch einen Zusammenhang zwischen dem Text und der Politik der USA erkennen. Beruhigen können Bücher auch, wenn man weiß, dass es sie gibt, zumal, wenn man sie in den Händen halten kann. Als ich den schwergewichtigen Band des Historischen Museums aus dem Regal zog, lag darauf ein weiteres dickes Buch mit 441 Seiten ohne Einbandgestaltung. Der Titel lautet „Bollwerk der Republik / Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung. Der Autor heißt Burton J. Hendrick, das Buch ist im Original 1941 in Boston und 1953 in deutscher Sprache im Rudolf Zitzmann Verlag in Lauf bei Nürnberg erschienen. Das Vorwort ist mit K.W. Gezeichnet, das ist Karl Walker, der sein erstes Buch 1931 als Buchbindergeselle mit dem Titel, „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“. Da stand alles drin, was auf den letzten Drücker Hitler noch hätte vermeiden helfen. Aber was kann ein Buchbindergeselle schon sagen, wenn man von Marx beseelt ist, haben vermutlich die Sozialdemokraten gedacht. Er ist nach dem Krieg doch noch Mitglied der SPD geworden.²² Aber da wurde er auch nicht beachtet, weil die Sozialdemokraten dann von Keynes beseelt waren und Walker den Keynesianern nicht generell, aber in bestimmten Details widersprechen musste.

Ich bin in den letzten Arbeiten, die ich auf meiner Internetseite veröffentlicht habe näher auf Walker eingegangen und habe sein Taschenbuch „Demokratie und Menschenrechte“ aus dem Jahr 1947 eingescannt und ins Netz gestellt. https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker

Auch Rudolf Zitzmann war als Verleger für die Freiwirtschaft von großer Bedeutung. Er hat über 5 Jahre in KZs gesessen. Mir hat er erzählt, dass er um eine Entschädigung von der CDU-Regierung betrogen worden sei. https://de.wikipedia.org/wiki/Rudolf_Zitzmann

Ich dachte jetzt, als ich weiterschreiben wollte, so toll kann das Bollwerk auch nicht sein, denn die Verfassung hat nicht verhindert, dass auch die US-Amerikaner in Reiche und Arme gespalten sind und vom Bürgerfrieden und Gleichberechtigung sind sie auch weit entfernt. Ich habe dann das Buch willkürlich aufgeschlagen und landete auf der Seite 343. Auf der Seite oben wurde über einen Richter Miller vom Gerichtshof berichtet, der wohl ungewöhnlich schroff, tüchtig, fleißig gewesen ist. Sein Vorname muss mehrere Seiten vorher genannt worden sein. Weil ich mich damit auch nicht lange aufhalten wollte, fing ich mit dem Lesen des Absatzes, der fast die Hälfte der unteren Seite einnahm, an zu lesen und was ich las, stelle ich jetzt vor:

Die Ara Chase - von 1864 bis 1873 - überbrückte die bewegte Zeit zwischen dem

²² Das war er vielleicht auch schon vor dem Krieg. Ich habe es vergessen.

Ende des Bürgerkrieges und dem Entstehen des modernen Amerika; die Zeit Millers von 1862 bis 1890 war Zeuge der Veränderung der amerikanischen Politik des Finanzwesens und der gesellschaftlichen Veränderung, die sich als Folge der Eisenbahn, der Körperschaft und der Industrialisierung des Landes ergab. Vielen Entwicklungen dieser Zeit stand Miller ablehnend gegenüber. Gründlich verabscheute er Wallstreet und die Börsianer. „Sie treiben keinen Handel, kein Gewerbe, keine Fabrikation, keine Landwirtschaft. Sie erzeugen nichts.“ Mißstimmungen dieser Art offenbarten sich nicht selten in seinen Äußerungen. Mitunter gab es harte Stöße gegen seine richterlichen Kollegen. In einer seiner Entscheidungen sprach er davon, sie wäre durch „eine Überspannung der Einbildung“ erreicht worden, wie man sie nur bei Spekulationen mit Eisenbahnaktien gewohnt sei. „Die Kapitalisten“ - und darunter verstand Miller die, „welche allein von Zinsen und Dividenden leben“ - waren bei Miller etwa so beliebt wie bei den Farmern des Westens. „Es ist mir das Schmerzliche, was mit meinem richterlichen Leben verbunden ist“, schrieb er in einem Brief, „daß ich gezwungen bin an einer Farce teilzunehmen, deren Ergebnis unabänderlich das gleiche ist, nämlich [385] denen mehr zu geben, die bereits besitzen und denen, die wenig haben, das wenige zu nehmen, das sie besitzen.“ Die Berufung von Richtern, deren Interessen mit denen reicher Klienten verflochten waren, unterzog er auch der Kritik.

Dieser Richter machte damals schon eine Unterscheidung von Gewerbetreibenden und Kapitalisten. Die USA sind den Weg in den nackten Kapitalismus nicht ohne Widerstand gegangen. Dieser Widerstand kann auch wieder wachsen, wenn nachgewiesen wird, dass die vom Kapitalismus befreite Marktwirtschaft leistungsfähiger ist als der Kapitalismus, also mehr Freiheiten, Sicherheiten und Gerechtigkeit bietet.

Ich habe dann das von Karl Walker verfasste Vorwort vom „Bollwerk der Republik“ gelesen und bin zu dem Schluss gekommen, zu ermöglichen, dass es hier gelesen werden kann.

Bollwerk der Republik / Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung

Deutsche Ausgabe 1953 im Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg

Vorwort zur deutschen Ausgabe von K. W. (= Karl Walker)

Ein merkwürdiger Zufall will es, daß die ersten Worte, mit denen der Autor des vorliegenden Werkes die Einleitung zu seinem Thema im Jahre 1937 in den Vereinigten Staaten begonnen hat, auch der deutschen Ausgabe vorangestellt werden könnten - so genau treffen sie die Situation hier und heute.

Es mag zwar sein, daß innerpolitische Fragen anderer Art zeitweilig größere Erregung und stärkeres Interesse erwecken als die Verfassungsfrage; dennoch liegen

alle Anzeichen dafür vor, daß diese wesentliche Frage auch hier auf eine Reihe von Jahren hinaus viele politische Erörterungen überschatten wird. Zu dieser Voraussage bedarf es keiner prophetischen Gabe, denn es liegt in der Natur der Dinge, daß ungelöste Probleme hartnäckig sind; „Nichts ist erledigt, bis es gerecht erledigt ist!“ würde Abraham Lincoln dazu sagen.

Burton J. Hendrick wendet sich mit seinem Buch an den amerikanischen Leser. Er zeigt ihm, wie die Verfassung der Vereinigten Staaten über eineinhalb Jahrhunderte hinweg stets das Bollwerk der Republik gegen die Stürme der Zeit gewesen ist. Während im alten Europa der Absolutismus von Republiken und Demokratien abgelöst - und die Republiken und Demokratien wieder von neuen Formen der Despotie überwältigt wurden - hat sich die Demokratie der Vereinigten Staaten mehr und mehr gefestigt und behauptet.

Man kann diese Tatsache konstatieren und bewundern; besser aber und politisch nützlicher ist es, den Besonderheiten nachzugehen, in denen die außerordentliche Stärke der amerikanischen Demokratie ihre Wurzel hat. Da der Autor dankenswerter Weise gerade diese Besonderheiten in seiner „Biographie der amerikanischen Verfassung“ über den ganzen Zeitraum von 150 Jahren wirklicher Geschichte verfolgt - wobei mitunter geradezu dramatische Höhepunkte der Entscheidung in unser Blickfeld treten und uns aufzeigen, wie grundlegend die verfassungsmäßige Rechtllichkeit wichtiger sein kann als die ehrenwerteste politische Absicht - verdient sein Werk in ganz besonderem Maße das Interesse des deutschen Lesers.

Wir Deutsche haben in unserer Geschichte ganz gewiß auch manchen ausgezeichneten politischen Kopf hervorgebracht; und als Glied der europäischen Völkerfamilie waren uns die Männer, die etwas Grundlegendes zur staatlichen Ordnung in der Entwicklung der Neuzeit zu sagen hatten, nicht allzu fern. Montesquieu mit seiner Lehre von der Notwendigkeit der Gewaltenteilung wäre uns viel näher gewesen, als er den Vätern der amerikanischen Verfassung war. - Aber vielleicht haben wir aus den Traditionen unserer Welt und aus der Gewöhnung an Herrschaft und Obrigkeit, zwar mehr unbewußt als mit Überlegung, ein Prinzip in die demokratische Ordnung übernommen, das den auf sich selbst gestellten und von ganz anderen Freiheitsbegriffen beseelten Bürgern der Neuen Welt von vornherein unannehmbar erschienen wäre.

Bis in die unmittelbare Gegenwart herein ist bei uns die Vorstellung dominierend, das Wesen der Demokratie sei mit der bedingungslosen Befolgung des Mehrheits-Entscheidendes gewahrt. Es ist nicht schwer, zu erkennen, daß sich in dieser Vorstellung der alte Respekt vor der absoluten Herrschaftsgewalt noch einmal regt. Legislative und Exekutive, Gesetzgebung und Durchführung der Gesetze wären aber in diesem Falle in der Demokratie genau so bedingungslos gültig, wie unter einem System des Absolutismus oder der Diktatur. Der kindliche Glaube, daß das Mehrheitsprinzip nichts Unbilliges zulassen wird, lebt zwar noch in vielen wirklichkeits-

fremden Köpfen, aber er fristet sein Dasein - nach dem, was Deutschland in den letzten 30 Jahren erlebt hat und im Hinblick auf das, was der westlichen Welt heute droht - doch nur noch aus einem letzten Aufguß jener vertrockneten Theorien, die von Rousseau's „Die Mehrheit irrt nie!“ bis zum dialektischen Materialismus von Karl Marx reichen.

Eine echte Demokratie - und dies ist es, was uns Burton J. Hendrick aufzeigt - erfordert ein Grundgesetz, das der Legislative und Exekutive den Rahmen absteckt; und sie erfordert eine dritte Instanz, die sowohl über die Gesetzgebung, als auch über den Gesetzesvollzug, wie er von den Organen des Staates gehandhabt wird, zu wachen und somit die gesetzgebende und vollziehende Gewalt zu kontrollieren hat. Diese letzte Gewalt, die in den Vereinigten Staaten in der verfassungsmäßigen Instanz des Obersten Bundesgerichts gegeben ist, hat sich in dem langen Zeitraum seit jenem 17. September 1787 als das entscheidende Bollwerk zum Schutze der Republik erwiesen. Dabei fehlte es auch in den Vereinigten Staaten nicht an Versuchen, die unbequeme dritte Gewalt zu überspielen - ein dramatischer Vorgang dieser Art spielte sich selbst in unseren Tagen noch ab, als Roosevelt zur Durchführung seiner vom Obersten Bundesgericht einstimmig als verfassungswidrig verworfenen Planwirtschaft beabsichtigte, einen ihm willfährigen Gerichtshof zu schaffen, - und dabei auf den unerwarteten Widerstand des Kongresses stieß. Schon diese wenigen Ausblicke auf das Thema unseres Autors mögen zeigen, wie außerordentlich wichtig die Urteilsfähigkeit in diesen Fragen auch für die Gestaltung unserer nächsten Zukunft schon werden kann. Wir stehen auf dem Boden unseres alten Kontinents in unseren Tagen einem Ansturm gegenüber, der die letzten Werte menschlicher Freiheit hinwegfegen würde. Wir müssen heute wissen, daß die Demokratie der westlichen Welt sich nur dann von der uns drohenden anderen Spielart von Demokratie unterscheidet, wenn die Freiheitsrechte des Einzelmenschen durch eine Verfassung garantiert sind und wenn nach dem Grundsatz der Gewaltenteilung eine Instanz vorhanden ist, die der Kollektivgewalt des Staates ihre Schranken weist. Mit der Abkehr von diesem Grundsatz des Rechtsstaates und mit der Unterordnung der dritten Gewalt unter eine Gesetzgebung, die keiner verfassungsrechtlichen Kontrolle unterstünde, würden wir ein Haus einrichten, das von jeder beliebigen Gewalt auf legalem Wege usurpiert werden könnte. Deshalb bedarf also auch unsere Demokratie jenes verlässlichen und starken Bollwerks, als das sich Verfassung und Gewaltenteilung in der Neuen Welt erwiesen haben.

00000

Am 05.05.2022 um 10:46 schrieb **Klaus Willemsen**:

Liebe Freundinnen und Freunde,
bei aller Solidarität und Betroffenheit gilt es, die Ursachen von Krieg und Zerstörung im Auge zu behalten. Bitte empfiehlt den Artikel weiter:
<https://www.inwo.de/medienkommentare/der-preis-der-luege-oder-die-schatten-der-geschichte/>
und jetzt auch bei Facebook zum liken!
Mit freundlichem Gruß, Klaus


Thesen zur alten und neuen Schuld – 75 – T.A. Text 172 April 2022

Ich stelle den Beitrag von Klaus Willemsen in den Anhang. Da er auf die Terroranschläge auf das World Trade Center vom 11. September 2001 Bezug nimmt habe darauf hingewiesen, dass ich damals mit folgenden Beiträgen auf das Ereignis reagiert hätte:

23.0  **Die Flug-Bomben**

Tod und Zerstörung am 11. September 2001 in den USA und danach in Afghanistan
Das Entsetzen, die Trauer, die Heuchelei und das "Bomben-Geschäft"

Teil 1:  Versuch in der Flut der Informationen Oberwasser zu bekommen

Teil 2:  Versuch, die herabziehenden Strudel der Meinungen zu vermeiden und das rettende Ufer der Übersicht zu erreichen

Abschluß 1. November 2001

23.1  **Die Flug-Bomben**

Anhang: Abteilung I = Diverse Texte und Quellen (68 Seiten / 472 KB)

23.2  **Die Flug-Bomben**

Anhang: Abteilung II = Auszüge aus Rudolf Rocker, Die Entscheidung des Abendlandes (25 Seiten / 258 KB)

00000

6) Beziehungen zwischen Religion und Staat

Kirche und Politik

Die katholische Kirche in Deutschland ist in ihrem Selbstverständnis dem Gemeinwohl im Ganzen verpflichtet und bringt sich in diesem Sinne in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Grundlegende sinn- und gemeinschaftsstiftende Wertvorstellungen sollen gestärkt werden. Dieses Ansinnen trifft auch auf andere Religionsgemeinschaften zu.

<https://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik>

https://www.domradio.de/system/files/styles/w21_dmr_theme_stage_xl_2x/private/image/stein2.jpg?h=129cdfeb&itok=1BRqDoqH

„Dieses Ansinnen trifft auch auf andere Religionsgemeinschaften zu.“ Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn jede andere Weltanschauungsgemeinschaft und jeder Bürger in etwa in gleichem Umfang (pro Kopf nach dem Demokratieprinzip gerechnet) die gleiche Wirkungskraft auf die Meinungs- und Wertebildung ausüben könnte. Aber zu lange stellten die Kirchen dem Staat die Schäfer zur Verfügung, die die Schafe zusammen und ruhig hielten, damit die Herrschenden im Staat ungestört ihren Machtspielen nachgehen konnten und die Kirchen die Schafe dorthin treiben konnten, wo sie sich ohne großen Widerstand in zeitlicher, kräftemäßiger, finanzieller Hinsicht ausnehmen ließen und am Ende auch bereit waren ihr Leben für fragwürdige Siege einzusetzen. Dafür erwarteten die Kirchen aber noch Gegenleistungen.

Macht über die Seelen der Gläubigen, Verfolgung der Ungläubigen, demonstrative Wertschätzung der Hierarchie, Privilegien und Bares in den großen Klingelbeutel. Dieses hänge den Kirchen immer noch an, obwohl zahlreiche Theologen und Laien-Gruppen versuchen, das Erscheinungsbild umzuprägen. Die Zukunft der Kirchen hängt davon ab, dass die letztgenannten Kirchenmitglieder schneller zum Zuge kommen als die Austrittswelle der Kirchenchristen anschwillt.

00000

25.10.2021 Steinmeier spricht mit Papst über Glaubwürdigkeit der Kirche
Stippvisite in Rom

Gut zwei Wochen nach Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Montag Papst Franziskus besucht. Bei der Privataudienz wurde ausführlich über die Glaubwürdigkeitskrise der Kirche gesprochen.

www.domradio.de

Warum haben der Papst und der Präsident nur über Glaubwürdigkeit der Kirche gesprochen?
Hat der Staat als Institution (nicht nur bei uns) doch auch eine Vertrauenskrise?

1. Die Schuld für den Ersten Weltkrieg wurde den Deutschen allein angehängt.
2. Die Demokratie wurde den Deutschen, die noch mehrheitlich auf die Monarchie geprägt waren, übergestülpt. Die Verfassung von 1919 hat sich das Volk nicht erstritten oder erarbeitet.
3. Sowohl die Inflation, wie die Deflation, die die sozialen Bindungen und Sicherheiten zerstört haben, haben das Vertrauen in die neue Staatsform zerstört. Die gewählten Demokraten waren nicht in der Lage, das vorhandene Sachwissen zur Vermeidung des ökonomischen Ungemachs zu prüfen und anzuwenden. Dadurch haben sie die Startbahn für die Nazi-Herrschaft gebaut.
4. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Demokraten nicht bereit und in der Lage anzuerkennen, dass ihre Unfähigkeit die Ursache für das große Unglück, das sich in Form des Nationalsozialismus ausgebreitet hatte, waren. Die verrirrten Täter werden bis heute, hinter deren Rolle als Opfer - die sie auch wurden -.
5. Den Deutschen wurde nach dem Zweiten Weltkrieg die Demokratie und die Verfassung wieder von einer kleinen Minderheit ohne Zutun der großen Mehrheit übergestülpt.
6. Im Einigungsprozess der beiden deutschen Republiken wurde erneut (und ohne Not) das Grundprinzip der Demokratie, dass das Volk der Verfassungsgeber ist, verraten. Und ebenfalls wurde selbst das Grundgesetz missachtet, dessen Dauer nach dem Willen des Parlamentarischen Rates im Artikel 146 der Grundgesetzes beschrieben wird: **„Diese Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung**

in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.²³ Der Tagesvorteil der herrschenden Parteien war wichtiger, als die Verankerung der Demokratie in der Seele des Volkes. In der Folge wurde die weitere Gültigkeit des Grundgesetzes mit juristischen Tricks erschlichen und der sogenannte Verfassungsschutz ist seitdem eine Lachnummer bzw. auf den Status eines normalen Nachrichtendienst, wie ihn Diktatoren auch halten, abgesunken.

7. Alle ökonomischen Probleme (einschließlich jener mit negativen Wirkungen auf die Umwelt) sind nicht aufgrund von ihrer Unlösbarkeit in der Welt, sondern aufgrund von Fehlern im System und aufgrund der Verteidigung von Vorrechten. Das, was ursprünglich mit der Sozialen Marktwirtschaft gemeint war – nämlich eine Wirtschaftsform, in der die Worte frei und sozial nicht zur Verschleierung von Ungerechtigkeiten dienen sollten, ist verraten worden. Heute dient der Doppelbegriff Soziale Marktwirtschaft nur noch dem Erhalt oder Zugewinn an Parteienmacht. Der Kapitalismus wirkt in der Wirtschaft, wie der Krebs im menschlichen Körper, wird als Synonym für Marktwirtschaft von „links“ und „rechts“ zur Verwirrung der Bürger benutzt, damit sie an ihrer Kompetenz zur Lösung politisch-ökonomischer Probleme zweifeln und anderen die Lösung im Sinn der „Macher“ überlassen. Auf diese Weise wird der Kapitalismus politisch abgesichert. Es wird auch nicht mehr gefragt, ob es berechtigt ist, dass ein beachtlicher Teil des Arbeitseinkommens (auch Unternehmer arbeiten) an das Kapital abgeführt werden muss. Auch das soziale Absicherungssystem mit Zwangsmitgliedschaften stärkt die Macht der Sozialpolitiker und gehört zum System der Zentralverwaltungswirtschaft, macht den Staat zum Vormund der Bürger, macht diese nicht zufriedener, sichert aber den Bestand des Kapitalismus.
8. Der Ukraine-Krieg hat gezeigt, dass wir überhaupt nicht auf eine Verteidigung unserer Republik vorbereitet sind, die im Ernstfall auch Leben und Gut erhält, das verteidigt werden soll und nicht alles zerstört, die Menschen in die Flucht oder den Tod jagt. Eine militärische Rüstung kann einen potenziellen Angreifer nur so lange vom Angriff abhalten, wie er glaubt, er sei weniger gut gerüstet, als die, die er überfallen möchte. Wenn wir so verfahren teilen wir dann die Welt wieder in lauter Käfigen auf, und opfern die freie Zeit, die der Broterwerb uns lässt und das Geld und alle Dinge, die das Leben schön machen, um die nimmersatte Rüstungsspirale zu füttern, ohne die Gewissheit zu erhalten, dass wir wirklich geschützt sind. Die Entscheidungen dafür muss vom ganzen Volk wenigstens mit einer qualifizierten Mehrheit entschieden werden und kann nicht eine Sache der Regierung oder des Parlamentes sein.
9. Wir kommen aus der Misere nicht heraus ohne uns zum ersten Mal die Demokratie wirklich anzueignen. Ich nehme nicht an, dass uns ein böser Wille in all jene Schwierigkeiten – die mit meiner Aufzählung noch nicht alle benannt sind – gebracht hat, sondern eher, dass es der irrende gute Wille ist. Auch die Vorstellung, mit Parteiensiegen könnte man die Republik „erobern“, dürfte zur Verwirrung beigetragen haben. Ein böser Wille zeigt sich aber, wenn er alle Entwicklungsmöglichkeit, die zum Guten hin möglich sind, leugnet.

7) Zum Glaubwürdigkeitsproblem der Kirchen

²³ Entnommen: „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland / Vorläufige Niedersächsische Verfassung“ vom Februar 1958. Auch bei der Nieders. Verfassung wurde bei der Neufassung nach der Vereinigung der beiden deutschen Republiken der Normal-Bürger ausgeschlossen.

Ich fühle mich nicht besonders kompetent, über sexuelle Themen als Grund von Glaubwürdigkeitsverlust der Kirchen zu sprechen. Außerdem muss man wohl unterscheiden zwischen den katholischen und den evangelischen Kirchen. Aber wenn ich gefragt würde, ob ich annehmen würde, dass die Kirchen ein Problem mit dem Komplex Sexualität haben und dass deren Haltung zu diesem Komplex den Gläubigen schadet, dann würde ich zweimal Ja sagen. Ich denke auch, dass der Zölibat auch den Priestern, die sich daran halten oder nur vorgeben, schadet. Aber so wie die Kirchen mit allen Themen, die Sexualität betreffen, wie zum Beispiel vorehelicher Geschlechtsverkehr, Verhütung und Abtreibung umgehen, schaden sie den Gläubigen allgemein. Aus der frohen Botschaft wurde so daraus eine bedrückende Botschaft. Dass die Kirchen jetzt für die Unterdrückung dieses Themas leiden müssen und auch mit barem Geld versuchen, Buße zu tun, kann man unterschiedlich beurteilen. Dass aber in jedem Fall die sexuelle Begegnung zwischen einem Geistlichen und einem jugendlichen Mensch ein katastrophales Ereignis war, bezweifle ich, denn jungen Menschen erleben auf ganz unterschiedliche Weise ihren ersten sexuellen Kontakt mit einem anderen Menschen. Das soll keine Entschuldigung für Geistliche sein, sondern nur die Vermutung Raum geben, dass nicht jeder Jugendliche geschädigt, aus so einer Begegnung herauskommt. Mich interessiert hier eine andere Ursache für die Vertrauensschwund in den Kirchen. Ich bringe hier darum nur den Umschlagtext zu dem Buch „Eros und Klerus / Vom Elend des Zölibats“ von Hubertus Mynarek, 1978. Und die darin befindliche Kurzbiographie, die ahnen lässt, dass es schon lange in der katholischen Kirche gärt.

»Schätzungsweise mehr als ein Drittel der Zölibatäre bricht den Zölibat mit Frauen, ein weiteres Drittel liebt homophil oder homosexuell - der Zölibat, eine institutionalisierte Unwahrheit, das Resultat systematischer sexueller Unterdrückung. So urteilt einer, der selber fast 20 Jahre lang katholischer Priester gewesen ist und nun aus Erfahrung schreibt: Hubertus Mynarek, 48, Theologieprofessor ohne Lehrstuhl, Ex-Dekan der Wiener katholisch-theologischen Fakultät, Ex-Priester und Ex-Katholik seit 1972, seither glücklich verheiratet, 2 Kinder.« (Der Spiegel)

»Jetzt zieht der unerschrockene Gottesmann erneut gegen die Kirche zu Felde... Sein Buch >Eros und Klerus< beschreibt en detail, wie menschlich es in sexueller Hinsicht unter den Geweihten zugeht... Mit zahlreichen Einzelbeispielen belegt er, wie schlimm es mit den Folgen des Zölibats hinter den Kulissen aussieht... Kirchen-Kämpfer Mynarek hat mit seinem neuen Buch neuen Ärger programmiert.« (Stern)

Hubertus Mynarek, geboren 1929 in Groß-Strehlitz/Oberschlesien, trat nach seinem Abitur 1948 ins Priesterseminar ein und studierte Theologie, Philosophie und Psychologie an den Universitäten Krakau, Lublin, Münster und Würzburg. Nach der römisch-katholischen Priesterweihe 1953 war Mynarek sechs Jahre lang, mit Unterbrechungen, in der Seelsorge tätig. 1954 Promotion zum Dr.

theol.; 1956 Lizentiat der Philosophie; 1966 Habilitation an der Universität Würzburg; 1966-1968 Professor für Religionsphilosophie und Fundamentaltheologie an der Hochschule Bamberg; 1968-1972 Professor für Religionswissenschaft an der Universität Wien, 1971-1972 Dekan der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Wien. Im November 1972 offener Brief an den Papst und Kirchenaustritt, daraufhin kirchliches Berufsverbot, d. h. Entzug der kirchlichen Lehrbefugnis, und Pensionierung durch den Staat. Er heiratete und ist Vater von zwei Kindern. Im November 1973 veröffentlichte Mynarek das Buch »Herren und Knechte der Kirche«, im Herbst 1977 »Religion - Möglichkeit oder Grenze der Freiheit?«. Beide Bücher befassen sich - das eine in mehr autobiographischer Sicht, das andere in systematischer Betrachtungsweise - mit den repressiven Strukturen der Kirche. Im Dezember 1979 legte der Autor einen Leitfaden für eine sozialetische Wirklichkeitsgestaltung unter dem Titel »Orientierung im Dasein« vor. Darüber hinaus hat Mynarek zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, Aufsätze sowie acht weitere Bücher über Philosophie, Religionspsychologie und Theologie veröffentlicht.

00000

Ich habe wenigstens ein- oder zwei Dutzend Bücher im Haus, die pro oder contra Kirche eingestellt sind. Die meisten habe ich nicht gelesen, weil jeweils andere Bücher oder andere Tätigkeiten keine Zeit ließen. Aber ungelesene Bücher, zu denen man einen Zugriff hat, sind wie ein Freifahrtschein in eine anderes Land. Auch wenn man der Freifahrtschein nicht nutzt, seine Existenz gibt einem das gute Gefühl, dass man ihn ja nutzen könnte. Ich will noch ein paar Bücher nennen, die das Thema Vertrauensverlust der Kirche thematisieren.

Kurt Flasch kritisiert in seinem Buch „Warum ich kein Christ bin“ die Kirchlicher Lehre und nicht den Zustand der Kirchen. Ich habe es mit großer Aufmerksamkeit gelesen.

Gerd Lüdemann will in seinem Buch „Das Unheilige in der Schrift / Die andere Seite der Bibel“, „die bodenlose Unwissenheit kirchlicher Kreise“ beheben und in „die verdrängte Seite der Bibel einführen.“

Von Helmut Thieleke, liegt mir der Titel „Leiden an der Kirche“ vor. Das Motto und der erste Absatz des Vorwortes hätte ich meinen vorliegendem Text voranstellen können:

Wer sich einsetzt, setzt sch aus.

Für viele mag das, was hier niedergeschrieben ist, anstößig sein. Doch möge man mir glauben, daß es eine bedrängende Not war, die mich zum Reden zwang. Ich ertrug es nicht länger, das *nicht zu* sagen, was auf den folgenden Seiten gesagt wird. Im Schlußteil lege ich Rechenschaft über meine Motive ab.

Ich denke für meine Motive brauche ich nicht gesondert Rechenschaft ablegen, sie dürften auch so sichtbar sein. Noch vor dem Inhaltsverzeichnis hat Thielecke vier Stellungnahmen zur Kirche von Menschen eingefügt, die etwas mit dem christlichen Glauben allgemein zu tun haben. Zwei Stellungnahmen davon füge ich ein:

Es ist, als müsse ein neuer Adam kommen, um alle Dinge neu zu benennen. Die Philosophin MARGARETE SUSMAN

Wenn Sie (hochwürdige geistliche Herren!) nicht zu einer bedingungslosen Selbstkritik... für einen neuen Anfang zurückfinden können, vermag keine Werbetechnik der Welt das Ende aufzuhalten.

Wenn Gott Sie verlassen hat, was sollen wir armen Werbefachleute Ihnen raten? Die Menschen werden nicht aufhören, Gott zu suchen, aber sie werden sich andere Vermittler wählen. Können Sie, sehr verehrte geistliche Herren, nicht mehr nachfühlen, was eigentlich die kleine Gruppe von Aposteln am Pfingsttage mit einer so ungeheuren Macht ausrüstete, daß sie ausreichte, das Gesicht des Abendlandes umzuformen? Das waren keine Propagandamittel im üblichen Sinne..., sondern das war die Influenzkraft des Glaubens, des unerschütterlichen Glaubens an die Sendung Christi und an die Erlösung im Leben und im Tode, die das Wunder vollbracht hat. Weil Sie selbst nicht mehr die Influenzkraft des Glaubens in sich verspüren, geben Sie sich Mühe, die fehlende suggestive Hilfe einer starken Seele durch taktische Klugheiten zu ersetzen. Damit sinken Sie immer tiefer in den Bereich der Resonanzlosigkeit herab.

Der Markentechniker HANS DOMIZLAPF ²⁴

Die Influenzkraft des Glaubens ist es aber nicht alleine gewesen, die die christliche Religion zur Ausbreitung verhalf. Das Schwert, die Bevormundung durch weltliche Macht, die Verdammung auf ewige Zeiten in der Hölle zu schmören, bei zu geringer Bereitschaft zur Bekehrung zum christlichen Glauben, haben da wirksam mitgeholfen. Den Ausdruck dieser Wirkkraft fand die Kirche (die Kirchen) in der Symbiose oder auch der Verschmelzung weltlicher und geistlicher Macht. Die eine oder die andere Form hat lange eine tragende Rolle für die Kirche gespielt und wurde von den Kirchenmitgliedern so lange nicht als störend empfunden wie der Glaube in seiner unterschiedlichen Ausprägung die Kirchenmitglieder trug. Ab dem Zeitpunkt wo der Glaube die Erkenntnisfähigkeit des Menschen nicht mehr vernebeln kann, ist die Verbindung von Staat und Religion kontraproduktiv. Da die Politik nicht entscheiden kann sich auch in diesem Punkt nicht gesetzestreu zu handeln und der Klerus sich von alten Vorstellungen darüber, was die Kirche ist, nicht trennen kann, trennen sich im-

²⁴ Ich entdeckte, dass die Aussage auch hier benutzt wird: <https://docplayer.org/44660769-Gemeinschaft-aktuell-rendsburg-gemeinschaft-in-der-evangelischen-kirche-in-schleswig-holstein-herrenstrasse-rendsburg.html>

mer mehr Kirchenmitglieder von ihrer Kirche.

Das Geschäft zwischen Kirche und Staat, das über die Jahrhunderte getragen hat, bestand darin, dass der Staat die Kirchen (und hier besonders den Klerus) mit finanziellen Zuschüssen und Privilegien versorgt hat. Der Klerus lieferte dem Staat dafür dann folgsame Staatsbürger, die ihre Entmündigung als Wohltat empfanden und nicht zur Rebellion neigten. Die christliche Botschaft wurde dann so ausgelegt, dass sie die Staatsgeschäfte nicht störte. In diesem Punkt müssen alle Kirchen eine weitere Reformation anstreben, wenn sie noch eine Zukunft haben wollen. Das Gleiche gilt, wenn sie wieder eine Glaubwürdigkeit anstreben, die Gewissheit für die Kirchenmitglieder verbürgt, dass sie nicht nur Figuren in einem Spiel um Macht sind.

Der Klerus muss auch den Worten Jesus an seine Jünger selber glauben, die er den Gläubigen predigt: „Seht die Vögel unter dem Himmel an: sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater ernährt sie doch. Seid ihr denn nicht viel mehr als sie?“ und nicht den mahnenden Worten der Finanzverwalter der Kirche, wenn es um die Sicherheit des Gehaltes und der Rente geht. Die Kassierer melden sich immer dann, wenn innerkirchlich mal wieder Worte gegen die Alimentierung der Kirchen durch den Staat gesprochen werden. Warum sollen Gläubige ihrer Kirche treu bleiben, wenn der Klerus seine Seele an den Staat verkauft und der Staat wiederum den Bürgern Anlass gibt, an seiner Redlichkeit zu zweifeln - wenn nicht gar zu verzweifeln.

Vor über 200 Jahren hat der Staat die christlichen Kirchen enteignet. Dafür zahlt er ihnen noch heute Entschädigung - seit Gründung der Bundesrepublik etwa 15 Milliarden Euro. Das Grundgesetz verlangt, damit aufzuhören.

An mangelndem Fleiß liegt es nicht. Knapp 800 Gesetzesvorlagen haben die Bundestagsabgeordneten in der laufenden Legislaturperiode behandelt. 553 davon haben sie beschlossen. Einen wichtigen Auftrag des Grundgesetzes aber werden die Parlamentarier des 17. Bundestags links liegen gelassen haben, wenn sie am Montag und Dienstag zum wahrscheinlich letzten Mal zusammenkommen: Auch sie werden die sogenannten Staatsleistungen an die evangelische und die katholische Kirche nicht ablösen.

Es geht um etwa 460 Millionen Euro, die der Staat den beiden großen Kirchen jedes Jahr überweist. Experten schätzen, dass die Steuerzahler seit Gründung der Bundesrepublik etwa 15 Milliarden Euro gezahlt haben. ...

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/enteignung-der-kirchen-entschaedigungen-bis-in-alle-ewigkeit-12555649.html> Aktualisiert am 03.09.2013

Siehe auch: "Wie das Grundgesetz hier ignoriert wird, ist einzigartig"

Interview von Hasso Suliak 10.04.2021

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/kirche-staatsleistungen-abloesung-grundgesetz-wrv-entschaedigung-enteignung-ekd-dbk-verfassung/>

Die Aufrechterhaltung der Forderungen der Kirchen gegenüber dem Staat, auf die oben verwiesen wird, sind in ihrer Begründung mehr als fraglich. Wenn man bedenkt, dass vor über 200 Jahren das Staatsvolk und das Kirchenvolk praktisch identisch war, dann war die damalige Enteignung gar keine, denn es wurde nur das Verfügungsrecht von der Priesterkaste auf die Staatsfunktionäre übertragen. Außerdem – wenn ein Schadensanspruch tatsächlich bestehen würde – wäre nur von der Hälfte dieser Summe auszugehen, weil nur noch die Hälfte der Bevölkerung einer Kirche angehört und weil sonst die Bundesbürger, die keiner Kirche mehr angehören, leer ausgehen würden. Zudem müsste der Staat auch die Bürger mehrerer Generationen entschädigen, die einen Vermögensverlust durch staatliches Handeln (Kriege und Inflationen) erlitten haben. Die Begründung für die Forderungen weist auf eine unredliche Haltung der Kirchen hin und lässt an der Aussage in der nächsten Nachricht großen Zweifel aufkommen. Dies lässt auf die Organisationen, deren Geschäftsmodell die Ethik ist, kein gutes Licht scheinen.

Kirche und Politik

Die katholische Kirche in Deutschland ist in ihrem Selbstverständnis dem Gemeinwohl im Ganzen verpflichtet und bringt sich in diesem Sinne in den politischen Meinungsbildungsprozess ein. Grundlegende sinn- und gemeinschaftsstiftende Wertvorstellungen sollen gestärkt werden. Dieses Ansinnen trifft auch auf andere Religionsgemeinschaften zu.

Wenn ich mir den Art. 140 des Grundgesetzes und den dazugehörigen Artikel 137 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919 – Es besteht keine Staatskirche ... – ansehe und dann die Mitteilung auf der Internetseite des Bundesministeriums des Inneren ... lese, dann kann ich mir den ständigen Kuhhandel zwischen der Politik den Ministerien und dem Klerus bildlich vorstellen:

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sieht keine strikte Tren-

nung zwischen Staat und Religion vor. Die Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionsgemeinschaften werden durch das sogenannte Staatskirchenrecht (auch: Religionsverfassungsrecht) geregelt.

[https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/staat-und-religion/religionsverfassungsrecht/religionsverfassungsrecht-node.html#:~:text=Das%20Grundgesetz%20der%20Bundesrepublik%20Deutschland,\(auch%3A%20Religionsverfassungsrecht\)%20geregelt.](https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/staat-und-religion/religionsverfassungsrecht/religionsverfassungsrecht-node.html#:~:text=Das%20Grundgesetz%20der%20Bundesrepublik%20Deutschland,(auch%3A%20Religionsverfassungsrecht)%20geregelt.)

Auch hier kann man fragen, warum soll der Bürger verfassungstreu sein, wenn die Parteienherrschaft sich nicht an die Verfassung hält und die Kirchen den Bürgern nur noch einen Kompass mit großen Abweichungen zur Orientierung in der unübersichtlich gewordenen Lebenswirklichkeit anbietet.

Bevor ich auf die mangelnde Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit der Kirchen bei uns in ihrer Stellung zum Ukraine-Krieg eingehe ²⁵ möchte ich ein paar Worte zum Papst Franziskus sagen. Obwohl ich keiner Glaubensgemeinschaft angehöre, akzeptiere ich ihn in Bezug auf den Kapitalismus und den Ukraine-Krieg als meinen Papst, das heißt ich erkenne seine Meinungsführerschaft an, ohne das eigene Denken und Urteilen aufzugeben. Er könnte zwar noch klarer sein in Bezug auf den Kapitalismus, ich schreibe aber die Ursache für seine, Erklärungsschwäche dem Mangel an Unterstützung, aus der ihm untergeordneten Hierarchie zu. Vermutlich gibt es dort genügend Papstkritiker, die beten, dass er doch bald sterben möge. Diese übersehen aber, dass die Kardinäle ihrem Glaubensbruder José Mario Bergoglio gerade deshalb zum Papst gewählt haben könnten, weil sie hofften, das er Probleme ansprechen würde, die sie sich selber nicht trauten offen zu benennen. Diese Sätze sind aber Vermutungen, berichten nicht von Gewissheiten und schon lange nicht von letzten Wahrheiten.

Ich habe auf der Internetseite des Erzbistums Köln einen Beitrag gefunden, der von der Josef-Höffner-Gesellschaft vorgestellt wird. Diesen Beitrag füge ich hier ein:

Papst Franziskus und der „Kapitalismus“ ?

In seinem Apostolischen Schreiben „Evangelii Gaudium“, das zum Abschluss des Jahr des Glaubens am 24. November 2013 in Rom veröffentlicht wurde, äußerte sich Papst Franziskus eingehend zu Problemen der heutigen Wirtschaftsgesellschaft und kritisiert dabei scharf „den Kapitalismus“. Dies hat zu einer lebhaften öffentlichen Diskussion darüber geführt, wie die Kirche grundsätzlich über die „Ordnung der Wirtschaft“ denkt. Damit befasst sich die Soziallehre der Kirche seit der ersten Sozialenzyklika, die Papst Leo XIII. 1891 mit dem Titel „Rerum No-

²⁵ Ich weiß um die Problematik der Verallgemeinerung, sehe mich aber außerstande, die Ausnahmen zu benennen.

varum“ (RN) veröffentlichte bis zur vorläufig letzten Sozialenzyklika „Caritas in Veritate“ (CiV) (2009) Benedikt XVI. Besonders hat sich Papst Johannes Paul II. in der Enzyklika „Centesimus Annus“ (CA) (1991) mit dieser Frage beschäftigt. Er stellt darin die Frage: Kann man nach dem Scheitern des Kommunismus den Ländern Osteuropas und der Dritten Welt als „Modell“ etwa den „Kapitalismus“ anbieten? Seine Antwort lautet: Das kommt ganz darauf an, was man unter „Kapitalismus“ versteht:

„Wird mit ‚Kapitalismus‘ ein Wirtschaftssystem bezeichnet, das die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel sowie die freie Kreativität des Menschen im Bereich der Wirtschaft anerkennt, ist die Antwort sicher positiv“. Sie ist jedoch negativ, wenn unter „Kapitalismus“ ein „System“ verstanden wird, „in dem die wirtschaftliche Freiheit nicht in eine feste Rechtsordnung eingebunden ist, die sich in den Dienst der vollen menschlichen Freiheit stellt“. Nach wie vor bestünden „Formen der Ausgrenzung und Ausbeutung, insbesondere in der Dritten Welt, sowie Erscheinungen menschlicher Entfremdung, besonders in den Industrieländern, gegen die die Kirche mit Nachdruck ihre Stimme erhebt. Massen von Menschen leben noch immer in Situationen großen materiellen und moralischen Elends.“ Die Antwort darauf könne keine „radikale kapitalistische Ideologie“ sein, welche die „Lösung in einem blinden Glauben der freien Entfaltung der Marktkräfte überlässt“ (CA 42).

Will man die Aussagen, die Papst Franziskus in seinem Schreiben zu den Problemen der Wirtschaft macht, richtig verstehen, dann lässt sich eindeutig feststellen, dass sie sich gegen jene Form des „Kapitalismus“ richten, die auch Johannes Paul II. als „entschieden negativ“ bewertet hatte. Wie aus dem gesamten Kontext des zweiten Kapitels von „Evangelii gaudium“ (50-75) hervorgeht, hat Papst Franziskus dabei wohl vor allem jene wirtschaftliche Situation vor Augen, die er selber in Argentinien in der schwierigsten Zeit der Diktatur erlebte. Dass er damit in keiner Weise die prinzipiellen Aussagen der kirchlichen Sozialverkündigung seiner Vorgänger zur Ordnung der Wirtschaft in Frage stellt, ergibt sich aus seiner Feststellung: „Ich setze die verschiedenen Analysen voraus, welche die anderen Dokumente des universalen Lehramts dargeboten haben“ (51).

Die Soziallehre der Kirche redet nicht heute so und morgen anders. Im Blick auf ihre Kohärenz und Kontinuität stellt Benedikt XVI. in seiner Sozialenzyklika Caritas in veritate fest: „Es gibt nicht zwei Typologien von Soziallehre, eine vorkonziliare und eine nachkonziliare, die sich voneinander unterscheiden, sondern nur eine einzige kohärente und zugleich stets neue Lehre“. Es sei zwar „richtig, die Besonderheiten der einen oder anderen Enzyklika, der Lehre des einen oder des anderen Papstes hervorzuheben, man darf dabei aber niemals die Kohärenz des gesamten Corpus der Lehre aus dem Auge verlieren“ (CiV 12).

Will man die Aussagen von Papst Franziskus zum „Kapitalismus“ richtig verstehen, dann ist dies nur im Kontext der gesamten Sozialverkündigung der Kirche möglich. Welche Aussagen dabei im Einzelnen zu berücksichtigen sind, habe ich in dem Beitrag „Katholische Soziallehre und Wirtschaftsordnung. Markt und Moral in den Sozialenzykliken“ in der soeben erschienenen Internet-Ausgabe des „Lexikon Soziale Marktwirtschaft“ dargelegt, der über den nachste-

henden Link abzurufen ist : <http://www.kas.de/wf/de/71.11491>

Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Roos
Vorsitzender der Joseph-Höffner-Gesellschaft

Der Beitrag ist nicht wirklich klärend. Der Kapitalismus wird in einer gültigen Rechtsordnung praktiziert und die sozialen Verwerfungen durch seine Praktizierung sind in allen Gesellschaften, wenn auch in unterschiedlicher Stärke real feststellbar. Prof. Roos hätte in seiner Erläuterung von Papst Franziskus Haltung einbringen müssen, warum die Kirche einst ein Zinsnahmeverbot erlassen hat, wie schlaue es von Kirchenmännern umgegangen wurde und warum es dann letztlich gescheitert ist. Ich vermute, das Unbehagen von Papst Franziskus am Kapitalismus rührt hier her.

Ich habe schon überlegt, ob der Papst Franziskus etwas von Silvio Gesells Schriften gehört oder gelesen hat. Er ist nämlich – wie es heißt – in einem Vorort von Buenos Aires aufgewachsen, also in der Stadt in der Gesell 1891 seine ersten Erkenntnisse zum Störfaktor Geld in den Schriften mit dem Titel „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“ und die Fortsetzungen geschrieben und im Selbstverlag veröffentlicht hat.²⁶ Es kann aber Zufall sein, dass Buenos Aires für beide Menschen von großer Bedeutung ist oder war. Gesell sagte von sich selber, er hätte nichts erfunden, sondern den Fehler im Geldsystem und seine Behebung gefunden. Und was er gefunden hätte, gehöre allen Menschen. Folglich kann auch jeder Mensch, der ein Gespür für die Zusammenhänge in der Ökonomie hat, die Fehler im System auch unabhängig von Gesell und anderen Forschern finden.

Da die meisten Menschen bei uns Schwierigkeiten mit der Unterscheidung des Kapitalismus, den man auch als Rentenökonomie²⁷ bezeichnen kann, und Marktwirtschaft haben, hier mal wieder eine kurze Erläuterung. Die Marktwirtschaft ist dezentrales System des Leistungs- und Güterausstausches, bei der die Hauptsteuerungsmittel der freie Vertrag, die freie Preisbildung und der unbehinderte Wettbewerb ist. Adam Smith sprach in diesem Zusammenhang von der unsichtbaren Hand. Darüber ist schon viel zu Unrecht gelästert worden. Smith stand der Begriff Kybernetik noch nicht zur Verfügung. Der Kapitalismus ist die Möglichkeit ohne Arbeit, aufgrund von Fehlern im System Erträge zu erzielen.

²⁶ <https://www.silvio-gesell.de/biografisches/160-geburtstag.html>
https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

²⁷ Hier sind nicht die Sozialrenten gemeint, sondern Renten = Kapitalerträge im ursprünglichen Sinn.

Zu beachten ist, dass hier davon ausgegangen wird, dass nur der Mensch im ökonomischen Sinn Leistungen erbringen kann. Mir liegt eine Arbeit aus dem Jahr 1934 von Dr. Otto Conrad vor, der damals Privatdozent für politische Ökonomie an der Technischen Hochschule in Wien war. Der Titel lautet „Die Todsünde der Nationalökonomie“. Das klingt nach einer religiösen Wertung von ökonomischen Sachverhalten. Er argumentiert aber logisch bei seinem Nachweis, dass die Lehre von den drei Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital nicht haltbar ist.

Es ist ein verständliches Bestreben, dass Kirchen, Parteien und Interessenverbände das Bedürfnis haben, in Bezug auf ihre Forderungen und Ziele mit einer Zunge zu sprechen. Und darüber hinaus besteht wohl das Bedürfnis von Kirchen, dass die Botschaften, die sie formulieren, so dargestellt werden, als gelten sie von Jesu Geburt bis in alle Ewigkeit. Das kann aber nur zu dem Preis der Unterdrückung neuer Einsichten und Erkenntnisse gelingen. Solche Versuche nehmen dem Papsttum, wie auch den anderen Kirchen das Lebendige und machen sie zu Denkmäler, die mit lebenden Menschen zum besseren Verständnis ihres ursprünglichen Sinnes gefüllt werden. Das kann man auch mit den Pyramiden beiderseits des Atlantiks machen, das bildet noch, aber eine Hilfe für die Lebensbewältigung der Menschen Gegenwart sind sie dann nicht mehr. Ich argumentiere hier nicht gegen Glaubensgemeinschaften allgemein, sondern sage nur, ein Glaube der den Mensch Kraft und Lebensmut verleihen soll, muss glaubhaft und ehrlich sein.

Ich lasse diesen Gedankenfaden liegen und bringe erst eine Erklärung des Kapitalismus aus dem Jahr 1900, dabei übertrage ich den Text aus einer andern Textsammlung von mir, weil mir ein Link darauf, nicht für alle Leser praktikabel erscheint.

00000

Über die Schwierigkeiten sich freiwirtschaftsintern und -extern
zu verständigen von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Anhang 4 / Text 62.4 / August 2008

**Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute
chrematistische Volkswirtschaft = Kapitalismus**

Verlag G.A. Gloeckner, Leipzig 1900

angefertigt von Hugo Kierdorf, Köln im Nov. 1983

(Druckvorlage angefertigt durch TA im Okt. 1989)

Was die Kapitalanhäufung im geschäftlichen Sinn betrifft, so ist zu beachten, daß man

unter Kapital oft nur jenen Wertbesitz versteht, welcher sich für den Besitzer, aus Wert in Mehrwert, aus je 100 Thaler, Mark, Gulden ... in mehr als je 100 Thaler, Mark, Gulden umsetzt oder doch als 100 sich forterhaltend, dem Besitzer, auch wenn er nicht arbeitet, sondern, wie man sagt, nur seinen Besitz, sein Kapital, arbeiten läßt, einen Ertrag abwirft, den er ganz verzehren oder teilweise wieder in Kapital, d. h. In Geldbesitz, der sich in mehr Geld umsetzt, verwandeln kann. Eine Volkswirtschaft, in welcher statt des Strebens, die Wohlfahrt fortzuerhalten und zu heben, das Streben, aus Geld mehr Geld, aus je 100 Thaler mehr als je 100 Thaler zu machen, für das Produzieren und Arbeiten entscheidend wird, bezeichnet man als die kapitalistische oder - nach des griechischen Philosophen Aristoteles Ausdruck – als chrematistische Volkswirtschaft.

Mit der Zunahme des Kapitals geht hier oft eine Vereinigung des Besitzes in den Händen einer kleinen Minderheit Hand in Hand, und nicht selten entsteht dann der Schein wachsenden Kapitalreichtums, während vielleicht nur eine kleine Minderheit den Besitz weiter Volkskreise an sich reißt, und die Nation in drückende Abhängigkeit, ja in Abhängigkeit von ausländischen Besitzern und Gläubigern gerät. Solche traurige Erscheinungen bringen dann in manchen Denker - und weiten Volkskreisen die Ansicht hervor, daß alle Kapitalanhäufung auf Ausbeutung der arbeitenden Klassen und Enteignung der kleineren Besitzer, auf Herabdrückung der Bauern und kleinen Gewerbsleute in die Klasse des Proletariats oder der besitzlosen arbeitenden Volksmassen hinauslaufe. Diese Ansicht beruht - wie wir sehen werden – bald mehr bald minder auf Irrtum. (Seite 122 /123) Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre Umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohl in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als Verfahren betrachten, aus je 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht auflegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen. (Seite 196)

Das geordnete Geldwesen und der Geldumlauf eines Staates ist von Schriftstellern treffend mit der Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper verglichen worden, denn je geregelter das Geldwesen eines Wirtschaftskörpers ist, desto erfolgreicher wird sich das gesamte Wirtschaftsleben entwickeln und desto weniger sind Störungen in diesem Organismus zu befürchten.

Der Schwerpunkt eines geregelten Geldwesens ist aber darin zu suchen, daß die geldwerbende Wirtschaft dem anlagebedürftigen Kapital leicht und rasch begegnet und sich somit der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Punkten regelmäßig und mühelos vollzieht. Jede Störung in diesem Ausgleichsbedürfnis zwischen Geldsucher und Geldgeber wird auch eine Störung im Verkehr hervorrufen, indem einerseits die geldbedürftige Produktion durch den Mangel an Barmitteln zur Einschränkung gezwungen und damit die Produktionskraft des Landes vermindert wird, andererseits aber

das anlagesuchende Kapital dorthin und damit häufig ins Ausland abfließt, wo es rascheres und lohnenderes Unterkommen findet. Es wird daher als die oberste Aufgabe der Organisation des Geldumlaufes zu betrachten sein, daß in einer dem Bedürfnis entsprechenden Zahl einerseits Anstalten getroffen werden, welche eine leichte und regelmäßige Begegnung zwischen Angebot und Nachfrage nicht nur der Tauschmittel - also des Geldes - sondern überhaupt aller verkehrsfähigen Güter (Waren) vermitteln und dadurch den gesamten Verkehr regeln, andererseits aber Anstalten ins Leben gerufen werden, welche als vermittelndes Glied in der Weise auftreten, daß sie sowohl das Zahlungsgeschäft besorgen, d. h. die Zahlungsausgleichung erleichtern und vereinfachen, als auch anlagesuchendes Kapital jederzeit aufnehmen und es der geldbedürftigen Produktion (Handel, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft) leicht und mit möglichst wenig Umständlichkeiten zugehen lassen. Einrichtungen der ersten Art sind die Börsen, jene der letzteren Art die Banken und Kreditinstitute.

(Seite 411)

Ich nehme meinen Gedankenfaden, den ich vor der Wiedergabe der Kapitalismus-Definition aus Louis Rothschilds Taschenbuch hingelegt habe, wieder auf, um mich damit zum Ende meiner Darlegungen zu hangeln. Er hat die Funktion, wie der Ariadnefaden in der griechischen Mythologie, der dort einem Menschen hilft, lebend aus einem Labyrinth herauszufinden. Bei den Themen in denen ich mir hier bewege, geht es um ein gedankliches Labyrinth, wenn ich da nicht das Ende finde, kostet es nicht mein Leben, sondern erzeugt nur das Gefühl, versagt zu haben. Aber wenn die Völkergemeinschaft, strukturiert in Wissenschaft, Religion und Ökonomie, in der jetzigen Situation des Ukraine-Krieges – der schnell eine Weltkriegsdimension annehmen kann – nicht aus dem Gedanken-Labyrinth herausfindet und nur aufgrund von Tageseinfällen reagiert, dann bricht wieder eine Zeit an, wo es schon Mühe macht, die Millionen sterbenden Menschen zu zählen. Dass ich mir das als Protekollierer meiner Überlegungen nicht wünschen kann, dass eine solche Situation eintritt, sollte klar sein. Aber anzunehmen, dass das alles nur unnötige Spekulationen sind, ist verantwortungslos.

Als ich heute morgen überlegte, ob ich mit Hinweisen auf Johannes Kleinhapfl, der in der Katholischen Kirche ein Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning war, weiter machen soll, kam mir der Gedanke nochmals bei Gesell nachzuschauen, was der zu Nell-Breuning schreibt. Es finden sich in den Gesammelten Werken von Gesell zwei Textstellen, wo er vorkommt, und zwar im Band 15 und 17. Im Band 15 – mit der Seite 351 beginnend – ist ein Beitrag mit der Überschrift zu lesen:

Die Verteidigung des Kapitalzinses durch den Pater von Nell-Breuning S. J..
(Vorbemerkung des Verfassers < = S.G > : Für uns sind Weltanschauungen Priva-

tangelegenheiten, die wir weder propagieren noch bekämpfen. Das sagt aber nicht, daß wir Weltanschauungen, die auf unserem Gebiet übergreifen und soweit sie dies tun, unbehelligt lassen werden. ...)

Einerseits ist Gesells Aussage richtig, denken wir doch nur mal an die Astronomie, was da passiert ist, wenn Erkenntnisse nach kirchlicher Dogmatik beurteilt werden:

Mit seinen Werken über die Bewegungen der Himmelskörper prägte Galileo Galilei ein neues Weltbild - und verärgerte den Papst. Die Kirche wollte Galilei notfalls in Ketten vorführen. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/prozesse-gegen-galileo-galilei-als-die-kirche-den-menschen-das-denken-verbieten-wollte-1.1888721>

Andererseits passt es nicht zu Gesell, er könnte annehmen, man könnte die Welt anschauen, ohne zu registrieren wie die Menschen wirtschaften. Das heißt, es ist möglich und nötig das Wirken und die Ursachen im Bereich der Ökonomie wertfrei zu erforschen und zu beschreiben, aber man kann bei der Bewertung und Vertretung einer Ökonomie die Weltanschauungen (einschließlich der Religionen) nicht heraushalten. Außerdem sind Gläubige auch Bürger, die informiert werden sollten, wenn es Sachverhalte gibt, die ihr Leben berühren. Umgekehrt ist es auch wichtig, dass die Nichtgläubigen im religiösen Sinn, auch erfahren, mit welchen Vorstellungen der Klerus die Gläubigen auf das reale Leben bezogen, füttert.

Ich habe hier neben der Tastatur das Buch mit dem Titel „Weltfrieden durch Religionsfrieden / Antworten aus den Weltreligionen“, herausgegeben von Hans Küng und Karl-Josef Kuschel liegen. Ich überlege, ob ich das Buch noch in meinem Text erwähnen soll und bin mir nicht schlüssig. Ich dachte, es wäre ja schon viel gewonnen, wenn die Religionen nicht mehr als moralische Stütze in kriegerischen Auseinandersetzungen benutzt würden. Und den Religionsfrieden haben wir, wenn alle Gläubigen satt werden, und nicht fürchten müssten aus ihrer Wohnstätte vertrieben zu werden und in die Lage versetzt werden, für sich und die Ihrigen selbstbewusst und zufrieden sorgen zu können. Das ist aber wieder ein Hinweis auf die Lösung ökonomischer Probleme als Grundlage eines Friedens, der weder unsicher in der Erschöpfung noch in der Angst gegründet ist. Ich schlage das Buch willkürlich auf und lese:

4. Die Religion und die moralischen Werte

Es gibt eine Sphäre des menschlichen Willens, die das ihr gesteckte Ideal absolut nicht erreicht, ganz gleich welche Religion ihr zugrunde liegt. Das gesamte Spektrum der religiösen Gebote kann ausnahmslos im Kontext des moralischen Versagens analysiert werden. Trotz aller von der Religion erlassenen Moralkodizes, Ka-

nones, Hirtenbriefe und Erlasse sind die Menschen nach wie vor nicht in der Lage, der Versuchung schlechter Handlungen zu widerstehen. Dies ist allen Religionen bekannt. Sie sollten deshalb nicht zögern, eine große Anstrengung zu unternehmen, um diese Schatten so weit wie möglich zu vertreiben, die alles überdecken und bedrohen sowie des Menschen guten Willen ersticken.

Zwischen dem Problem der Wahrheit und dem moralischen Verhalten scheint eine totale Diskrepanz zu bestehen. Die Fähigkeit des Menschen, in seinem Leben seine eigene Wahrheitsauffassung zu vergegenwärtigen, ist keineswegs lobenswert. Hierbei denken wir nicht in erster Linie an den religiösen Fanatismus und auch nicht an diejenigen, die sich im Namen der Religion die Freiheit nehmen, entsprechend ihren Wunschvorstellungen zu handeln, sondern vielmehr an den Mann von der Straße, der trotz besten Willens der Verpflichtung zur Erfüllung seiner Versprechen nicht nachkommt. ...

Ich schaue nach, wer das geschrieben hat. Im Abschnitt oder Kapitel V. steht: Bithika Mukerji. Und der Titel lautet: „Der Weltfrieden und die Einheit der Religionen aus der Sicht des Hinduismus“ Ich überlege, ob das Versagen der Moral darin begründet ist, dass ihre Wirkungsmacht überschätzt wird und sie zu wenig auf die Natur des Menschen Rücksicht nimmt.

Mir ist dabei eine Passage aus dem Buch „Pestalozzi der Rebell“ von Bruno P. Schliephacke eingefallen, wo er über Pestalozzis Haltung zum Menschen berichtet:

Denn „der Mensch ist gut und will das Gute; er will nur dabei auch wohlsein, wenn er es tut; und wenn er böse ist, so hat man ihm sicher den Weg verrammelt, auf dem er gut sein wollte. O, es ist ein schreckliches Ding um dieses Wegverrammeln! Und es ist so allgemein, und der Mensch ist daher auch so selten gut! Aber dennoch glaube ich ewig und allgemein an das Menschenherz und gehe in diesem Glauben meine bodenlose Straße, als wenn sie ein römisch gepflasterter Weg wäre.“ (Gertrud, 4. Brief).

Und bei Gesell heißt es in der dritten Auflage seines Hauptwerkes, DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG im ersten Absatz:

Großes Hoffen gibt große Ruh!

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat. ...

Hier wird deutlich, die Menschen benötigen im Zusammenleben eine Ordnung, diese soll aber nicht anhand einer noch so ideal formulierten Moral gestaltet werden, sondern nach der Natur des Menschen. Eine Moral, die nur dazu dient, dass der Mensch sich schuldig fühlt und so zur Beherrschung der Gläubigen durch die Priesterkaste führt, ist nicht nur verzichtbar, sondern hat die Wirkung den Charakter der Menschen negativ zu verformen.

Ich habe weiter oben die Stellungnahme von Prof. Roos zur Einstellung von Papst Franziskus zur Wirtschaft eingefügt. Ich will das nicht groß bewerten, was er dort sagt, weil ich ergänzende Leseangebot jetzt nicht nutzen kann. Nur seinen Satz im letzten Absatz:

Will man die Aussagen von Papst Franziskus zum „Kapitalismus“ richtig verstehen, dann ist dies nur im Kontext der gesamten Sozialverkündigung der Kirche möglich.

Den Satz von Roos verstehe ich so, dass hier behauptet wird, dass die Soziallehre der katholischen Kirche ohne Widersprüche ist. Das halte ich für sehr unwahrscheinlich. Und wenn dieser Eindruck bei den Lesern beim Lesen von Dokumenten der Soziallehre entsteht, dann ist er mit einer sehr unchristlichen Methode, nämlich der Zensur, gegen Abweichler unter den Autoren durchgesetzt worden. Glaubenssätze kann man so für eine Weile fixieren, wissenschaftlich sind die Verlautbarungen dann aber mehr als fragwürdig und was noch schlimmer ist: diese Kirche, deren Geistliche sich als Gottes Diener verstehen, erlaubten sich, die von ihrem Gott verliehene Gabe der Erkenntnisfähigkeit wegzusperren. Ich schreibe das ja nicht, um die Berufschristen zu ärgern, sondern weil die katholische Kirche ja immer noch ein politischer Machtfaktor ist, der zum Schaden oder Nutzen der Gläubigen eingesetzt werden kann. Die Bezeichnung Berufschristen in dem Satz wertet eigentlich ab, was ich mit ihm aussagen will. Ich musste nur gerade an einen katholischen Österreicher denken²⁸, der im vorigen Jahr gestorben ist und jahrelang unter der ökonomischen Blindheit seiner Kirche gelitten hat. Und da musste ich aus Mitgefühl für diesen Mann, mit dem ich über eine E-Mail-Liste viele Jahre in Verbindung stand, meinem Groll darüber einen Ausdruck geben. Dieser Österreicher hat mir auch die Bücher von Johann Kleinhappl vermittelt, die ich noch benennen werde.

Johannes Kleinhappl war der Gegenspieler von Oswald von Nell-Breuning, von dem ich den Sammelband „Den Kapitalismus umbiegen“ im Bestand habe. Beide Autoren sind Nachbarn – neben Adam Smith und Karl Marx u. a. – in meinem Bücherregal. Dass man von Kleinhappl heute überhaupt noch etwas lesen kann, hängt damit zusammen, dass ein Ernst van

28 Er hat in Österreich und in Afrika zwei Hilfswerke aufgebaut.

Loen den Nachlass von Johannes Kleinhappel gesichtet, geordnet und Handschriften übertragen hat und dann eingeleitet von ihm veröffentlicht hat. Ich benenne hier nur die Haupttitel: ***Christliche Wirtschaftsethik / Soziales Christentum / Christentum und Kapitalismus / Kirchliche Kapitalismuskritik*** und ***Unus contra omnes***.

Aus Christliche Wirtschaftsethik / Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß von Johannes Kleinhappel / Hrsg. Ernst van Loen

Am 2. September 1979 ist Johannes Kleinhappel im hohen Alter von 86 Jahren in Wien gestorben und wurde am 11. September auf dem Wiener Zentralfriedhof in der dortigen Priestergedächtnisstätte unter Teilnahme zahlreicher Freunde bestattet. In seiner Gedächtnisansprache bekannte der damalige Custos des Wiener St. Stephan-Domes, daß oft erst beim Ableben eines Menschen dessen Persönlichkeit und Charakter, Lebensleistung und Rangwert für die Gegenwart und Nachwelt bewußt werde. Auch dieser Anlaß mache offenbar, was man dem Verstorbenen zu seinen Lebzeiten an Achtung und Anerkennung seiner wahren Bedeutung und seines weiter fortlebenden Wirkens schuldig geblieben sei.

Mit ihm wurde der letzte in der großen Reihe der christlichen Kapitalismuskritiker seit Karl von Vogelsang (1818-1890) und Wilhelm Hohoff (1848-1923) zum Schweigen gebracht, während die seit der Jahrhundertwende in der Kirche zum Durchbruch gelangte sog. „Einheitslinie“ der kapitalistischen Apologeten zu quasi-offiziellen Interpreten der kirchlichen Kapitalismuskritik aufstiegen.

Die späte Herausgabe des Lebenswerkes eines solchen Mannes bedarf keiner weiteren Begründung. Dieses konnte nur unter den schwierigsten Umständen und Hindernissen zustandekommen, da er zu Lebzeiten seine wissenschaftliche Berufung als Priestergelehrter wie als Sozial- und Nationalökonom wegen seiner kritischen Auffassung zur enzyklialen Sanktionierung der kapitalistischen Wirtschaftsweise im Jahre 1947 niederlegen mußte.

In dem uns hinterlassenen Nachlaß fanden wir mehr handgeschriebene Notizen und fragmentarische Analysen als gedruckte Publikationen vor, die daher erst inhaltlich zu erstellen und danach systematisch zu ordnen und zusammenzufassen waren. Für den Leser verweisen wir auf die oben angeführten Daten seines Curriculum vitae und die im Anhang gebrachten Kritiken seiner Schrift aus dem Jahre 1962, welche die schwerwiegenden Folgen seiner beruflichen Vernichtung für die moraltheologische Beurteilung des modernen Kapitalismus in Österreich und darüber hinaus im deutschsprachigen Raum bezeugen.

Mehr als ein Jahrzehnt nach seinem Tode legen wir hiermit in einem ersten Bande sein über Nacht abgebrochenes, nach seinem Tode von uns in langen Jahren zu-

sammengetragenes Lebenswerk vor, das wir dem Urteil der Öffentlichkeit anvertrauen, eingedenk der Worte des Propheten Jesaias: „Binde zu das Zeugnis, versiegle das Gesetz meinen Jüngern für kommende Zeiten.“ (Jes 8,7)

Aus Kirchliche Kapitalismuskritik ... 1993

5. Analyse von „Quadragesimo Anno“ Pius' XI. Vom 15. 5. 1931

Das vernünftige Sittengesetz als Grundlage der Kritik

Das Rundschreiben „Quadragesimo anno“ wurde im wesentlichen von P. Oswald von Nell-Breuning SJ verfaßt, wie er selber zugibt. Es ist sicher von Wichtigkeit, zu wissen, was das vernünftige Sittengesetz zu seinen in der Enzyklika gemachten Ausführungen zum Verhältnis von Kapital und Arbeit zu sagen hat. Es sollen daher im folgenden die entscheidenden Aussagen dazu der Reihe nach durchgesehen und behandelt werden.

Im Widerspruch zu der von ihnen selbst vorgebrachten, jedoch in ihren Ursachen ungenügend geklärten Klagen über gewisse Erscheinungen des heutigen Gesellschaftslebens gehen „Rerum novarum“ und „Quadragesimo anno“ trotzdem von der unbedingten Rechtfertigung des Kapitalismus aus. Insofern schließt bereits der schwerirrigte Ausgangspunkt dieser beiden Rundschreiben den Willen zu einer objektiven Klärung der wahren und wirklichen Beziehungen zwischen Arbeit und Eigentum aus. ... (Seite 167)

Weitere Informationen zu Kleinhappl in meinem nachfolgend genant Text ab Seite 71:

Das Geld, das „Giralgeld“, das Kapital, der Zins und die Produktionsfaktoren haben schon viele kluge Köpfe verwirrt

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/38.0%20Vom%20Gelde%20und%20vom%20Kapital%204.06.odt.pdf>

Titel der Bücher über und von Johannes Kleinhappl:

Johannes Kleinhappl / Christliche Wirtschaftsethik, Analysen, Essays und Fragmente aus dem Nachlaß Herausgegeben und eingeleitet von Ernst van Loen

Weiter:

Christentum und Kapitalismus / Kirchliche Kapitalismuskritik

Soziales Christentum / Unus contra omnes

In meinem oben angeführten Text zitiere ich auch aus:

Johannes Heinrichs: SPRUNG AUS DEM TEUFELSKREIS 99

dem Vorwort und den Abschnitten 9. LICHT IM FINSTERN DER "KATHOLISCHEN SOZIALLEHRE" / Zum Lebenswerk eines tragisch Unterdrückten: Johannes Kleinhappl und 10. LEHREN AUS DEM FALL KLEINHAPPL

Johannes Heinrichs (Autor der beiden zuletzt aufgeführten Beiträge) war auch Priester-Gelehrter, ob er freiwillig die Kirche verlassen hat oder ob er „gegangen wurde“ steht vielleicht auf dieser Internetseite: <https://www.johannesheinrichs.de/>

00000

In einem Interview von Michael B. Berger und Simon Benne (in der HAZ 16. April 2022)

sagte der

Bischof Heiner Wilmer vom Bistum Hildesheim:

In der katholischen Lehre hat jeder Mensch das Recht zur Notwehr und die Verpflichtung zur Verteidigung von Menschen, für die er Verantwortung trägt. Wenn nicht anders möglich, kann Gewalt dabei das letzte Mittel sein, allerdings darf sie nur nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ausgeübt werden. Manchmal ist es unausweichlich, zwischen zwei Übeln das geringere wählen zu müssen. Dass die Ukrainer ihr Land verteidigen, ist völlig legitim.

Das ist eine der klugen, aber nicht wahrhaftigen Aussagen von Theologen, die ich mehrfach gelesen habe, die die Verbindung der Interessen der kirchlichen Hierarchie, mit denen des Staates schützt, aber die Gläubigen im Regen stehen lässt. Mit dieser Aussage ist der Zwang zum Militärdienst gerechtfertigt, eben so die Militärseelsorge. Aber handelt es sich noch um Notwehr, wenn derjenige, der sich wehren soll oder darf gar nicht unmittelbar bedroht wird oder wenn der betreffende Mensch gar nicht weiß, wessen Interessen er verteidigen soll? Bei einer Verteidigung in einem Militärverband kann sich auch keiner sicher sein, ob er noch im Rahmen des Rechtes des Heimatlandes oder eines übergeordneten Rechtes handelt. Außerdem muss er oder sie dann in einem Umfeld agieren, wo die zivilen Normen der Mitmenschlichkeit ihre Kraft verlieren. Der Verteidiger wird für ein Fehlverhalten im Dienst mit der Waffe verantwortlich gemacht - obwohl dieses vom Gesetzgeber, der Regierung und dem Militär mit Befehlsgewalt von vornherein im Krieg als unvermeidbar einkalkulieren werden muss. Ob der Verteidiger hinter her ein Held oder Verbrecher ist, hängt auch da von ab, ob er auf der Seite der Sieger oder Verlierer gekämpft hat. Da heute bei kriegerischen Auseinandersetzungen, die kriegsführenden Parteien nur noch selten einen persönlichen Kontakt miteinander haben, hat jeder einzelne Verteidiger auch keine Gewissheit darüber, ob er überhaupt einen Angreifer oder einen nicht beteiligten Menschen ins Jenseits befördert. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit kann im zivilen Leben bei der Beurteilung von Verteidigungstaten eine Rolle spielen, im Kriegsfall hat der Verteidiger kein Maßstab dafür. Schon die Frage danach beim Vorgesetzten kann dem Verteidiger als Kriegsdienstverweigerung

ausgelegt werden. Im Zweiten Weltkrieg konnte es auf deutscher Seite dafür einen Freifahrtsschein in ein KZ geben.

Nun gibt es ja auch das fünfte Gebot: „Du sollst nicht töten!“ Ich habe mal nachgeschaut, wie dieses Gebot in der katholischen Kirche verstanden wird: Ich habe unter folgendem Link *„Ein Kommentar von Elisabeth Steinbacher, [Theologische Kurse, Universität Salzburg, Fachbereich Praktische Theologie, Moraltheologie und Spirituelle Theologie.](#)“* gefunden: <https://www.erzdioezese-wien.at/10-gebote/5-gebot>

Fünftes Gebot. Du wirst nicht töten. Gibt es Ausnahmen?

Christentum: Jede Tötung eines Unschuldigen verboten

Die christliche Tradition hat unter Berufung auf die bereits im Alten Testament angedeutete Entwicklung eine Einsicht formuliert, die sich in vielen lehramtlichen Schreiben der katholischen Kirche wiederfindet: Jede direkte Tötung eines Unschuldigen ist verboten. Somit kennt auch die Tradition der Kirche Ausnahmen des Tötungsverbots. Zu nennen ist hier *erstens* die Lehre vom sog. "gerechten Krieg", d. h. einem Krieg, der in bestimmten Ausnahmefällen legitim ist, was auch heute noch angesichts der Situation von Völkermord diskutiert wird; *zweitens* bei Notwehr, wenn also das eigene Leben bedroht ist; *drittens* im Rahmen der Todesstrafe.

Frage der Todesstrafe

Nach vielen Diskussionen wird gerade die dritte Ausnahme in lehramtlichen Schreiben heute nicht mehr als adäquates Strafmaß bewertet, denn es hat sich herausgestellt, dass die Todesstrafe durchaus nicht die abschreckende Wirkung hat, die man sich erhoffte und dass Justizirrtümer häufig Unschuldige treffen.

Auch die traditionelle Lehre vom sog. gerechten Krieg wird heute als Lehre vom gerechten Frieden anders und differenziert bewertet: Ob ein Krieg als legitim gilt, hängt von vielen Kriterien ab, z. B. ob es sich um einen Verteidigungskrieg handelt, ob Aussicht auf Erfolg besteht und ob Krieg wirklich die einzige und letzte Lösung ist.

Man merkt der Autorin und mit ihr der katholischen Kirche an, dass sie sich um eine klare Aussage des fünften Gebotes bemüht. Aber schon im Zustandes des Nicht-Krieges einer Gesellschaft, in der die von der Ökonomie verursachten Konflikte großzügig unter dem Begriff Friedenszeit versteckt werden, ist es schwer zu bestimmen, wann der Mensch unschuldig oder schuldig ist. Im Kriegsfall gibt es aber immer nur Schuldige, jeweils auf der Seite, die bekämpft wird. Das fünfte Gebot ist also keine zuverlässige Kompassnadel für das Handeln

des einzelnen Menschen und der Gruppen, die er mit anderen im kleinen wie im großen bilden kann. Außerdem: Es gibt keinen gerechten Krieg. Jede Kriegspartei wird sagen, dass sein Einsatz gerechtfertigt ist. Außerdem sollten die Theologen den Gläubigen sagen, dass die Bibel keinen Zwang zur Verteidigung rechtfertigt. Aber das können sie nicht, weil sie ihre Seele für Bares an den Staat verpfändet haben.

Die Kriegsmaschinerie ist heute so weit entwickelt, dass sie für niemanden mehr eine Sicherheit bietet. Eine weitere Aufrüstung bedeutet nur, dass das Gefühl der Bedrohung und die reale Bedrohung nur noch gesteigert werden. Das geht dann so weit, bis die Bürger Sklaven der Rüstung sind und alles, was das Leben lebenswert macht, nicht mehr vorhanden oder verfügbar ist. Und trotzdem müssen alle bangen, dass da irgend eine Schlafmütze oder ein „Idiot“ auf den falschen Knopf drückt und nichts kann mehr gestoppt werden.

Es sollte aber beachtet werden, dass ich hier keinem Pazifismus, der alles passiv erduldet, das Wort rede. Der produziert nur eine Unterwerfung, die irgendwann nach Rache und Vergeltung schreit.

Ich werbe für einen aktiven Pazifismus, das heißt:

1. Es werden die Ursachen der Kriege analysiert, die mit Erfolg behoben wurden und somit nicht ein Grund für einen neuen Krieg sein können. Natürlich müssen dann auch noch bestehenden Konfliktherde lokalisiert und gelöscht werden. Weil das ein langer Arbeitsprozess – erst in der Forschung und Lehre, dann in der Politik ist – muss nicht der Neuordnungsverlust als Bremse im Vordergrund stehen, sondern der ehrliche Nutzen, den die Völker davon haben, im Vordergrund stehen. Verfahren, die nach BrettonWoods riechen, wo einzelne Staaten die anderen majorisieren können, sollten ausgeschlossen sein.
2. Es werden die Spannungen in und zwischen den Völkern, die in den sogenannten Friedenszeiten auftreten, registriert katalogisiert und Lösungsansätze beschrieben werden und zu einer Lösung gebracht werden.
3. Dann werden die Rechtssysteme durchsucht, ob sie unnötig die Eigenentwicklung von Gruppen oder Ländern einengen oder gar verhindern. Neben der Beachtung des Freiheitsgebotes bezweckt diese Maßnahme, dass die Menschen ihre von Natur aus vorhandene Aggression positiv (also gestalterisch) ausleben können, so dass es weni-

ger Grund gibt, die nicht aufhebbaren Aggressionen negativ (zerstörerisch) abzuleiten.

4. Es werden nichtmilitärische Verteidigungsstrategien entwickelt und eingeübt, die ein Überrollen durch einen Angreifer zulassen, wenn sein Angriff nicht mit rechtlichen und humanen Mitteln abgewiesen werden kann. Die Verteidigungsstrategie setzt damit an, dass die Bürger schon vor einer Besetzung durch einen Aggressor, eine Haltung sich aneignen, die bei einer Besetzung ihres Landes keine Haltungen der Besiegten und der Unterlegenen aufkommen lässt. Den Besatzern muss man mit Respekt und Höflichkeit begegnen, sie aber gleichzeitig darauf hingewiesen, dass sie widerrechtlich in ihr Land eingedrungen sind. Das wird nicht immer ohne Schaden für jeden Bürger, der sich passiv wehrt, gut ausgehen. Der Schaden wird aber im Vergleich mit dem, der durch eine militärische Verteidigung verursacht wird, minimal sein. Da nach beginnen die Bürger des besetzten Landes die Eindringlinge in ihre eigene Kultur und das eigene Wertesystem zu integrieren oder zu erreichen, dass die Besatzer beschämt von dannen ziehen. Es ist einfach leichter ein aufmüpfiges Volk zu unterdrücken, als ein Volk, das den Besatzern von morgens bis abends zuvorkommend und freundlich begegnet.

Dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch keine entsprechende Strategie entwickelt und eingeübt wurde, deutet auf ein Versagen der Verteidigungspolitik in den westlichen Ländern hin, die vorwiegend die Strategie der Verteidigung unter dem Gesichtspunkt der Beschäftigung und der Renditeerwartung betrieben hat.

Leicht ist dieser Weg nicht. Der Erfolg hängt hier auch davon ab, ob die Privilegien die Personen, Kapitalgesellschaften, einzelne Länder und die Rentenökonomie abgeschafft oder überwunden werden können. Denn der Kapitalismus benötigt für sein Überleben die Rüstung und die Zerstörung von realen Gütern, die der Krieg erzeugt. Der Lohn für die Anstrengungen wäre eine Marktwirtschaft, die Freiheit und Sicherheit bei Berücksichtigung ökologischer Belange bietet. Das Verhältnis zwischen Markt und Krieg ist umgekehrt, wie beim Kapitalismus und Krieg. Die Marktwirtschaft ermöglicht den Frieden, der Kapitalismus nicht.

(Die HAZ) Leider gibt es auch Kirchenmänner wie den russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I., der Putin unterstützt und von „teuflichen Lügen“ des Westens schwadroniert. Ist das noch christlich? Versagen die Kirchen als Friedensstifterinnen?

(Bischof Heiner Wilmer) Das entspricht nicht dem Geist Jesu. Die Rechtfertigung dieses völkerrechtswidrigen Angriffskrieges ist eine Schande. Es ist bemerkenswert, dass bereits sehr viele Geistliche seiner eigenen Kirche in der orthodoxen Liturgie nicht mehr, wie eigentlich vorgesehen, für Patriarch Kyrill beten. Das zeigt, dass auch viele russisch-orthodoxe Christen damit nicht einverstanden sind.

Ich kann wohl den Unterschied der Worte, die im Bezug auf den Ukraine-Krieg im Rahmen der russisch-orthodoxen Kirche und in den Westkirchen gesprochen werden, erkennen. Im Wesenskern sind sie aber auf beiden Seiten systemangepasst. Wir dürfen doch nicht übersehen, dass die Ostkirche jahrzehntelang unter dem Sowjetsystem gelitten hat. Auch nach dem politischem Frühling, als Putin die Macht übergeben wurde, durfte sie sich weiter entfalten. Dass Putin jetzt als Gegenleistung eine religiös-politische Unterstützung bei seinem Überfall auf die Ukraine von der Kirche dort erwartet, muss den Geistlichen der Ostkirche als Selbstverständlich erscheinen. Es besteht bei ihnen doch keine Sehnsucht wieder in Verhältnissen zu leben, wie unter Stalin. Ich sage nicht, dass das gut ist, aber man muss das mit der Haltung der Westkirchen vergleichen.

Obwohl Tausende von Priestern getötet oder verhaftet wurden, gelang es der russischen Orthodoxie immer noch Kompromisse mit den harten sowjetischen Führern einzugehen und die brutalen bolschewistischen Jahre zu überleben.

<https://de.rbth.com/geschichte/81125-russische-orthodoxe-kirche-sowjetunion>

So wie die Bischöfe der Westkirchen – so weit ich sie medienvermittelt wahrnehmen konnte, alle respektable Persönlichkeit sind – erzählen sie doch auch nur, was politisch von ihnen erwartet wird und was den Kirchen als Organisationen nutzt. Und sie können ihre Rolle leichter spielen, weil ihnen die Situation erlaubt, ihr Mitleid – das kann durchaus echt sein – mit den Flüchtlingen aus der Ukraine und den anderen Kriegsgeschädigten zu bekunden. Da ist doch berechtigt zu fragen, was haben die Kirchen dafür geleistet, dass diese kriegerische Situation gar nicht erst entstehen konnte. Was haben die Kirchen dafür getan – als das Zeitfenster dafür offen stand –, dass es sich zu einem nützlichen und geschätzten Partner für Westeuropa und den Nachbarländern hätte entwickeln können? Ja, der von Russland begonnene Krieg ist ein Verbrechen und jeder Krieg, auch der militärische Verteidigungskrieg, sabotiert die allgemeinen Menschenrechte, die Vorrang vor dem Völkerrecht haben sollten. Aber Russland ist doch nicht der einzige „Spieler“ in diesem Krieg, der die Karten zieht. Ich habe die Politik des Westens noch nie so verlogen gesehen wie heute. Das kann allerdings daran liegen, dass sich meine Gutgläubigkeit gegenüber den eigenen Politikern und den Medien abgenutzt hat,

das heißt dann: Die Politik war schon immer verlogen.

Natürlich verdienen die Menschen in der Ukraine unser Mitgefühl und auch unsere die Hilfe, aber unsere Politiker haben nicht das Recht Millionen und Milliarden Euro zu versprechen, ohne das Volk (die Völker) zu fragen, ob sie damit einverstanden sind, denn die Zusagen werden nicht aus den Taschen der Regierungsmitglieder und der Parlamentarier bezahlt. Wenn die Politik der Ampelkoalition ehrlich wäre, würde sie den Bürgern mitteilen, wie viel Prozent von ihrem Brutto-Jahreseinkommen jeder Erwerbstätige in den nächsten 10 bis 20 Jahren für die Folgen dieser Politik bezahlen muss.

Ich wäre glücklicher, wenn ich statt mir den Kopf über die Ursachen und die Folgen der Misere zu zerbrechen, noch in der Lage wäre, in die Ukraine zu fahren und in irgendeiner Weise dort zu helfen.

Als Hinweis zur Überleitung auf meinen letzten Abschnitt meines Beitrages. Bischof Heiner Wilmer kommentiert die Haltung des russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. mit den Worten „Das entspricht nicht dem Geist Jesu.“ Nun, es ist ja so, dass Jesus nicht direkt zu uns (oder zu allen, die nach ihm gelebt haben) spricht, sondern durch Menschen die bezeugen, dass er das gesagt hat, was sie weiterreichen. Da ist es schon möglich, das Jesu Worte unterschiedlich interpretiert werden, schon die Übertragung mittels verschiedener Sprachen und den Wandel der Sprache, die dem heutigen Leser zur Verfügung steht, macht die Genauigkeit der Mitteilungen aus einer längst vergangenen Zeit zum Problem.

Ich füge diesem Schreiben eine kleine Schrift mit dem Titel „Jesus und der Krieg“ als PDF, die auch weitere Informationen zum untergegangenen Internationalem Freundschaftsheim und zu der nicht-militärischen Verteidigung enthält, an. Die Schrift ist vom Pastor Wilhelm Mensching, dem Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes in Bückeberg. Ich habe ihn schon erwähnt und Links zu Beiträgen über ihn eingefügt. Seine Aussage ist, Jesus hat an die Beteiligung an einem Krieg abgeraten.

Hier kopiere noch zwei Absätze aus der Schrift Jesus und der Krieg und zwei Absätze aus „Gandhis Freiwillige / Erfahrungen in Indien“ von Wilhelm Mensching ein. Die Schriften weisen kein Erscheinungsdatum aus. Sie sind wahrscheinlich in den 50er Jahren des vorigen

Jahrhunderts erschien. In dem Buch „Jesus im politischen Zeitgeschehen“ von Mensching steht das Erscheinungsjahr 1952.

1. Jesu Kriegserlebnisse und die Ergebnisse

...

Jesus sprach vom Kriege immer voll Wirklichkeitssinn. Er wußte aus Kindheits- und Jugenderinnerungen, was Aufstand und Krieg für die nichtkämpfende Bevölkerung bedeutete. Besonders stark klang durch seine Worte immer wieder die Erkenntnis: Krieg ist Massenverleumdung im Frauen und Kindern, nicht Schutz der Wehrlosen, sondern ihre größte Gefährdung. So sagte er, als man ihn als König in die Hauptstadt einholte: „Man wird dich dem Erdboden gleichmachen und deine Kinder in dir am Boden zerschmettern.“ (Luk. 19, 42.) Wenige Tage nachher saß er mit Petrus, Andreas, Jakobus und Johannes abends auf dem Ölberg Jerusalem gegenüber, sprach wieder von der Zerstörung der Stadt durch Krieg und erwähnte auch jetzt: „Die Leute sollen ins Gebirge fliehen. Wer auf dem Dache ist, steige nicht erst ins Haus hinab, um noch etwas mitzunehmen. Wer aufs Feld gegangen ist, kehre nicht erst zurück, um sich noch seinen Mantel zu holen. Wehe aber den Frauen, die in jenen Tagen ein Kind erwarten oder zu nähren haben. Betet nur, daß dies nicht zur Winterszeit eintrete.“ (Mark. 13, 14 11.) Wieder wenige Tage später wurde er zur Kreuzigung geführt. Auch auf diesem Wege beschäftigten ihn noch dieselben Empfindungen: „Ihr Töchter von Jerusalem, weint nicht über mich; weint vielmehr über euch und über eure Kinder! Denn es kommen Tage, in denen man sagen wird, glücklich sei, wer kein Kind hat, und sich nur noch einen schnellen Tod wünscht“ (Luk. 23, 28, 29.)

Jesus ging über diese Wirklichkeit des Krieges nicht mit Stillschweigen und erst recht nicht mit scheinfrommer Ergebung hinweg: Das ist nun einmal so mit Kriege! Das ist nun einmal so auf dieser sündigen Erde, daß Unschuldige mit den Schuldigen leiden, Weizen mit dem Unkraut ausgerissen werden muß! Jesus beurteilte das, was an Schutz- und Hilfsbedürftigen getan und versäumt wurde, als am Christus getan und versäumt. Kinder, Kranke usw. zu übersehen, war für ihn Sünde. Er übersah sie nicht und ließ sie nicht übersehen: Das will Gott nicht! Das darf nicht sein! Er warnte: „Achtet darauf, daß ihr keins von diesen Kleinen geringschätzt! Ich sage euch; ihre Engel sehen allezeit das Angesicht meines Vaters! Was meint ihr? Wenn ein Mann 100 Schafe hat, und eins von ihnen sich verirrt, läßt er da nicht die 99 auf den Bergen und geht hin und sucht das verirrte? Und sollte er es finden, wahrhaftig, so freut er sich darüber mehr als über die 99, die sich nicht verirrt hatten. So ist es auch der Wille eures himmlischen Vaters, daß keins von diesen Kleinen verlorengelange. Wer aber einem dieses Kleinen zum Ärgernis wird, für den wäre es besser, wenn man einen Mühlstein an seinen Hals hängte und ihn an der tiefsten Stelle des Sees ertränkte. Wehe der Welt um der Ärgernisse willen. Es müssen ja Ärgernisse kommen; aber wehe dem Menschen, durch den das Ärgernis kommt! Wenn deine Hand oder dein Fuß dich zum Bösen verführen will, so haue sie ab und wirf sie weg. Besser, du gehst als ein Krüppel oder Lahmer zum Leben, als du wanderst mit zwei Händen und Füßen ins Verderben. Und wenn dein Auge dir zum Bösen dienen will, dann reiße es aus und wirf es fort. Besser, du gehst einäugig zum Leben als mit beiden Augen in die Hölle.“ (Matth. 18, 6-14.) ...

Aus Gandhis Freiwillige / Erfahrungen in Indien

Gegen Ende des zweiten Weltkrieges wurde Alfons Paquet ein Opfer eines Bombenangriffes, nachdem er geschrieben hatte: „Es gibt unzählige Kriegsschulen und sehr feine Lehr-

bücher des Kriegswesens. Demgegenüber gibt es keine Schulen des Friedens, die lehren, welche Arten von Frieden gut und dauernd sind und welche nicht, und die daneben Männer von Stahl erziehen, deren Verstand, deren praktisches Können und deren Ehrgeiz auf ein Überwinden von Schwierigkeiten ohne Krieg gerichtet sind."

Wir Menschen von heute erlebten Ereignisse, die der Zukunft ein neues Gepräge geben mögen. Dazu gehören u. a. das Ende der Vorherrschaft der weißen Rasse und der Beginn des Atomzeitalters. Noch wichtiger für die Zukunft der Menschheit aber könnte die Tatsache werden, daß wir Menschen von heute auch miterlebten, daß ein Fünftel der Menschheit seine Freiheit ohne Krieg, durch eine ernsthafte Politik ohne Waffen erkämpfte. Der große Japaner Kanzo Utschimura schrieb, bevor Gandhi den Kampf in Indien führte: „Christentum ist vor allem und wesentlich Feindesliebe. Gott liebte die Welt, die aufrührerische, abtrünnige, ihn hassende Welt so, daß er seinen eingeborenen Sohn gab. Das ist Christentum. Ohne freie, großherzige, freudige Feindesliebe ist von Christentum nicht zu sprechen. Wie steht es also um die sogenannten christlichen Völker mit ihren Kirchen, ihren Dogmen, Theologen, Bischöfen, Missionen und Hilfswerken, wenn sie ihre Feinde, die noch dazu meist „christliche Brüder“ sind, so stark hassen, einander bekriegen, über den Fall ihrer Gegner jubeln und für den nächsten Krieg rüsten? Müssen wir nicht sagen, daß das Christentum niemals in großem Maßstab erprobt worden ist?“ (S. 12) ²⁹

Ich höre auf mit der Darstellung gedanklicher Stolpersteine aus Anlass des Ukraine-Krieges und der von mir wahrgenommenen Fehlentwicklung der Politik bei uns in Deutschland, in Europa und der Welt. Eigentlich wollte ich ja klar formulierte Thesen zur weiteren Bearbeitung liefern. Letztlich sind es nur Hinweise auf gesellschaftlich-politische Störfelder geworden. Zwischendurch hab ich bereut, dass ich damit überhaupt angefangen habe, denn wenn ich meinen Blick hebe und das Erblühen im Garten und den blauen Himmel, der mit Schleierwolken verziert ist, sehe, dann denke ich, die Welt, die ich da versucht habe, zu beschreiben, die gibt es gar nicht. Der Anblick, den ich konkret und nicht abstrakt wahrnehme, strahlt doch Frieden und Freiheit aus. Aber sobald ich die Nachrichten anschalte, denke ich, dass die Lüge, der Betrug, der Unfrieden in der Welt noch viel größer ist, als ich mir als lebensbejahender Bürger vorstellen kann. Und auch die Chancen bessere Gesellschaftsordnungen zu schaffen sind größer als unsere Parteisolddaten es verlautbaren lassen.

Zum Schluss die letzten Zeilen von Karl Jaspers aus seiner Dankesrede bei der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels 1958

Mit der Wirklichkeit unserer Wahrheit sind wir immer nur auf dem Wege.
Niemand hat sie, wir alle suchen sie.

T.J.F.A.

²⁹ Der ganze Text ist in der Datei mit der Text-Nummer 174.2 zu lesen.